

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Wochenschrift Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berührungsbüchlein 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (selbst-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 29. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

Polizei-Absolutismus.

Die Angelegenheit des holländischen Politikers Domela Nieuwenhuis entwickelt sich in einer Weise, die alles übertrifft, was wir bisher aus dem Gebiete der Polizeivillkür, die in Deutschland ein zivilisiertes Fremdenrecht ersetzt, bisher erlebt haben. Gabe es so etwas wie ein kulturelles Gewissen in den kapitalistischen Staaten, so würden alle Kulturstaaten nach den jetzigen Vorkommnissen ihre Beziehungen zum Deutschen Reiche lösen. Die kapitalistische Solidarität der herrschenden Klassen aller Länder aber ist natürlich stärker als das Kulturinteresse. Immerhin ist der Kölner Polizeiskandal geeignet, den deutschen Namen der Verachtung aller gesitteten Menschen auszuliefern. Welchen Anspruch dürfen Deutsche noch erheben, die ins Ausland gehen, daß sie dort des Schutzes genießen, wenn man einen alten Mann, der ahnungslos eine Uebertretung begangen hat, zum Spielball dreier polizeilicher Willkür macht!

Die Kölner Geschehnisse sind viel ärger als selbst russische Frevel. Rußland hat überhaupt kein Recht. Der Zar, die Bureaucratie, die Polizei regiert, wie es dieser Dreieinigkeits gefällig. Deutschland aber ist ein Rechtsstaat. Jeder Deutsche und auch jeder Fremde muß den deutschen Gesetzen unterworfen sein. Die Polizei steht nicht über dem Recht. Was in Köln aber geschehen ist, bedeutet schließlich eine Aufhebung der Polizeivillkür, der administrativen Rechtslosigkeit gegen die Justiz.

Schon in den früheren Fällen, welche die Mißhandlung der Fremden im Deutschen Reiche aufzeigten, war wiederholt auf die gänzlich unfinnige Erscheinung hingewiesen worden, daß nur der Ausländer, der im Deutschen Reiche ein Verbrechen begeht, der Rechtsgarantien teilhaftig wird. Wir wiesen deshalb darauf hin, daß es für einen Ausländer am zweckmäßigsten sei, wenn er des Rechtsschutzes teilhaftig werden will, irgend ein kleines Verbrechen zu begehen.

Der Fall Nieuwenhuis lehrt nun, daß auch diese Auffassung noch zu optimistisch war. Nieuwenhuis war in der glücklichen Lage, eine leichte Uebertretung des Strafgesetzbuches begangen zu haben. Er hatte sich des Wambrechts schuldig gemacht. Man hätte nun annehmen sollen, daß ihm in demselben Augenblicke der Rechtsschutz der deutschen Gesetze zuteil würde, in dem feststand, wessen er sich schuldig gemacht hatte. Aber die Polizei spottet der Gerichte und des Strafprozesses. Sie befehlte nicht den Richter, sondern brachte Domela Nieuwenhuis zunächst in ihre eigene Gewalt, setzte ihn fest und es fiel ihr nicht ein, ihn an die bürgerliche Justiz auszuliefern. Erst das Eingreifen von Freunden wurde der Anlaß, daß der Verhaftete einem ordentlichen Richter vorgeführt wurde.

Mit diesen Heldentaten hätte nun die Polizei zufrieden sein können, sollte mein mein. Weit gefehlt! Die Kölner Polizei hat erst fertig gebracht, auch nach der Aburteilung das Spiel von neuem zu beginnen. Während es das Gesetz als ein schweres Verbrechen ahndet, wenn ein Beurteilter über die Zeit seiner Strafe hinaus festgehalten wird, so hat sich die Kölner Polizei nicht geschaut, den nach dem Richterpruch aus der Haft Entlassenen wieder aus eigener Machtvollkommenheit festzunehmen. Das „Recht“ dazu mag sie freilich haben. Denn die Polizei darf ja mit Fremden treiben, was sie will, sobald sie die Sphäre der Justiz verlassen haben. In welcher schamlosen Weise aber diese Tat ausgeführt wurde, zeigt die folgende Korrespondenz unseres Kölner Mitarbeiters:

Köln, 27. September. (Fig. Ver.)

Am Mittwochvormittag wurde Domela Nieuwenhuis gemeinsam mit einer Prostituierten und anderen Häftlingen im dunklen Gefangenenwagen dem Schöffengericht in Köln zugeführt. Bei dem Verlassen des Transportwagens packte ihn ein Schutzmann beim Rockärmel, so daß man den Eindruck gewann, der Greis befände sich an der Handfessel. Dann sprang man ihn hinter die enge Abtrennung, wo meistens Dirnen, Landstreicher und sonstige Glieder der bürgerlichen Gesellschaft sitzen. Man behandelte also den holländischen Gelehrten in allem, wie man selbst einen gemeinen Verbrecher nicht traktieren sollte.

Das Ergebnis der Gerichtsverhandlung haben wir bereits telegraphisch gemeldet. Der dem Angeklagten von unsern Kölner Parteigenossen gestellte Verteidiger, Herr Rechtsanwält E. Schrammen, beantragte die Freisprechung. Da ein Berliner Rechtsanwält Nieuwenhuis die Auskunft gegeben habe, der am 20. November 1890 seitens der Wiesfelder Polizei ergangene Ausweisungsbefehl sei verjährt, und da ihn die Polizei schon dreimal sich in Preußen habe aufhalten lassen, ohne ihn zu belästigen, habe er annehmen müssen, die Verfügung sei in der Tat erloschen. Demnach habe der Angeklagte sich über eine der Voraussetzungen, die die Anwendung des Strafgesetzes bedingen, im Zeitpunkt Befunden. Weiter warf der Verteidiger der Polizei vor, daß sie den § 115 der Strafprozessordnung, wonach der Verhaftete spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängnis durch einen Richter über den Gegenstand der Verhaftung gehört werden muß, verletzt habe; denn man habe er erst elf Tage nach der am 11. September vollzogenen Festnahme dem Richter zugeführt. Daraus erwiderte der Vorsitzende, bei ihm sei die Sache erst am 26. September eingegangen und er habe sie heute, am 27., schon zur Verhandlung gebracht.

Das Gericht erkannte auch gemäß dem Antrage des Vertreters der Staatsanwaltschaft auf keine höhere Strafe, als der Angeklagte sich in gerichtlicher Haft befand: auf fünf Tage, die durch die fünfjährige Vorhaft für verbüßt erklärt wurden. Auch hob das Gericht, nachdem Angeklagter und Staatsanwalt das Urteil anerkannt hatten, sofort den Haftbefehl vom 22. September auf. Es war klar, daß Staatsanwaltschaft und Gericht wollten, daß der Beurteilte sofort in Freiheit gesetzt werde und die Urteilsbegründung bezog

sich bei der Bemessung der Strafe ausdrücklich auf die seit dem 11. September während Gefangenschaft.

Niemand zweifelte auch daran, daß man den alten Mann, dem die Einkerkelung, die Trennung von der Familie und die Aufregungen bestimmt schwer an der Gesundheit geschadet haben, noch am nämlichen Tage an die holländische Grenze schaffen werde. Statt dessen hat man dem unerhörten Spiel die Krone aufgesetzt. Nachdem die gerichtliche Haft aufgehoben war, hat die Polizei den Greis wieder in ihren Gewahrsam genommen, wie es heißt, zur Verfürgung des preussischen Ministers des Innern. Und wie man weiter annimmt, soll der holländische Staatsbürger noch eine Zeitlang in polizeilicher Gefangenschaft bleiben, bis die Anordnungen des Ministers über die Ausweisung den ganzen Instanzenweg durchgemacht hätten.

Man sieht, die Polizei versteht es auch das Hindernis zu überwinden, daß ein Fremder, der ein Delikt begangen, in das Reich deutscher Rechtsgarantien gerettet wird. Für die Polizei ist die richterliche Aktion nur eine flüchtige Episode. Vorher und nachher tut sie, was sie will. Sie raubt einem von Gerichtswegen freigelassenen wiederum die Freiheit, sie mißhandelt einen alten gedrehten Mann, der sich in der ganzen Welt großen Ansehens erfreut. Sie kennt keine Scheu vor dem Ausland, ihre eigene Laune ist ihr das einzige und das höchste Gesetz.

Bereits hat man in Amsterdam eine Entrüstungsversammlung gegen die Verhaftung von Nieuwenhuis veranstaltet. Man wird in der holländischen Kammer über die Angelegenheit die Regierung interpellieren. Das hat man schon getan, ohne daß man die letzten nichtswürdigsten Vorgänge gekannt hat. Was wird erst die Deffektivität der zivilisierten Länder zu dieser neuesten Tat preussischer Polizeivillkür sagen? Die wildesten Völkerschaften haben mehr Achtung vor der Pflicht der Gastfreundschaft, und sofern sie selbst in fanatischem Fremdenhass die weißen Teufel totschlagen, so ist das noch immer ehrlicher, als diese nutzlose Brutalisierung eines Fremden unter dem Schein des Rechtes.

Die Kölner Vorgänge sind eine Provokation an alle Staaten, deutsche Reichsbürger auch ihrerseits für vogelfrei zu erklären. Wenn wieder einmal wilde „Patrioten“ zu den Waffen heulen, weil irgendwo ein Deutscher im Ausland angeblich verlegt liegt sein soll, so wird man ihnen mit dem Fall Nieuwenhuis antworten. Welchen Anspruch kann ein Deutscher auf den Schutz des Auslandes erheben, wo in seinem eigenen Vaterlande die Polizei Fremden jede Unbill, jede Schädigung, jede Beleidigung zufügen kann. Deutschland hat kaum noch etwas in der Achtung der Welt zu verlieren. Seine wirre und zerrissene auswärtige Politik hat das Mißtrauen aller Länder erweckt. Mit seinen freibefehlhaften Mißhandlungen von Ausländern aber hat es sich selbst aus der Kulturgemeinschaft der Völker ausgeschlossen.

Das Verlangen nach einem Fremdenrecht, das bereits in der letzten Session des Reichstages dringend erhoben wurde, muß nunmehr ohne Verzug erfüllt werden. Es ist nicht länger mehr zu dulden, daß jeder Schutzmann über das Leben und die Sicherheit eines Ausländers frei verfügen kann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September.

Der Parteitag und die ausländische Presse.

London, 25. September. (Fig. Ver.) Obgleich der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie den bürgerlichen Wittern nichts Sensationelles bieten konnte, wurden seine Verhandlungen viel ernster genommen als in früheren Jahren. In der konservativen Presse erregten Webers Ausführungen über die äußere Politik besondere Aufmerksamkeit. Eine erste Diskussion von Fragen der äußeren Politik hebt jede politische Versammlung auf ein höheres Niveau, und umfomehr eine Konferenz einer großen politischen Partei. Die „Times“, der „Spectator“, der „Outlook“ etc. stimmten im wesentlichen mit dem Urteile Webers über die deutsche Diplomatie überein, hielten aber manche Einzelheiten für übertrieben, wie dies übrigens bei einem Führer der Opposition zu erwarten sei. Was den Gesamteindruck betrifft, sei hier bemerkt, daß man über den ruhigen Verlauf des Parteitages enttäuscht ist. Abgesehen von den gewöhnlichen journalistischen Phrasen, läßt sich der Gesamteindruck in den Worten des Berliner Korrespondenten der „Daily Chronicle“ wiedergeben: „... Webel steht ohne einen Nebenbuhler da, nicht nur in der Partei, sondern im ganzen politischen Deutschland. Die Revisionisten, geführt von Heine und Bernstein, haben eine unwichtige Rolle auf dem Parteitage gespielt. Es scheint, daß es ihnen an Ueberzeugung fehlt, sicherlich aber an Führung. Ihre Politik des Opportunismus und des Kompromisses hat nur wenige Anhänger von Bedeutung. ... Im großen ganzen zeigten die Verhandlungen, daß die Partei nichts von ihrer Stärke und nichts von ihrem Einfluß auf die Massen eingebüßt hat. Die alten Kampfsparolen haben ihre Zauberkraft behalten. Die Verhandlungen zeigen, daß die Sozialisten als zerstörende Kritiker nichts von ihrer Kraft verloren haben, aber sie zeigen auch die Schwäche der sozialistischen Führer als konstruktive Staatsmänner.“

Der letzte Satz könnte, nebenbei bemerkt, ebenso gut von Mr. Chamberlain auf die englische Opposition angewendet werden. Die Hauptaufgabe einer Opposition ist — wie Lord Beaconsfield einmal bemerkte — zu opponieren. Kein politisch gesprochen handelt die deutsche Sozialdemokratie ganz genau wie eine englische Oppositionspartei. „Konstruktiv arbeiten“ heißt, sich an der Regierung beteiligen. Aber keine englische Opposition wird in diesem Sinne konstruktiv arbeiten, so lange sie nicht die Mehrheit hat. Dann aber hört sie auf, Oppositionspartei zu sein. Sie übernimmt die Macht

und damit auch die Verantwortlichkeit. Ein gutes Beispiel findet sich auch in der parlamentarischen Geschichte der letzten Jahre. Am Vorabend des südafrikanischen Krieges lud Chamberlain den liberalen Führer Sir Henry Campbell-Bannerman ein, mit ihm bei der Vorbereitung des Krieges mitzuarbeiten, da sich England in einer Krise befände. Sir Henry blieb aber bei der „zerstörenden Kritik“, und lehnte jede „konstruktive Staatsmannschaft“ ab. Verantwortlichkeit und Macht müssen zusammengehen. Nur dann kann man konstruktiv schaffen.

Ueber den Jenaer Parteitag bringt der Brüsseler „Peuple“ einen Artikel aus der Feder des Genossen Vanderbelde. Die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie — so heißt es eingangs — haben durch die Macht der Tatsache eine internationale Bedeutung. Der älteste und bedeutendste Zweig der Internationale wirkte noch heute befruchtend und vorbildlich auf die Parteien der anderen europäischen Länder und das Erfurter Programm sei nach und nach die Charta des internationalen Sozialismus geworden.

Ueber den Generalstreik sagt Vanderbelde: „Auch diesmal hat Webel in seinem Referat die richtigen Worte gefunden. Die vom Kongreß angenommene Resolution ist von wünschenswerter Deutlichkeit. Kein Zweifel, die Reaktionäre, die mit der Absicht umgehen, das allgemeine Wahlrecht anzugreifen, werden es sich zweimal überlegen, ehe sie einen Kampf wagen, der ein ungeheurer sein wird.“

Aber, so fährt er fort, soll im gegebenen Falle der Kampf des Proletariats ein siegreicher sein, so muß die Sozialdemokratie in engster Fühlung mit der Gewerkschaftsbewegung bleiben. Er äußert sodann seine schmerzlichen Bedenken gegen die Bekannten Wechlässe des Kölner Kongresses. Schließlich verbreitet sich Vanderbelde noch über die Frage des Friedens und die internationalen Beziehungen. Er meint, daß über den Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie bei den Bruderparteien aller Länder kein Zweifel obwalten könne. Der Parteitag habe in dieser Beziehung nichts Neues gesagt und sagen können. Nach der Rede Fischers in Berlin und der Rede Webers in Straßburg müßten eigentlich die französischen Chauvinisten, die gegenwärtig wieder einmal das allbekannte Spiel treiben, die einheimischen Sozialisten als Verräter, die ausländischen und zwar die deutschen als nationalistisch hinzustellen, entworfen sein. Da diese aber weiter hegten, so sei eine etwas deutlichere Absage in Jena am Platze gewesen.

Nur kann man sich fragen, ob diese in allgemeinen Formen gehaltene Prinzipienklärung eine genügende Antwort sei auf die Angriffe der Gegner und ob diese den Erwartungen der Freunde entspricht. Man kann bedauern, daß die französischen Zeitungen, wie z. B. der „Temps“ und die „Debat“, die Ablehnung der Resolution Bernstein zur Marokko-Frage dazu benutzen können, um zu behaupten, der Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie sei lauer als der der französischen Sozialisten. Man kann befürchten, daß die Haltung des Jenaer Kongresses in diesem Punkte in Frankreich zu Mißverständnissen oder zu unangenehmen Interpretationen Anlaß gibt.

Bis auf diesen Punkt — auch er hat zu der Veranstaltung unseres Erachtens keinen Anlaß gegeben — gibt er, wie schon eingangs erwähnt, seiner vollen Befriedigung über den Verlauf des Jenaer Parteitages Ausdruck.

Deutsches Reich.

Die oldenburgischen Landtagswahlen.

Das Ergebnis der oldenburgischen Landtagswahlen ist jetzt erst vollständig zu überblicken. Von Anfang an war klar, daß sich unsere Stimmen außerordentlich stark vermehrt haben. Die sozialdemokratischen Stimmen sind nach unserem Vortier Parteitag in den sechs Wahlkreisen I bis VI auf 4748 gestiegen, mehr als doppelt so viel gegen das Vorjahr, wo 2167 Stimmen abgegeben worden sind. Allerdings haben die bürgerlichen Stimmen sich in noch höherem Maße vermehrt und die Zahl unserer Wahlmänner hat sich etwas verringert, weil alle bürgerlichen diesmal vereint zusammen gingen.

Was die Zahl der Mandate anbelangt, so werden unsere Parteigenossen voraussichtlich mit fünf (bisher vier) Mandaten in das Parlamenten Reichstags einziehen. Im Fürstentum Lübeck haben die vereinigten Sozialdemokraten und Rationalsozialisten die Mehrheit, auf unsere Partei fallen hier zwei Mandate. Unsere Stimmenzunahme im einzelnen wird durch folgende Ziffern bewiesen: In Oldenburg Stadt sind unsere Stimmen von 205 auf 888 gestiegen, in Delmenhorst von 457 auf 822, in Nordenham von 0 auf 143, in Neuenende von 131 auf 252, in Vant von 541 auf 744, in Heppens von 220 auf 408. Auch in Landorten, wo keinerlei Industrie sich befindet, sind diesmal zum erstenmal sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden.

Daß schließlich nicht noch mehr erreicht worden ist erklärt sich daraus, daß diesmal alle bürgerlichen einmütig gegen die Sozialdemokratie Front gemacht haben, daß sie selbst alle Kräfte aufgebieten haben, daher denn der geringere Erfolg, den die Sozialdemokratie erzielt hat, nicht weiter ist, wie das letzte Aufgebot der Bourgeoisie, die nunmehr am Ende ihrer Kraft angelangt ist und einem fünfzigjährigen Ansjurm der Partei nicht mehr standhalten wird.

Agrarische Preistreiber. Trotz des hohen Profits, den die Großgrundbesitzer aus der jetzigen Vieh- und Fleischsteuerung ziehen, sind sie doch nicht zufrieden; denn die Kartoffelernte ist in diesem Jahre eine so reichliche, daß infolge des verstärkten Angebots nach ihrer Ansicht ein weiterer Rückgang der Kartoffelpreise zu befürchten ist. Damit sind aber die ewig Rotleidenden nicht einverstanden. Gegen gute Ernten haben sie nichts einzuwenden, nur dürfen die Preise nicht fallen, sondern müssen stetig steigen. Um solchen Preisrückgang abzuwehren, empfiehlt ein agrarischer Gemütskranke, Herr Schulz-Bulow, in der „Deutschen Tageszeitung“ folgendes Rezept: „Wir müssen uns auf der ganzen Linie rühren und durch verstärkten Konsum das Angebot vermindern, den Markt entlasten! Zwei Mittel seien zunächst vorgeschlagen: 1. Starke

Fütterung an das Vieh! Kartoffeln, insbesondere auf dem
Häufigkeit gemahnt und mit Hädel vermischt, erlauben
eine starke Fütterung; dieses Verfahren ist bei dem verregneten
Nahfütterer und den hohen Kraftfuttermitteln höchst rationell
und empfehlenswert. 2. Die Erfindung des Kartoffel-
malzmehl ermöglicht es uns, den Ueberfluß dieses Jahres
auf das nächste Jahr zu übertragen; möge jeder größere Land-
wirt sich 200 Zentner (die Masse von 1000 Zentnern frischer Kar-
toffeln enthaltend) auf den Futterboden legen und im nächsten
Sommer verfüttern. Es ist nicht erforderlich, daß man die Ware
sofort zu Boden nimmt, es genügt, d. h. der Markt wird schon
genügend entlastet, wenn man sofort sich das Kartoffelmalzmehl
zur Lieferung im Laufe des Winters bestellt; dadurch würden
Hunderttausende von Zentnern Kartoffeln aus
dem Markt genommen.

Der Schulz zeigt solches Verständnis für die hehren Aufgaben
der agrarischen Heimatspolitik, daß er in die Leitung des Bundes
der Landwirte gehört. Tatsächlich besteht in der Hinaufreibung der
Preise für landwirtschaftliche Produkte, sei es durch Rölle, durch
Einfuhrverbote, durch Erhöhung der Transporte oder durch künst-
liche Zurückhaltung des Angebotes, die ganze Luitenzung der
agrarischen Politik.

Fleischnot-Interpellationen.

Am Mittwochabend verhandelte die Hamburger Bürger-
schaft über folgende Anträge:

1. Antrag Stolten (Soz.) und Genossen: „Die Bürgerschaft
erlaubt dem Senat, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufhebung der
Grenzsperrung gegen die Vieheinfuhr zu treffen und des weiteren im
Bundesrat für die Aufhebung der Vieh- und
Fleischzölle einzutreten.“

2. Antrag Dr. Peterßen (Rechte) und Mitglieder aller
bürgerlichen Fraktionen:

„Die Bürgerschaft beschließt, den Senat zu ersuchen, im
Bundesrat dahin zu wirken, daß Schritte getan werden, um die
durch zu geringes Angebot bewirkte Fleischnot zu heben.“

Eingehend begründete Genosse Stolten seinen Antrag und wies
unter Hinweis auf die amtliche Statistik nach, wie der Rückgang des
Antriebes von Schweinen sich seit Februar bemerkbar gemacht hat.
Gegen das Vorjahr sei die Differenz ganz erheblich, insgesamt be-
trage das Mißnis in den sechs Monaten 15 697. Darans könnte man
unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme ersehen, wie un-
heilvoll die Wirkung auf die Volksernährung sein müsse. Genosse
Stolten verlangte, daß man nicht auf halbem Wege stehen bleiben,
sondern daß man ganze Arbeit verrichten und, wie es in seinem
Antrage heißt, für die Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle ein-
treten solle.

Dr. Peterßen erklärte sich im allgemeinen mit Stolten ein-
verstanden; im Interesse der Zukunft Hamburgs müßten die Ham-
burger das Freihandelsprinzip hochhalten.

Dr. Wolfson (Rechte) tritt für den Antrag Peterßen ein; für
ihn sei der zweite Teil des Antrags Stolten unannehmbar, der zwar
den Ansichten der Bürgerschaftsmehrheit entspreche, aber zurzeit
nur eine wirtschaftspolitische Demonstration sei, die keinen Erfolg
haben werde, weil die Handelsverträge festgelegt seien.

Stolten trat dieser Ansicht entgegen; wir können gar nicht
früh genug Front machen gegen die deutsche Handelspolitik.

Nachdem noch ein Subkommis mit einige Weitererfolge ge-
erret hatte, wurde der Antrag Peterßen mit allen gegen
etwa 20 Stimmen angenommen. Mit der Minorität stimmten die
Gewerkschaften.

Auch im Gotthaischen Landtage kam gestern eine Interpellation
über die Fleischnot zur Besprechung. Minister Richter erklärte,
daß eine Fleischnot nicht existiere, sondern nur eine Fleischteuerung,
die auf die vorjährige Futtermittelzurückführung sei. Er sei bereit,
etwaige im Bundesrat unternommene Schritte zur Behebung der
Leuerung zu unterstützen, doch sprächen große Bedenken gegen eine
Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh.

Zur Fleischnot. Die „Kommunale Praxis“ veröffentlicht in
ihrer letzten Nummer einen Aufruf, in welchem sie darauf hinweist,
daß zur Abhilfe der Fleischteuerung die Öffnung der Grenzen für
die Vieheinfuhr aus dem Ausland nicht genügt, sondern die Selbst-
hilfe der Gemeinde hinzutreten müsse. „Die Gemeinden“, schreibt
sie, „borenehmlich die Großstädte und die Industriezentren, müssen
durch rationell betriebene Viehzucht eine genügende Fleischzufuhr
auf ihren Rücken sichern. In einer Reihe von ausführlichen Ab-
handlungen haben landwirtschaftliche und kommunalpolitische Sach-
männer das Problem in der „Kommunalen Praxis“ erörtert. Es
kommt nunmehr darauf an, daß ihre Vorschläge in den Gemeinden
genüßhaft geprüft werden und daß auch der demnächst zusamen-
tretende Deutsche Städteitag dazu Stellung nimmt. Die Debatten
können nur dann fruchtbar sein, wenn ihnen ein reiches Tatsachen-
material zugrunde gelegt wird. Zunächst ist wichtig, festzustellen:

1. welche Gemeinden landwirtschaftlich nutzbares Gelände, das
sich zur Viehzucht eignet, besitzen;
2. wie dieser Besitz verwaltet wird (Regiebetrieb, Pachtung);
3. ob bisher schon Viehzucht in nennenswertem Umfange auf
den Gemeindegeländen betrieben worden ist;
4. oder wie sie sonst ausgenutzt worden sind;
5. und endlich, welche finanziellen Geringnisse den Gemeinden
aus solchem Grundbesitz zufließen.

Da die vorhandene Literatur über die Gemeindeangelegen-
heiten nur sehr dürftig Auskunft auf diese wichtigen Fragen gibt,
so ersuchen wir hierdurch die betreffenden Gemeindebehörden, und
ferner alle unsere Leser und Freunde, besonders unsere regel-
mäßigen Korrespondenten, umgehend möglichst ausführliche Angaben
über diese Dinge an die Redaktion der „Kommunalen Praxis“,
Berlin W. 15, gelangen zu lassen.“

Die Bluttat eines Leutnants.

Sträfelwitz und Häßener haben ihren Meister gefunden!
Heber ein skandalöses Verbrechen, das sich in der Nacht vom
Sonntag zu Montag in Lissa zutrug, berichten die „Pofener
Neuest. Nachr.“:

„Das in Lissa stationierte 56. Feldartillerieregiment lehrte
Sonntagvormittag aus dem Manöver zurück. Aus Freude über die
glückliche Rückkehr und das gute Gelingen der Manöver hat
der Leutnant v. Lelow, vom dortigen Feldartillerie-
regiment bis in die Nacht hinein gekneipt.
Auf seinem Rückhausewege geriet er gegen Mitter-
nacht auf der Comeniusstraße mit Zivilisten in Streitig-
keiten. Nach einer anderen Version sollen zwei Reservisten
den Leutnant zuerst angegriffen haben, doch müßte die Unter-
suchung erst noch näheres darüber ergeben. Im Verlaufe des
Streites zog der stark gereizte v. Lelow seinen Degen, um
die immer größer werdende Zahl seiner Gegner abzuwehren. Dem
Blind um sich Wenden wurde der Degen entzissen,
dann aber wieder zurückgegeben. Der inzwischen herbei-
gekommene Polizei-Inspektor Hgner beruhigte die sehr aufgeregte
Vollmenge und brachte den Leutnant in seine Wohnung
auf der Comeniusstraße. Die Vollmenge zerstreute sich bald.
Nach einiger Zeit aber verließ Leutnant v. Lelow, mit einem Jagd-
gewehr bewaffnet, seine Wohnung und erschien wieder auf der
Comeniusstraße. Bald sammelte sich wieder Publikum um
ihn, und es entstand ein neuer Streit. Dabei gab Leutnant
v. Lelow auf den vorübergehenden Haushälter des Hotels Nische,
den 23jährigen Joseph Reich aus Lodz, einen geborenen Russe,
ans kurzer Entfernung einen Schrotschuß aus seinem Doppeljagd-
gewehr ab und verwundete diesen am Oberschenkel und Unterarm
so schwer, daß der Verwundete bereits am Montagvormittag aus
dem Leben schied. Der Tod erfolgte durch Herzlähmung infolge
von Verblutung.

Leutnant v. Lelow beging am Montagmorgen, als ihm im
nächsten Zustande die ganze Tragweite seiner Tat klar wurde,
einen Selbstmordversuch, indem er einen Revolvererschuß
auf sich abgab, der ihn indes nicht lebensgefährlich verwundete.

Der Leutnant wurde verhaftet und zur Beobachtung seines
Geisteszustandes in das Lazarett geschafft.

Es ist geradezu unglücklich, was Leutnant v. Lelow in der
Trunkenheit mitunter vollführte. So ist er zum Beispiel früher
einmal des Nachts mit einem Gewehr auf den Balkon seiner Wohnung
getreten und hat mehrere Schiffe abgebrannt, die aber niemand ver-
letzte. Manche stellen die Tat als einen unglücklichen Zufall hin
und meinen, ein Zivilist habe den Leutnant v. Lelow von hinten
angefasst und ihm das Gewehr zu entreißen versucht. Bei dem
Ringeln sei v. Lelow unglücklicherweise an den Dahn des geladenen
Jagdgewehrs gekommen und der Schuß sei losgegangen. Wie-
weit hier Wahrheit und Dichtung geht, wird die eingeleitete Unter-
suchung ergeben.“

Jetzt, da der Skandal im Offiziersrock einem harmlosen und
wehlosen Menschen das Leben geraubt hat, wird plötzlich entdeckt,
daß man ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen müsse.
Wenn es wahr ist, daß der Edelste schon früher nachlässigweise in
den Straßen der Stadt Schießübungen abgehalten hat, dann
hätte er längst in Untersuchung gehört. Aber ein Edelste
darf sich alles erlauben; erst wenn er bestialische Un-
taten vollbringt, wagt man es, ihn anzutasten. Es kenn-
zeichnet die ganze Tollheit unserer militärischen Zustände, daß der
Leutnant, als er mit dem Degen wütend um sich schlug, durch den
Polizeibeamten läuberlich in seine Wohnung geleitet wurde. Der
gewöhnliche Sterbliche wird natürlich bei solchem Treiben fest-
genommen und in Polizeigewahrsam gesteckt. Aber ein Leutnant,
ein Adliger, eine Fierde der Krone! Ein solcher wird sorgsam be-
hütet, bis ihn das besondere Ehrgefühl seines Standes treibt, die
Klinte zu ergreifen, auf die Straße zurückzuweichen und einen be-
liebigen Vorübergehenden niederzuknallen! —

Die Schuldigen der Soldatenmishandlungen.

Aus Dresden wird uns vom 27. September geschrieben:
Vor dem hiesigen Kriegsgericht spielte sich am Mittwoch
ein Prozeß ab, dessen skandalöse Einzelheiten wieder einmal beweisen,
daß alle Erlasse von „oben“ und Bestrafungen von Untertanen
die Soldatenmishandlungen nicht ausrotten werden, solange das
bisherige System der Heeresorganisation beibehalten wird. Anfang
Juli d. J. wurde der Unteroffizier Erler von der 7. Kompagnie des
Schützen-Regiments Nr. 108 wegen fortgesetzter unglücklicher Mis-
handlungen der Leute seiner Korporalschaft zu 1 Jahr 8 Monaten
Gefängnis und zur Degradation verurteilt. In der damaligen Ver-
handlung, über die wir berichtet haben, beschuldigten mehrere Jungen
den Kompagniechef, dieser habe von dem schändlichen Treiben des
famosen Stellvertreters Gottes Kenntnis gehabt, habe es jedoch still-
schweigend gebuldet. Diese Behauptungen führten zu der Einleitung
einer Untersuchung: der Kompagniechef, Hauptmann Ludwig
May Keller, 1889 in Dresden geboren, wurde unter Anklage
gestellt. Er ist der mangelhaftesten Bewusstseinsart von Untergebenen,
der Unterlassung der Meldungen strafbarer Handlungen eines Unter-
gebenen und der Mishandlung und Verleumdung von Untergebenen
beschuldigt. Die Verhandlung ergab Folgendes:

Eines Tages im Winter 1904/05 hat der Angeklagte, nachdem
er erfahren hatte, daß der Unteroffizier Erler trotz Verbots die
Leute seiner Korporalschaft unmittelbar vor dem Schützen längere
Zeit mit Aniehung und Gewehrfreden traktiert hatte, so
daß sie nachher schlecht schliefen, es unterlassen, gegen
den Stellvertreter Gottes“ einzuschreiten. Am
4. Februar hatte Erler mehrere Leute durch eine Prüge-
mit Schlamm kriechen lassen, der Angeklagte hat aber,
obwohl ihm der Vorgang mitgeteilt wurde, weder eine Untersuchung
eingeleitet, noch den Schuldigen bestraft. Hauptmann Keller ist
ferner beschuldigt, den Unteroffizier Erler im allgemeinen mangel-
haft beaufsichtigt sowie den Rekruten Hunger und Pöbel beim
Übersetzen einen Stoß in den Rücken versetzt und den Schützen
Speck, durch den das Treiben des Korporals aufgedeckt wurde, einen
Spion genannt zu haben. Mit Ausnahme des Schimpfwortes
Leute der Herr, der bereits wegen Mishandlung und Verleumdung
Untergebener 1901 mit 6 Wochen Stubenarrest bestraft worden ist,
seine Schuld. Er behauptete, Erler habe es in der raffiniertesten
Weise verstanden, seine Absichten vor den Augen der Vorgesetzten zu
verbergen. Dabei mußte er selbst zugeben, daß er dem Unteroffizier
wegen seines schroffen Auftretens wiederholt Vorstellungen gemacht
und deshalb sogar seine Ablösung in Erwägung gezogen hat, aus
der mangel eines passenden Ersatzes aber nichts habe werden können.
Was den Fall mit dem Hinlegen der Leute in eine Pfäde anbelange,
so habe er davon erst durch die Hauptverhandlung gegen Erler gehört.
Seinerzeit habe er von einem Gericht, monach sich ein Unteroffizier
seiner Kompagnie einer Unzutunlichkeit schuldig gemacht haben
sollte, gehört, von einer Untersuchung sich aber nichts versprochen,
weil bei einer Verragung der Unteroffiziere aus leicht begreiflichen
Gründen nichts herausgekommen wäre, während eine Ver-
ragung der Leute die Autorität der Unter-
offiziere geschädigt haben würde.

Die Jüngerevernehmung gestaltete sich recht interessant. Erler,
der jetzt keine Strafe verbüßt, hat als Junge in der Voruntersuchung
erklärt: „Der Hauptmann hat öfters gesehen, daß ich mich an den
Leuten vergriß und hätte schon längst gegen mich einschreiten müssen,
dann wäre es auch nicht so weit gekommen. Aber nichts geschah,
ich wurde nicht nur nicht getadelt oder bestraft, sondern gelobt,
weil es in meiner Korporalschaft immer so frumm zuginge.
Als er mich kurz vor meiner Verhaftung doch einmal be-
strafen mußte, rief er mich zu sich und sagte zu mir
in freundschaftlichem Tone: „Nehmen Sie sich die Sache nicht
zu Herzen, in meinen Augen sind Sie genau wie zuvor ein tüchtiger
und fleißiger Unteroffizier.“ Erler war auch zugegen, wie sich der
Hauptmann an dem Schützen Pöbel vergriß, und bemerkte darauf
zum Feldwebel: „Da sieht man's doch, daß es nichts
schlimm ist, der Hauptmann gibt uns doch das deut-
lichste Beispiel!“ Leutnant v. Lelow hat aus dem gleichen Anlaß
zu den Unteroffizieren bemerkt, sie sollten sich an dem Hauptmann
sein Beispiel nehmen! Hauptmann Keller war wegen seines tyranen-
haften Auftretens bei Mannschaften und Unteroffizieren gleich unbeliebt. Die
Leute wagten gar nicht, sich beim Angeklagten wegen schlechter Be-
handlung seitens Erlers zu beklagen. Davons erklärt sich auch eine
gelegentliche Keuschung des Feldwebels Brandt: „Ehe ich
jemand von den Rekruten beschwert, muß schon sonst was passieren.“
In einem sehr eigenartigen Lichte erschien auch der Leutnant
v. Lelow, der als Junge unter Eid gegeben mußte, daß er oft
den Rekruten Erlers zugehört hat, ohne jedoch einzuschreiten. v. L.
ist inzwischen gegangen worden. Man wird ihm sein Verhalten in-
dessen weniger schwer anrechnen können, daß er bei den ihm be-
kannten Charaktereigenschaften des Hauptmanns es als junger und
unerfahrenere Offizier unterlassen hat, von dem Geschehen dem
Kompagniechef Mitteilung zu machen. Er wird wohl seine guten
Gründe hierfür gehabt haben. Der Angeklagte erklärte hierzu, es
könne ihm nicht als Schuld angedreht werden, wenn Offiziers-
mangel geherrscht und der einzige ihm zur Ausbildung der Rekruten
zugeleitete Offizier verstorben wäre.

Das Urteil fiel verblüffend mild aus. Es wurden „minder-
schwere“ Fälle angenommen und auf — sechs Wochen
Stubenarrest erklart! Soweit eine mangelhafte Bewusstseinsart
in Frage kam, ist eine Bestrafung nicht eingetreten. —

Wie militärische „Verbrechen“ entstehen. Vor dem Kriegsgericht
der I. Marine-Inspektion in Kiel hatte sich am Dienstag der
Torpedobohrer Brandstagen vom großen Kreuzer „Prinz Adalbert“
wegen „lässlichen Angriffs auf Vorgelegte“ zu verantworten. Der
schweren Anschulding lag folgender eigenartige Tatbestand zu-
grunde. B. befand sich im August im Schiffslozaret und sollte
operiert werden. Vor der Operation hatte er heillose Angst, die
der Sanitätsmaat Wangemann noch durch allerlei Niederreden
und besonders dadurch steigerte, daß er offensiv die chirurgi-
schen Instrumente auf dem Operationstisch ausbreitete. Ein
Lazarettgeschäfte hatte Willeid mit B. und versprach ihm, einen
Trank zu präparieren, der die Schmerzen der Operation lindern
würde. Das Getränk, 60prozentiger Weingeist, mit
Wasser gemischt, hatte aber eine ganz andere Wirkung. Der

Kranke fing an zu toben, sang Reservistenlieder und schlug alles
kurz und klein. Gegen den Sanitätsunteroffizier und den herbei-
gerufenen Stabsarzt erging er sich in den wüsten Schimpereien,
spuckte ihnen ins Gesicht, bedrohte sie mit dem Messer und schlug
wie wild um sich, als ihm die Zwangsjacke angelegt wurde. Auch in
der Arrestzelle, in die er verworren wurde, trieb er noch eine Zeit-
lang ähnlich. Die Folge war eine Anklage wegen tätlichen
Angriffs auf Vorgelegte in vier Fällen. Der Vertreter
der Anklage beantragte zwei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof ging,
obwohl er minder schwere Fälle annahm und dem Angeklagten mildernde
Umstände bewilligte, über diesen Antrag noch beträchtlich hinaus und
erklärte auf drei Jahre Gefängnis. — Das Urteil erscheint
direkt unerblicklich, wenn man bedenkt, daß der Angeklagte seine
Tat noch zweifelslos unter der Einwirkung einer schweren, dazu
nicht von ihm selbst verursachten akuten Alkoholvergiftung,
die seine Zurechnungsfähigkeit auslösch, begangen hatte. Noch un-
verstandlicher war es, daß seine psychiatrischen Sachverständigen ge-
laden waren, überhaupt dem Gerichtshof kein auf eingehender
Beobachtung des Angeklagten beruhendes Sachverständigenurteil
vorlag. Hoffentlich wird das schwere Urteil von der höheren Instanz
gründlich revidiert! —

Die „dunklen Punkte“ eines Pastors. Aus Halle berichtet
man uns unterm 27. September: Leget die Lüge ab und
redet die Wahrheit. Ueber dieses für gewisse Kreise sehr
zeitgemäße Thema wurde auf Veranlassung des Pastors und Schul-
inspektors Weiland in Alstedden im Juli 1904 auf einer Lehr-
konferenz, an der auch eine ganze Reihe Pastoren teilnahmen,
fatehifiziert. Man sagte, der Pflüger gehöre dem Zeufel. Ein
Vorfahre, der in der Gasse liege, sei immer noch viel besser
als ein Lügner, denn aus einem Verurteilten sei immer noch
etwas zu machen. Da auf einmal erhob sich der Volksschullehrer
Wilhelm Spengler von Alstedden, der seit längerer Zeit von dem
Pastor Weiland geheimgt sein will und sagte: Meine Herren, wir
brauchen mit dem Kapitel „Leget die Lüge ab“ nicht bis auf
Jahod zurückzugehen. Selbst in unserem engen Jirkel sitzt ein Mann,
der sein Vertrauensamt mißbraucht, Angriffe aus dem Hinterhalt
schleudert und schon viel gelogen hat. Dieser g. Reich
ist Pastor Weiland.“ Die Rede schlug wie eine Bombe ein; der
Staatsanwalt klagte im Interesse des Pastors wegen Verleumdung
und Lehrr Spengler wurde vom Landgericht zu 300 M. Geldstrafe
verurteilt. Auf eingeleitete Revision bei dem Reichsgericht wurde
die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen. Das erste
Urteil wurde wegen Verhängung der Verteidigung für
unhaltbar erklärt mit dem Hinweis, es müsse dem An-
geklagten gestattet werden, auch bezüglich der Behauptung „der
Pastor sei ein Pflüger“ den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Die
zweite Verhandlung entrollte noch ein schöneres Bild über das
Treiben des Pastors als die erste. So bekundeten mehrere Zeugen,
daß der Pastor in Geldsachen durchaus unzuverlässig war.
So „vergaß“ er einmal 10 Monatszahlungen a 5 R. abzuzahlen.
Legatgelder und Gelder zur Reise nach der Synode befiel er so
lange in seinem Besitz, bis man sie ihm abforderte. Der Gerichts-
vorsitzende, der die Buchführung des Pastors als miserabel
bezeichnet, sagt, als der Mann als Zeuge vor ihm stand: „Nun
sagen Sie einmal, ist denn das nur Hummel?“ Der Staats-
anwalt bezeichnet den Pastor als „nur nicht gewandt in Geldsachen“
und der Verteidiger des Lehrers, Justizrat Keil, meint, eine Anklage
gegen den Pastor wegen Untreue wäre jedenfalls nicht ohne
Erfolg gewesen. Die herzogliche Hofkammer (Inhalt) und das
Konsistorium hat aber keine Schuld an dem Pastor gefunden
und den Lehrer Spengler erfuhr, er möge dem Pastor künftig mit
mehr Hochachtung und Ehrerbietung begegnen,
widrigenfalls ein Disziplinarverfahren folge. Der Amtsbruder des
Pastors, Pastor Kesterny sagt aus, als einmal Gemeindeglieder
in der Kirche waren, die Pastor Weiland tüchtig auf die Finger
schaute, sagte Weiland: Siehe Bruder, hent sind die Gottlosen in
der Kirche. Der Bürgermeister von Alstedden bekundet, er habe den
Pastor gelegentlich einer Feier öffentlich lumpy genannt
und der Pastor habe nicht geklagt. Das Gericht beurteilte den
Lehrer Spengler trotz des Wahrheitsbeweises wieder zu 300 Mark
Geldstrafe. In der Urteilsbegründung hieß es, einen dunklen
Punkt habe wohl jeder im Leben. In der Verhandlung konnte
man aber an dem Pastor schwer einen hellen Punkt entdecken.

Eröffnung des bayerischen Landtages.

München, 28. September. (B. L. B.) Heute mittag um
2 Uhr wurde in der Residenz durch den Prinzregenten der Landtag
eröffnet. In der Thronrede heißt es: Die unverkennbare
Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat es möglich gemacht,
trotz des Rückganges einiger Einnahmequellen und abermals ge-
steigerter Anforderungen, eine Erhöhung der direkten Steuern zu
vermeiden. Da jedoch beträchtliche Ertrübrigungen aus früheren Jahren
nicht mehr zur Verfügung stehen, mußte zur Dedung einmaliger Aus-
gaben die Aufnahme eines Anlehens in Aussicht
genommen werden. Die Thronrede kündigt sodann die Verbesserung
der Einkommensverhältnisse zahlreicher Kategorien von Beamten,
sowie im Staatsdienst beschäftigter Arbeiter an. Ferner werden
Denkschriften über die Reform der Steuergesetzgebung, über die Er-
richtung einer Zentralstelle für Handel und Gewerbe sowie die
wiederholte Einbringung des Wasserregulierungsangeklagtes. Weiter
werden eine Denkschrift über die Erwerbung der Pfälzischen Eisen-
bahnen und andere Entwürfe auf dem Gebiete der Verkehrsverwal-
tung angeklagt. Ueber die Schäden, welche durch elementare Er-
eignisse einige Bezirke der Pfalz mit umfassendem Wein- und Tabak-
bau erlitten haben, sind umfangreiche, eingehende Erhebungen an-
gestellt worden.

Von der Frage der Wahlreform sagt die Thronrede, wie
es scheint, nichts. Die Regierung will in dieser Frage offenbar die
Initiative des Parlaments abwarten. —

Heutige Angriffe gegen die Kolonialverwaltung hatte vor
einigen Tagen die „Köln. Volksztg.“ erhoben. Die „Nordd.
Allgemeine Zeitung“ hatte gegen die verschiedenen Be-
hauptungen der „Köln. Volksztg.“ ausführliche Entgegnungen ge-
bracht, woraufhin wiederum die „Köln. Volksztg.“ spaltenlange
Entgegnungen brachte. Nun hat schließlich die „Köln. Volksztg.“
den Rückzug angetreten. Sie erklärt in ihrer letzten
Nummer, daß sie keinen Anstand nehme, auszusprechen, daß ihre
der Beweis für ihre Behauptung, die Vertreter der Kolonial-
verwaltung hätten unrichtige Angaben gemacht, nicht erbracht zu sein
scheine. Ihr Gewährsmann verweise auf den Austrag der
Sache im Reichstage. Es werde also abzuwarten sein, ob
dort die Kolonialverwaltung in der Lage sei, sich von den ver-
schiedenen gegen sie erhobenen Vorwürfen zu reinigen. An weiteren
Erörterungen in der Presse dürfte die Öffentlichkeit vorläufig kein
Interesse haben. Nach dieser Erklärung der „Köln. Volksztg.“ wird
auch die unbeteiligte Presse die weitere Entwicklung der Polemik
im Reichstage abwarten müssen. —

Abschluß der Marokko-Verhandlungen.

Das „Wolffsche Bureau“ meldet offiziell:
Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über
den Programmwurf für die Marokko-Konferenz sind soeben
abgeschlossen worden. Ueber das Programm, über das sich
beide Regierungen geeinigt haben, umfaßt die Einrichtung der Polizei,
die Regelung der Ueberwachung und Unterdrückung des Waffen-
schmuggels, die Finanzreform, die besonders in der Errichtung einer
Staatsbank, der Steigerung der Steuern und der Erschließung
neuer Einnahmequellen bestehen soll, endlich die Festsetzung gewisser
Grundlinien zur Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit.
Für das algerisch-marokkanische Grenzgebiet soll die Polizei-
organisation wie bisher unmittelbar und ausschließlich zwischen
Frankreich und dem Sultan geregelt werden. Dasselbe soll für dieses
Gebiet gelten in bezug auf die Anwendung der allgemeinen Vor-
schriften über den Waffenschmuggel. Nach dem Uebereinkommen
werden ferner beide Regierungen Spanien um seine Zustimmung
dazu angehen, daß die Stadt Agceiras als Versam-

Tungort der Konferenz gewählt wird. Der Programm-entwurf und der Vorschlag wegen des Versammlungsortes der Konferenz sind ohne Verzug von den beiden Regierungen dem Sultan und denjenigen Mächten zur Annahme zu unterbreiten, die das Abkommen von Madrid unterschrieben oder ihm zugestimmt haben. Sobald die Vorschläge über das Programm und den Versammlungsort der Konferenz dem Sultan zugegangen sind, werden die beiden Missionen bez. verlassen, um nach Langer zurückzukehren.

Das Paris wird hierzu telegraphiert: Die Unterzeichnung des Marokko-Abkommens fand im Kabinett Rouviers im Ministerium des Senjers statt. In die Unterzeichnung schloß sich eine Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Fürsten Radolin, in welcher beide sich zu dem Abschluß der Verhandlungen beglückwünschten.

Husland.

Das Hebereinkommen von Karlsbad.

Nach den kurzen telegraphischen Mitteilungen aus dem langen Aftenstück, das als Frucht der Verhandlungen von Karlsbad nun den Parlamenten der beiden Länder zur Entscheidung vorgelegt wird, gewinnt man nicht den besten Eindruck von dem ersten Teil, dem Schiedsgerichtsvertrag mit der unglücklichen Klausel, daß Streitigkeiten, die die Unabhängigkeit, Integrität oder vitale Interessen betreffen, von der Entscheidung durch das Haager Schiedsgericht ausgeschlossen sein sollen. Nun ist es freilich bei parlamentarisch und einigermaßen demokratisch regierten Ländern nicht anzunehmen, daß es jemals zu wirklichen, großen Angriffen auf die Unabhängigkeit und die vitalen — die Lebensinteressen eines Volkes kommen kann. In Ländern, wo ein Einzelner, die Louve eines Monarchen unverantwortlich über Krieg und Frieden entscheidet, mag es geschehen, daß das Nachbarland plötzlich überfallen wird, Teile des Landes besetzt oder irgendwelche anderen Gewalttaten verübt werden. Es kann jedoch unter „vitalen Interessen“ alles Mögliche verstanden werden und darum wäre es gewiß besser gewesen, man hätte jene Klausel weggelassen und sich dabei den jüngst zwischen Dänemark und Holland abgeschlossenen Vertrag zum Vorbild dienen lassen. Glücklicherweise wird aber jene Ausnahmeregelung zum Teil wieder beseitigt durch den zweiten Artikel des Schiedsgerichtsvertrages, der bestimmt, daß in solchen Fällen nicht das sich bedrohlich fühlende Land selbst, sondern wiederum das Schiedsgericht zu entscheiden hat, ob tatsächlich vitale Interessen in Gefahr sind, und man kann wohl annehmen, daß wenn eine solche Entscheidung bejahend ausfällt, das ins Unrecht gefetzte Land und seine Kriegspartei so bloßgestellt werden, daß dadurch der Krieg unmöglich gemacht wird. Und ein Volk derartig aufzuheben, daß es in seiner Wehrhaftigkeit den Krieg will und trotz solchen Urteils darauf beharrt, die Lebensinteressen der Nachbarn zu verletzen, das ist ja glücklicherweise in der Zeit der „sozialdemokratischen Massenbewegung“ nicht mehr möglich. Urteilt aber das Schiedsgericht, daß vitale Interessen nicht berührt werden, so wird es selbstverständlich auch genötigt sein, den Streitfall selbst zu entscheiden. Der Artikel 2 bietet also immerhin eine gewisse Garantie dafür, daß der Krieg unter allen Umständen vermieden werden kann.

Der Artikel 3 des Schiedsgerichtsvertrages, der in der Depesche ziemlich unverständlich erwähnt wird, hat folgenden Wortlaut:

„Dieses Hebereinkommen kommt auch in dem Fall zur Anwendung, daß ein entscheidender Streit seinen Grund in tatsächlichen Verhältnissen hat, die vor dem Abschluß des Hebereinkommens entstanden sind, bezieht sich jedoch nicht auf Streitigkeiten, die die Auslegung oder Anwendung von Hebereinkommen betreffen, welche besondere Schiedsgerichtsklauseln enthalten, also nicht auf Streitigkeiten, die die Auslegung oder Anwendung der Hebereinkommen betreffen, welche in Verbindung mit der Auflösung der Union zwischen beiden Reichen getroffen wurden.“

Die Bestimmung enthält keine Einschränkung des schiedsgerichtlichen Verfahrens überhaupt. Die Karlsruher Vorschläge betreffen ja außer dem Schiedsgerichtsvertrag noch aus vier verschiedenen Hebereinkommen: Dem über die neutrale Zone und die Schleifung der Festungen, dem über die Weidrechte der nomadischen Stämme, dem über den Transitshandel und dem über gemeinsame Landseen und Wasserläufe. Jedes dieser Hebereinkommen hat seine besondere Schiedsgerichtsklausel, die, in gleicher Weise für alle vier, bestimmt, daß bei Streitigkeiten aus dem betreffenden Hebereinkommen, wenn sie auf diplomatischem Wege nicht zu lösen sind, ein Schiedsgericht von drei Mitgliedern entscheiden soll, von denen jedes der beiden Reiche eines wählt und diese zwei entweder selbst das dritte Mitglied wählen oder, wenn sie darüber nicht einig werden, es durch den Präsidenten des schweizerischen Bundesrates, oder schließlich auf die Weise wählen lassen, wie es die beiden letzten Sätze des Artikels 32 der Haager Konvention vom 29. Juli 1899 bestimmen.

Es ist also auch hier Vorsorge getroffen, daß nicht etwa gar aus den Einigungsverträgen selbst ein blutiger Streit entstehen kann. Man kann darum wohl unserem Stockholmer Bruderorgan zustimmen, wenn es trotz der Ausnahmeregelung von den „vitalen Interessen“ den an erster Stelle der Vorschläge stehenden Schiedsgerichtsvertrag „ein gutes Schiedsgerichts-Abkommen, von besserem als dem gewöhnlichen Typus“, nennt. Unser Bruderorgan von Kristiania steht allerdings den Vorschlägen noch ziemlich zweifelnd gegenüber und schreibt:

„Sicherlich ist das Hebereinkommen, das unsere Unterhändler in Karlsbad erzielt haben, nicht geeignet, in Norwegen irgendwelche Freunde zu erwecken. Es zeigt deutlich, daß Schwedens Forderungen um großen ganzen erfüllt sind, ohne daß Norwegen irgendwelchen Vorteil erreicht hat. Wir haben die Unionauflösung mit Zugeständnissen erkaufen müssen, auf die einzugehen einem souveränen Volk gewiß schwer werden muß. Das Schiedsgericht ist eingeschränkt auf das mindeste Mögliche, kann wohl kaum ein Schiedsgericht genannt werden, und daß die neutrale Zone unter diesen Umständen zu einer Garantie für den Frieden werden wird, ist auch zweifelhaft. Es liegt die Gefahr vor, daß das Hebereinkommen wegen seiner großen Einseitigkeit die Rüstungen auf beiden Seiten vermehrt. Inzwischen tun wir gut daran, diese Sache genau zu erwägen, und finden wir, daß wir den Bedingungen zustimmen können, so muß die norwegische Sozialdemokratie mit aller Kraft dafür arbeiten, daß sie zu Trägern des Friedens werden.“

Die norwegische Sozialdemokratie und das Hebereinkommen von Karlsbad.

Der Zentralvorstand der norwegischen Arbeiterpartei hat auf Vorschlag von Redakteur Aringen folgende Erklärung beschlossen: „Ueber das in Karlsbad zustande gekommene, die Unionauflösung betreffende Hebereinkommen ist die Meinung der Sozialdemokratie die, daß der Schiedsgerichtsvertrag viel zu wenig umfaßt ist, daß Norwegen gezwungen wird, seine Landesverteidigungsmittel zu schwächen, während das auf Schwedens Seite durchaus nicht der Fall sein wird, und daß im allgemeinen die getroffenen Bestimmungen einseitig zugunsten Norwegens wirken werden.“

Nur im Vertrauen auf den Fortschritt der demokratischen Ideen und auf das Wachstum der sozialdemokratischen Parteien, was wir als die einzige Garantie für die Bewahrung des Friedens und die Ausrottung des Nationalhasses sowie für die Ausgleichung der Interessengegenstände ansehen, sind wir gleichwohl der Ansicht, daß wir dem vorgeschlagenen Hebereinkommen unsere Zustimmung geben sollen. Unter dem Gefühl der Verantwortung, die wir in der parlamentarischen Politik zu tragen haben, können wir uns nicht auf Grund der Einwendungen, welche wir gegen das Hebereinkommen anzuführen haben, an

Handlungen teilhaftig machen, deren Folge Friedensbruch sein würde, der zu größerem Unglück führen könnte.

Indem wir dem Hebereinkommen unsere Zustimmung geben, stehen wir bereit zu versuchen, durch unsere politische Arbeit alles zum Besten zu wenden und damit den Frieden und die gemeinsame Arbeit zu fördern, die den beiden Völkern der Halbinsel zum Glück gereichen müssen.

Hierbei ermahnen wir, daß uns unsere schwedische Bruderpartei immer tatkräftig unterstützen, und stets dagegen auf der Hut sein wird, daß der Stachel, den der schwedische Konföderalismus in das Hebereinkommen gelegt hat, nicht gegen unser Volk gewendet wird, — und mit uns dahin wirken wird, daß wir eines Tages gemeinsam dahin kommen, daß jedes derartige Hebereinkommen überflüssig ist und die rote Fahne des Friedens und des Sozialismus über beiden Ländern weht.“

Wiederholung der Haager Friedenshoffe.

Die „Petersburger Telegraph-Agentur“ erfährt, daß unterm 21. d. M. die russischen Vertreter, im Auslande in einem Rundschreiben die Anweisung erhalten haben, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, eine Einladung zum Zusammentritt einer zweiten Friedenskonferenz in Haag zu übermitteln. Außerdem erhielten sie den Auftrag, für den Fall, daß die fremden Regierungen die russischen Vorschläge annehmen, zu erklären, daß die Vorschläge der russischen Regierung sich auf eine Konferenz richten werden, deren Arbeiten nach ihrer Auffassung einen streng praktischen Charakter haben müßten; sie müßte hauptsächlich und sogar ausschließlich die ersten Fragen behandeln, die sich während des letzten Krieges erhoben haben und deren unzulängliche Lösung erforderlich sei. Minister Witte soll Delegierter Deutschlands auf der nächsten Haager Friedenskonferenz werden.

Schweiz.

Volksabstimmungen.

Zürich, 25. September. (Fig. Ber.) Die Bürger der Stadt Zürich hatten gestern über die Erleichterung der Einbürgerung der Einwohner aus anderen Gemeinden des Kantons Zürich, aus Gemeinden anderer Schweizer Kantone und aus dem Auslande abzustimmen, und sie verwarfen mit 4334 gegen 2134 Stimmen die vom Stadtrat unterbreitete und von allen Parteien dringend zur Annahme empfohlene Vorlage. Das Post- und Spiehbürgeramt hat gestiftet. Hätten die sämtlichen 30 000 Stimmberechtigten der Stadt Zürich zu entscheiden gehabt, wäre das Resultat wahrscheinlich ein anderes.

Ein starkes Stück Reaktion ist gestern auch im Kanton Aargau vollbracht worden, in dem seit Jahrzehnten ein empörendes plutokratisches Regiment herrscht, das der demokratischen Republik zur höchsten Unehre gereicht. Auf Antrag der Regierung und des Kantonsrates haben die Stimmberechtigten in der Volksabstimmung mit 18 759 gegen 11 950 Stimmen beschlossen, den Artikel aus der Verfassung zu streichen, der die Verstaatlichung der Sankten fordert. Deren Besitzern ist damit die Konzeption bis 1980 verlängert, während sie demnach dem Staate anheimgefallen wären. Für diesen Verrat an der Demokratie zahlen die Salzbarone 5000 Fr., indem sie ihre bisherigen jährlichen Abgaben an den Staat von 45 000 auf 50 000 Fr. erhöhen. Leider ist in diesem industriell bedeutsamen Kanton wie alles so auch die Arbeiterbewegung rückständig. Eine starke sozialdemokratische Partei hätte diesen neuen Streich der herrschenden radikalen Geldpartei verhindern können.

Gleichzeitig wurde mit 24 038 gegen 6678 Stimmen das Initiativbegehren betreffend die Abschaffung der sogenannten Referendumsgemeinde angenommen. Statt an der Urne wurden nämlich im Kanton Aargau bisher die Wahlen und Gesetzesabstimmungen in Gemeindeversammlungen vorgenommen, wo gewöhnlich einige Stadt- und Dorfmatadore die Wähler haranguierten. Vielleicht bringt auch die Neuerung der Urnenabstimmung eine allmähliche Verbesserung der auf den Hund gekommenen Politik.

Frankreich.

Sozialistische Siege. Am vergangenen Sonntag haben eine Anzahl Wahlen stattgefunden, die alle im höchsten Grade günstig für die sozialistische Partei ausgefallen sind. In Toulouse waren drei Gemeinderäte zu wählen; alle drei Sitze waren bisher von Radikalen besetzt. Am Sonntag siegten die Kandidaten unserer Partei genossen mit 11 774 Stimmen über die der Gegner, die es nur auf 8500 Stimmen brachten. Dabei ist zu beachten, daß die Reaktion gar keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. — In Revers, in einem rein ländlichen Bezirk, in welchem die Holzfäller den Ausschlag geben und wo noch nie ein sozialistischer Kandidat aufgestellt gewesen war, kam der Genosse Roblin mit 4271 Stimmen an die Spitze der Liste; der Radikale erhielt 3808, der Reaktionäre 2100 Stimmen. — In Nosières, im Tarngebiete, siegte die ganze sozialistische Liste bei den Kantonsratswahlen und in Toulouse endlich wurde ebenfalls ein Genosse in den Kantonsrat gebracht. — Es sind das günstige Anzeichen für die kommenden allgemeinen Wahlen.

England.

Der Kampf um den Stillen Ozean.

London, 25. September. Die planmäßig die englische Regierung jetzt am Ausbau ihrer Seemacht arbeitet, zeigt die gestern von „Observer“ gebrachte Nachricht über die Einrichtung einer Flottenstation in Singapur. Die Straße von Singapur, die auch von Mosadjestowensky benutzt wurde, beherrscht den Zugang zum Sibirischen Meer und damit auch zum Stillen Ozean von Europa aus, ebenso wie der Panamalanal, wenn er einmal festgestellt ist, den Zugang zum Stillen Ozean vom Wasser her beherrscht. Die Straße von Singapur wird nunmehr in der Macht der Engländer sein, wie der Panamalanal in der Macht der Amerikaner. Die Einrichtung der neuen britischen Flottenstation geschieht im Einverständnis mit Japan.

Der englisch-japanische Vertrag keine Drohung gegen die anderen Mächte.

Der Standard schreibt: Es ist eine mißverständliche Auffassung, wenn man annimmt, der britisch-japanische Vertrag sei feindselig gegen Russland, ebenso ist es eine reine Fiktion, ihn ostentativ zu nennen. Wir vermögen nicht einzusehen, inwiefern irgend ein berechtigtes Interesse Deutschlands dadurch betroffen würde; der Vertrag ist keine Bedrohung des Machtverhältnisses in Ostasien oder der Stellung, die Deutschland in Schantung einnimmt. Er läßt den Besitz Deutschlands im fernem Osten unberührt und hat keine Beziehungen auf etwaige Bestrebungen der Berliner Regierung in Klein-Asien.

Afrika.

Drabende Haltung der Basutos.

London, 28. September. Daily Mail meldet aus Kapstadt unter dem heutigen Datum: Die hier verbreitet gewordenen unrichtigen Nachrichten über eine Niederlage der Deutschen hat unter den Basutos große Unruhe verursacht. Alle jungen Anführer und Häuptlinge predigen eine Art heiligen Krieg nicht so sehr gegen die Engländer als vielmehr gegen die Buren. Der britische Resident in Maseru hat an den Oberkommissar eine dringende Vorstellung gemacht, in der Einzelheiten über den unruhigen Zustand des Landes enthalten sind und in der die Behörden ersucht werden, die Anführer an der Grenze von Basutoland zu bewaffnen. Eine stehende Kolonne ist von Pretoria nach der Basutolandgrenze aufgebracht. Weitere Truppenabteilungen sind verlangt worden.

Amerika.

Die politischen Parteien und die Regier.

Die republikanische Partei müßte gelegentlich zu politischen Zwecken ihren alten Ruf aus, daß sie die Befreiung und Freundin

der Regier sei. Die demokratische Partei dagegen stellt mit ihrer Feindschaft gegen die Regier nicht zurück und veräumte keine Gelegenheit, den Regieren die politischen Rechte wieder zu nehmen, welche ihnen die republikanische Partei 1868 und 69 durch entsprechende Amendements zur Verfassung gesichert hatte. Die Republikaner sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie sich mit den Regieren arg verrednet haben. Schon vor zwei Jahren sagte Elihu Root, der jetzige Staatssekretär, daß das Experiment, den Regieren das gleiche Wahlrecht einzuräumen, ein Fehlschlag gewesen wäre. Im Süden, wo neun Zehntel der Regierbevölkerung der Vereinigten Staaten leben, herrschten die Demokraten unumschränkt, die Freunde der Regier, und die Republikaner, die sich politisch als ihre Freunde aufspielten, konnten nicht aufkommen. So unsichere Bundesbrüder wollen die Republikaner nicht länger um sich dulden. In einer Konvention der Partei im Staate Maryland wurde kürzlich erst in der angenommenen Plattform offen erklärt, daß die republikanische Partei nicht für die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Regier eintrete und gegen jeden überwiegenden Einfluß der Regieren über die Weizen sei. Im Süden, wo die Republikaner nichts zu verlieren haben, wird eine solche Erklärung auf die weiße Bevölkerung ihre Wirkung nicht verfehlen. Im Norden dagegen werden die Regier ruhig werden. Dort machen sie vielfach von ihrem Stimmrecht ausgiebigen Gebrauch und es würde, auf eine bestimmte Seite geworfen, in manchen Orten ausschlaggebend sein. In den Staaten New York und Ohio beträgt das Regiervotum je 100 000, in Illinois 90 000, in New Jersey 70 000, in Indiana und Kansas 60 000 Stimmen. — Es bezieht hier für die sozialistische Partei eine Chance, daß die Regier, von den Demokraten wie von den Republikanern verlassen, sich ihr zuwenden. Die Sozialisten haben schon verschiedene Versuche gemacht, die Regier zu gewinnen. In San Francisco wurden in den letzten Jahren einige Regier zu Agitatoren erzogen, die als Straßenredner für den Sozialismus sehr Tüchtiges leisteten. In sozialistischen Versammlungen wurde manchmal ein Regier demonstriert als Vorsitzender gewählt, was für die Amerikaner etwas ganz Außergewöhnliches war. Im allgemeinen ist freilich von dieser Seite noch nicht viel für die Partei zu erwarten.

Der Semstwo-Kongreß.

Moskau, 27. September. Der Semstwo-Kongreß erkannte die Notwendigkeit an, allen Nationalitäten des Reiches durch Grundgesetz das Selbstbestimmungsrecht in Kulturangelegenheiten, volle Freiheit des Gebrauches ihrer Sprachen und Dialekte im öffentlichen Leben, sowie das Versammlungs- und Vereinsrecht zu gewährleisten. Die russische Sprache müßte die Sprache der Zentralinstitutionen, der Armee und der Marine bleiben. Bezüglich der Dezentralisierung der Regierung beschloß der Kongreß, zu erklären, daß nach Feststellung der Rechte für die bürgerliche Freiheit und bei einer normalen Volksvertretung mit konstitutionellen Rechten für das ganze Reich ein geeigneter Weg zur Herstellung der lokalen Autonomie eröffnet sei. Ferner wurde einstimmig eine Resolution angenommen, wonach das Jarum Polen nach Herstellung einer demokratischen Volksvertretung für das Reich als besondere autonome Einheit mit eigenem Landtag auf Grundlage des allgemeinen, direkten und allgemeinen Wahlrechts auszuscheiden sei, jedoch unter Wahrung der Staatseinheit und unter Regulierung der Grenzen Polens und der anstoßenden Gouvernements, entsprechend der Nationalität der Bevölkerung und deren Wünschen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 28. September, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Vor der Sitzung haben die Abteilungen u. a. zehn Mitglieder zur gemischten Deputation für die Beratung der anlässlich des bevorstehenden silbernen Hochzeitstages des Kaiserpaars zu treffenden Maßnahmen gewählt; es befinden sich darunter auch die sozialdemokratischen Stadtv. Borgmann und Singer.

Der Stadtv. Fritsch (K. L.) hat das Mandat niedergelegt.

Nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt ist ein dringlicher Antrag Kronz u. Gen. (Soz.):

„Der Magistrat zu ersuchen, in Verfolg einer bei der letzten Stadtratung gefassten Resolution ihr das spezielle Projekt zur Ausgestaltung des Arniplatzes vor der Ausführung zur Beschlußfassung vorzulegen.“

Ein Widerspruch gegen die Dringlichkeit erhebt sich nicht. Ueber die gegen die Richtigkeit der

Gemeindegewählerte in diesem Jahre erhobenen Einwendungen

hat der Wahlprüfungsausschuß beraten und einen umfangreichen schriftlichen Bericht erstattet, der vom Stadtv. Rischkei vertreten wird. Von insgesamt 318 Reklamanten haben 80 lediglich Korrekturen der sie betreffenden Eintragungen verlangt; der Magistrat hat diesen Anträgen kurzerhand entsprochen und der Ausschluß dieses summarische Verfahren gebilligt und für die Folge beizubehalten empfohlen. Die übrigen 238 Protesterheber beantragen ihre Aufnahme in die Liste. Von 78 derselben, die als Schloßstelleninhaber nicht eingetragen waren, ist ermittelt worden, daß 68 tatsächlich Chambregarnisten, also wahlberechtigt sind; einer davon büßt allerdings, weil Steuerzahler, sein Wahlrecht wieder ein. Der Ausschluß beantragt die nachträgliche Eintragung der übrigen 67. Ebenso haben von 38 als Steuerzahler ausgesprochenen 6 die Steuer bezahlt und sollen nachträglich in die Liste aufgenommen werden. Dergleichen haben von 28 Reklamanten, die in Preußen nicht staatsangehörig sein sollten, 22 ihre preussische Staatsangehörigkeit nachgewiesen. 33 Protesterheber hatten keine Aufnahme in die Liste gefunden, weil sie als durch Krankenhauspflege unterstützt gemeldet waren; von diesen haben indessen 17 tatsächlich die Kurkosten bezahlt und es soll ihrer Reklamation stattgegeben werden. Hierzu liegt ein Antrag Cassel. Kampf und weiterer 27 Mitglieder der linken Linken vor:

„Den Magistrat zu ersuchen:

1. in Gemeinschaft mit ihr bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden dahin vorstellig zu werden, daß auf dem Wege der Gesetzgebung bestimmt wird, daß die in Form von Krankenhausbehandlung gewährten Armenunterstützungen für den Verlust des Wahlrechtes nicht in Betracht kommen;

2. den demnächst einzuberufenden Stadtrat zu einer Klärung in gleichem Sinne zu veranlassen.“

Bei weiteren 62 Reklamanten sind eine Reihe anderer Gründe für die Ausschließung maßgebend gewesen. In nicht weniger als 49 Fällen haben sich aber diese Ausschließungsgründe als hinfällig erwiesen; nur bei 13 wird Abweisung des Protestes beantragt, u. a. auch desjenigen unseres Redakteurs Julius Kalliski, der nach nicht ein Jahr in Berlin wohnhaft sein soll, da er vom 2. Mai bis 8. November 1904 im Strafgefängnis in Tegel gewesen! Der Bericht führt aus, daß Kalliski als Chambregarnist am 2. Mai 1904 die Wohnung seiner Wirtin endgültig verlassen habe, von dieser nach Tegel abgemeldet und nicht wieder zu ihr zurückgekehrt sei, also seinen Wohnsitz für diese Zeit in Berlin vollständig aufgegeben habe. Daß die Unterbrechung des Wohnsitzes eine unfreiwillige gewesen, komme nicht in Betracht, da § 5 der Städte-Ordnung bestimme, daß er „seit einem Jahre“ Einwohner des Stadtbezirks sein müsse. — 6 Proteste sollen als verspätet eingegangen zurückgewiesen werden.

Stadtv. Stadhagen (Soz.): Der Redakteur Kalliski hat gegen seine Nichtaufnahme in die Liste protestiert, und wir bitten, diesen Einspruch für gerichtsreif zu erachten event. den Protest in den Wahlprüfungsausschuß zurückzuweisen. Es ist ein Irrtum, daß Kalliski in den sechs Monaten in Tegel gewohnt hat; er hat wohl dort seinen Aufenthalt gehabt, aber nicht rechtlich, sondern der Not gehorchend, weil ihn die Staatsanwaltschaft dringend ersuchte, seine berufliche Tätigkeit auszuüben zu lassen bis nach

Regel. Solche „Erholungsreisen“ können an dem Wohnsitz des Redakteurs nicht ändern. So gut wie jemand von uns Berlinern, der in die Sommerfrische geht, sein Wahlrecht dadurch nicht verliert, hat auch Kallisti seinen Wohnsitz nicht aufgegeben, noch dazu, wo die Veränderung des Aufenthalts eine ungewollte war. An dem Wohnsitz ist durch diese Luftveränderung nichts geändert worden. Das ist auch ständige Jurisprudenz. Unser Kollege Leid, der ein Jahr außerhalb Berlins ungewollten Aufenthalt nehmen mußte, ist in dieser Zeit in die Versammlung wiedergewählt und die Wahl für gültig erklärt worden. Ich darf auch auf Entscheidungen des Landgerichts hinweisen, welche sich durchaus in derselben Richtung bewegen. Einen Unterschied, der darin liegen soll, daß es sich um einen Unverheirateten handelt, vermag ich nicht anzuerkennen; im übrigen gedenkt Kallisti sich demnächst zu verheiraten. Kallisti ist auch die Steuerquittung in der kritischen Zeit präsentiert und diese von ihm bezahlt worden. Wir beantragen daher prinzipiell, dem Protest stattzugeben, eventuell den letzteren an den Ausschuss zurückzuweisen.

Referent Stadts. Mischelet: Der Ausschuss ist durchaus auf dem gesetzlichen Standpunkt verblieben. Nach politischer Meldung ist Kallisti am 2. Mai 1904 nach außerhalb bezogen und am 1. Dezember wieder gemeldet. Eigene Möbel hat er nicht besessen. Tatsächlich ist also, daß er seinen Wohnsitz während des letzten Jahres nicht dauernd in Berlin gehabt hat.

Die Versammlung lehnt den Antrag Stadthagen ab und genehmigt durchweg die Ausschuhträge.

Die Vorlage betr. den Bau einer zweiten Heimstätte für weibliche Genesende in Blankenburg-Altstadt hat im Ausschuss nur von einer Seite eine allerdings desto lebhaftere Bekämpfung erfahren, ist aber schließlich mit allen gegen eine Stimme angenommen worden. Danach ist die Anzahl für 95 Betten einzurichten und der Ausgabebetrag auf 433 500 M. veranschlagt. Gleichzeitig ist im Ausschuss auf Verweiden des einzigen Opponenten eine Resolution angenommen worden, wonach der Magistrat ersucht werden soll, in gemischter Deputation mit der Versammlung eine Revision der Zeit- und Grundfläche für die Aufnahme in die Heimstätten vorzunehmen. Referent ist Stadts. Wallach (Alte Linke).

Stadts. West (Soz.): Wir werden der Vorlage zustimmen und auch die Resolution annehmen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß die Auffassung, von der wir und die Mehrheit des Ausschusses ausgehen, mit derjenigen des Heberers der Resolution sich nicht deckt. Die geltenden Grundsätze von 1887 sind allerdings in den letzten Jahren nicht mehr so befolgt worden, wie ihr Wortlaut besagt, weil inzwischen eine Reihe von Decreten sozialpolitisch Fortschritte gemacht haben, so daß eine große Anzahl der Aufgenommenen nicht mehr im eigentlichen Sinne des Wortes „Genesende“ waren, sondern Leute, die schon längere Zeit krank waren, ohne aber ein längeres Krankenlager bewirkt hinter sich gehabt zu haben. Wir wollen mit der Zustimmung zur Resolution also nicht befehlen, daß die heutigen guten Gepflogenheiten etwa wieder zurückgeschraubt werden sollen; wir wollen gerade die andere Auffassung der wissenschaftlichen Medizin auch hier zur Geltung bringen, indem diese jetzigen Gepflogenheiten nunmehr Rechtens werden sollen. Die Heimstätten für Genesende können nach unserer Auffassung einen trefflichen Schub vor der Ausbreitung der Tuberkulose abgeben, eine wirksamere als die sogenannten Lungenheilstätten; es würde damit eine der Quellen der Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen verstopft werden. Es kommt hinzu, daß die Kosten pro Kopf bei diesen Heimstätten nur etwa die Hälfte derjenigen in den Lungenheilstätten betragen. Vorbeugen ist mehr wert als heilen. Die Heimstätten sollen nicht bloß eine Entlastung für die Krankenhäuser sein; es sollen in jenen auch besserungsfähige chronische Kranke aufgenommen werden.

Die Vorlage wird mit der Resolution angenommen.

Für die auf den 8., 9. und 10. November angeordneten **Ergänzungs- und Ersatzwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung** wird letztere ersucht, für jeden Wahl- bzw. Abteilungsbezirk Weisheit und Stellvertreter für diese zu ernennen. Ueber die in Betracht kommenden Wahlbezirke III. Abteilung haben wir bereits eingehend Mitteilung gemacht; in den Wahlbezirken 1, 3, 6, 20, 21, 26 und 46 ist ein Hausbesitzer zu wählen.

Stadts. Borgmann: Die der Vorlage beigegebene Erläuterung zeigt, wie sich in den letzten Jahren die Verhältnisse hinsichtlich der Wählerzahl der einzelnen Abteilungen und Wahlkreise gestaltet haben. Trotzdem erst vor wenigen Jahren eine Neueinteilung der Wahlbezirke stattgefunden hat, sind bereits wieder Verschiebungen von 2000 bis 19 000 Wählern in den Wahlkreisen der dritten Abteilung eingetreten. Diese Verschiebungen haben sich auch auf die zweite Abteilung erstreckt. In die erste Abteilung gehören nur 1829, in die zweite 22 000, in die dritte 336 000 Wähler! Die ganze Misere unseres Dreiklassenwahlrechts ist auf diesen Zahlen wieder ersichtlich. Eingewendet werden muß auf die nicht mehr berechnete Ungleichheit, daß die dritte Abteilung 48 Wahlkreise hat, die beiden anderen aber nur je 16. Es liegt kein Grund vor, diese Ungleichheit beizubehalten. Ich beantrage, den Magistrat zu ersuchen, für die Zukunft auch für die dritte Abteilung 16 Wahlkreise festzusetzen. Es würde dann nicht so leicht eine so beträchtliche Verschiebung der Wählerzahl eintreten und ferner würden alle 16 Bezirke alle 2 Jahre zur Wahl schreiben können. Heute kommt die Gesamtheit der großen Masse der Wählerschaft der dritten Abteilung nur alle 6 Jahre in die Lage, wählen zu können, was dem Wähler dieser Abteilung sein Wahlrecht tatsächlich erheblich einschränkt. Die Beteiligung ist oft sehr gering, geht über 35 Proz. überhaupt nicht hinaus. Es ist doch nur erwünscht, der Bevölkerung öfter Gelegenheit zu geben, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Technische Hinderungsgründe für diese unsere Anregung können heute nicht mehr vorhanden sein. Ersuchen Sie daher den Magistrat, eine Neueinteilung der Wahlbezirke der dritten Abteilung, dergestalt vorzunehmen, daß wie für die erste und zweite auch für die dritte Abteilung 16 Wahlbezirke gebildet werden. Wir ersuchen ferner, diesen Antrag durch einen Ausschuss vorbereiten zu lassen. Die städtischen Behörden sind sehr wohl befugt, ohne Einspruch von außen befürchten zu müssen, eine solche Neueinteilung vorzunehmen.

Stadts. Wommsen (Fr. Fr.): hat gegen Ausschuhberatung nichts einzuwenden.

Die Versammlung beschließt demgemäß und verweist im übrigen die Vorlage an den Ausschuss für Unbefolgte.

Hierauf greift die Versammlung auf den oben mitgeteilten Antrag **Cassell-Kaempf** wegen der Beeinträchtigung des Wahlrechtes infolge der Gewährung von Krankenhäuserpflege zurück.

Stadts. Kaempf: Seit 20 Jahren tritt die Versammlung für die Auffassung ein, welche der Antrag zum Ausdruck bringt; der Magistrat hat sich nicht sowohl der gegenseitigen Anschauung angeschlossen, als sich vielmehr auf den Standpunkt der geltenden gesetzlichen Bestimmungen gestellt. Das Oberverwaltungsgericht hat die Klage der Versammlung 1900 endgültig abgewiesen. Auch spätere Maßnahmen zur Gewinnung eines Ausweges, die 1902 versucht wurden, sind ergebnislos geblieben; es bleibt nichts übrig, als die Gesetzgebung hinsichtlich des Punktes „Armenunterstützung“ selbst zu ändern; mit der Interpretation ist nichts mehr zu machen. Der Versuch einer solchen Einwirkung auf die Gesetzgebung erscheint dem Redner nicht aussichtslos, da ein reichslandzweites Gesetz betr. die Bekämpfung der Tuberkulose an die preussischen Minister des Innern und des Kultus ausdrücklich die Anregung für die Kommunen enthält, Stiftungen zu errichten, um die Aufnahme Tuberkulöser in Heimstätten zu bewirken, ohne das Wahlrecht der Betroffenen zu tangieren. Darin liegt nach der Auffassung des Antragstellers ein Anerkennung der Fehlerhaftigkeit der bestehenden Gesetzgebung, mit deren jetziger Auslegung in dem zur Besprechung stehenden Punkte sich das öffentliche Rechtsbewußtsein niemals abfinden dürfte. Man könnte also die Hoffnung hegen, daß der Sturmhauf gegen die Gesetzgebung von Erfolg sein werde.

Stadts. Stadthagen: Wir sind alle darüber einig, daß die bestehenden Zustände mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein sich nicht

im Einklang befinden. Die Versammlung hat selber einstimmig beschlossen, daß Krankenhäuserpflege nicht als Armenunterstützung gelten soll. Aus den erwähnten Darlegungen des Reichslandzweites geht keineswegs hervor, daß die Gesetzgebung geändert werden soll; es wird dort im Gegenteil darauf hingewiesen, daß die Gemeinden selbst in der Lage sind, die unglückliche Lage der Gesetzgebung zu paralysieren. In Charlottenburg ist bereits in diesem Sinne entgegen dem Standpunkt des Berliner Magistrats vorgegangen worden. Die Kommunalverwaltung kann aber in ihren sozialpolitischen Maßnahmen weiter gehen, als die Gesetzgebung ihr auferlegt. Was hätte es für einen Sinn, an den agrarischen Viebesgaben-Reichstag oder Landtag zu gehen? So optimistisch bin ich nicht. Das Gute an der bestehenden Rechtsprechung ist, daß zweifellos ein Rechtsanspruch auf Rückerstattung der Kosten nicht besteht. 1897 hat das Oberverwaltungsgericht ausdrücklich ausgesprochen, daß die U in a h me in das Krankenhaus die Armenunterstützung darstellt. Trotzdem fordert, wie mir sehr wohl bekannt ist, der Berliner Magistrat die Betroffenen oft zur Erstattung auf, aber eine Erstattungs-pflicht besteht in Preußen nicht. Geht man heute ans preussische Abgeordneten- und Herrenhaus, so wird nur erreicht werden, daß selbstverständlich auch diese Zahlungs-pflicht noch statuiert wird. Der Reichstag kann auch nicht in die preussische Gesetzgebung so direkt eingreifen. Vom Dittelstrauch kann man nicht Kosten pfänden. Sehr wohl aber können wir den Weg Charlottenburgs gehen, zu erklären: solche Hilfeleistung ist keine Armenunterstützung. Man gebe auf unsere früheren Anträge zurück, den Anstaltsbedürftigen ein Recht auf Aufnahme ins Krankenhaus einzuräumen. Der Kostenpunkt kann da doch nicht entgegenstehen. Lehnen Sie den gestellten Antrag ab und eruchen Sie dafür den Magistrat, der Versammlung eine Vorlage zu machen, wodurch denjenigen Personen, welche den Unterstützungswohnort in Berlin befragen, das Recht zur unentgeltlichen Aufnahme in einem Krankenhaus verliehen wird, und zwar mit denselben Vorbehalten, mit welchen 1901 der Ausschuss denselben Antrag annahm, den das Plenum dann leider ablehnte. Berlin sollte sich doch nicht von seiner Nachbarstadt Charlottenburg beschämen lassen. Wahrscheinlich würde, wenn die Geisteskranken und die Krankenkassenmitglieder ausgenommen sind, wirklich kaum 1/2 Million erforderlich sein; und einer so geringen Summe wegen soll die Selbstverwaltung ohnmächtig zurücktreten müssen? Der alte Vorwand, daß man damit den Reichen eine Begünstigung zuwenden würde, ist hinfällig; denn schon heute kann der Wohlhabende in ein Krankenhaus gehen und sich täglich für 2,50 M. versorgen und ärztlich behandeln lassen, während er in Privatbehandlung vielleicht das Vielfache leisten müßte. Die Erhebung von Krankenpflegelöhnen in den öffentlichen Krankenhäusern, Charitas usw. ist an sich ein ungeheuerliches Unrecht, da diese Anstalten vorwiegend im Interesse des medizinischen Unterrichts getroffen sind; es handelt sich hier um eine Anstaltsanordnung zugunsten der Wohlhabenden; die Stadt ist instande, gegen das Wahlrecht einzuschreiten, sie will aber den Weg der Selbstverwaltung nicht gehen, auf den Reichslandzweites und Minister hinweisen! Es ist schwer, demgegenüber erst zu stehen. Jährlich werden 4000 vom Wahlrecht aus diesem Grunde ausgeschlossen, auch wenn sie bezahlt haben, auch wenn nur die Frau krank war, ja, auch wenn bloß der Armenarzt für 70 Pf. Milch verschrieben hat! Der Weg des Antrags Cassell ist ungangbar; die Mehrheit aber kann den Magistrat zwingen, auf die Vorschläge einzugehen, die sie selbst in den 80er Jahren vertreten hat. Selbst unter weitergehender Antrag von 1901 würde noch keine ganze Million erfordern. Der letzte Leberich der Stadtetat beträgt 10 Millionen; verwenden Sie doch den 20. oder 10. Teil davon zur Durchführung einer Maßnahme, die zeigen würde, daß Sie sozial empfinden, die 4000 Bürgern ihr Wahlrecht läßt. Jetzt, wo die Gefahr der anstehenden Krankheiten auch auf die Reichen überzugehen beginnt, heißt es, prophylaktisch wirken! (Weisfall.)

Stadts. Kreitzing (R. L.): Das Dreiklassen-Wahlrecht ist längst genügend gekennzeichnet als ein Unrecht, das unter allen Umständen beseitigt werden muß. Für seine Beseitigung besteht aber sehr wenig Aussicht: im Landtage werden wir damit keinen Anklang finden. Der Vorschlag des Redners, dem Beispiel Charlottenburgs zu folgen, ist nicht ohne weiteres akzeptabel, dort ist der Magistrat mit der Maßregel vorgegangen, bei uns soll die Initiative aus der Versammlung heraus erfolgen. Da bedarf es zunächst der Ausschuhberatung. An den Landtag mit einer Petition zu gehen wird sich trotzdem empfehlen, weil es der einzige Weg ist, auf dem zurzeit überhaupt eine Abhilfe denkbar erscheint.

Stadts. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.) vermag auch nicht den Optimismus zu teilen, daß im Jumperparlament etwas zu erreichen wäre; der Reichstag diene ebenfalls nur eine schwache Hoffnung. Man solle den vom Reichslandzweites angebotenen Weg gehen.

Stadts. Dove (R. L.): Im Jahre 1903 hat die Mehrheit den erwähnten Antrag abgelehnt; dem Wunsche einer erneuten Prüfung des Inhalts läßt sich nichts entgegenstellen. Deshalb aber erscheint die Annahme des Antrags Cassell nicht überflüssig. Ein Reichsgesetz gemäß diesem Antrag würde völlig genügen; aber selbst eine Petition an die beiden Häuser des Landtags erscheint nicht aussichtslos.

Stadts. Singer: Wie kann Herr Dove so zuversichtlich auf den Reichstag hoffen? Zentrum und Agrarier würden mit Wonne Kompetenzen geltend machen und auf den preussischen Landtag verweisen. Wie nun gar aber eine Petition an Herrenhaus und Abgeordnetenhaus nicht aussichtslos sein soll, ist mir vollends unerschwinglich. Wenn wir nicht innerhalb unserer eigenen Kompetenz Mittel und Wege finden, die Sache zu ordnen, dann müßt Ihnen alles nichts, wenn Sie auch noch jahrzehntelang petitionieren. Bis der schwerfällige Apparat der preussischen Gesetzgebung in Gang gebracht ist, dauert die träge Ungerechtigkeit fort. Sind aber die beiden städtischen Behörden einig, so kann im Augenblick Abhilfe geschaffen sein. Die Million für die Stiftung zum Andenken an den ersten preussischen König wäre viel besser zu diesem Zweck verwendet worden. Stiften Sie doch zur silbernen Hochzeit des Kaisers einen solchen Fonds, damit keiner sein Wahlrecht verliert, dessen Frau oder Kinder einmal Krankenhaus-Unterstützung empfangen haben! Wir können nur empfehlen, zunächst unseren Antrag in einem Ausschuss zu beraten, in den er nach der Geschäftsordnung, weil er eine Geldbewilligung involviert, verwiesen werden muß, die Abstimmung über den Antrag Cassell aber zu vertagen, bis der Ausschuss beraten hat. Was den Städtetag betrifft, so wird ein solcher ja vom Magistrat berufen werden — ob noch in diesem Jahre, ist mir zweifelhaft nach der Schnelligkeit, mit der solche Sachen vom Magistrat betrieben werden — und der mag ja dann auch über diese Frage beraten. (Weisfall.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird schließlich in die zweite Beratung des Antrags Cassell eingetreten und dieser angenommen. Der Antrag Stadthagen geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Die Vorlage wegen Erwerbs des vom Grundstück Prinzen-Allee 82 zur Freilegung der Straße 66b X' zwischen Bad- und Christiaustraße erforderlichen Landes wird entgegen einem vom Stadts. Hinghe (Soz.) gestellten und mit dem Hinweis auf den enormen hier zu zahlenden Preis von 65 M. pro Quadratmeter Hinterland lebhaft befürworteten Antrage auf Ausschuhberatung von der Mehrheit angenommen.

Schließlich kommt der zu Beginn des Berichtes erwähnte **Dringliche Antrag** zur Beratung.

Stadts. Borgmann: Eine der bittersten Klagen ist zweifellos die, daß in manchen städtischen Bezirken viel zu wenig Raum für Bewegungsspiele von Kindern vorhanden ist. Die bisherige Misere einigermaßen zu beseitigen, haben wir Schulhöfe hergegeben. In neuerer Zeit sind an der Peripherie eine Reihe von Plätzen neu angelegt worden, und die Deputation für das Turn- und Badewesen hat versucht, bei deren Anlage Raum für solche Bewegungsspiele zu schaffen. Am 3. November 1904 hat die Deputation bei der Bauverwaltung einen entsprechenden Antrag bezüglich des Aninplatzes gestellt. Die Rücksicht auf die umwohnenden Grundbesitzer und auf das Verkehrsbedürfnis soll nun eine solche Ausgestaltung unmöglich

machen, es soll lediglich ein Schmutzplatz angelegt werden. Das Verkehrsbedürfnis spricht aber tatsächlich nicht mit. Bei der letzten Entscheidung hat eine Resolution des Stadtschulrates, die Ausgestaltung solcher Plätze der Beschlußfassung der Versammlung zu unterbreiten, einstimmige Annahme gefunden. Die Deputation für das Turn- und Badewesen hat wiederholt entsprechende Anregungen gegeben. Trotzdem wird jetzt der Platz ohne Rücksicht auf diese Ausgestaltung. Das ist ein willkürliches Verfahren. Die dortigen Bezirke sind ungemein dicht bebaut; es muß also auf den Plätzen das nötige vorgeplant werden. Mit der Errichtung eines Schmutzplatzes steigert man nur den Wert des umliegenden Grundbesitzes. Die Versammlung hat ungewisselhaft auch bei der Ausgestaltung der öffentlichen Plätze mitzureden.

Stadts. Huberland (R. L.) stimmt dem Vordrucker bei und bittet, zukünftig die betreffenden Pläne für alle Plätze der Versammlung vorzulegen.

Der Antrag wird **angenommen**.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Streik der Rohrer. Die Rohrer Berlins beschloßen gestern abend in einer vollzählig besuchten Versammlung, am heutigen Freitag in den Streik zu treten. Sie hatten vor zwei Jahren mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der infolge Verlängerung am 1. Oktober dieses Jahres ablaufen sollte. Der Tarif war jedoch, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, von den Unternehmern nicht in allen Teilen innegehalten worden, weshalb es zu vielfachen Klagen vor dem Gewerbegericht gekommen ist. Nun versuchten die Rohrer zwar den Tarif rechtzeitig zu kündigen; es war ihnen dies aber formgerecht nicht möglich, weil sich die tariflich vorgegebene Unternehmerkommission in Wohlgefallen aufgelöst hatte und das Gewerbegericht die Kündigung nicht annahm. Aus diesen Gründen stellten die Rohrer jedem Arbeitgeber ihre Forderungen schriftlich zu, mit dem Ersuchen, bis zum gestrigen Donnerstag endgültig Antwort zu geben. Die Arbeitgeber wählten nun allerdings schleunigst eine Kommission und luden die Lohnkommissionsmitglieder der Rohrer auch zum vergangenen Montag zu Verhandlungen ein. Diefelben verliefen jedoch resultatlos, weil die Arbeitgeber zu wenig Entgegenkommen bewiesen. Gefordert ist ein Aufschlag auf die Arbeitspositionen von durchschnittlich 10—12 Proz. und Erhöhung des Stundenlohns von 70 auf 80 Pf., außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden. Bis gestern abend hatten zwei Firmen bewilligt. Heute sollen von der Streikleitung Arbeitsbedingungsarten ausgegeben werden. Alle Bauhandwerker und Arbeiter werden ersucht darauf zu achten.

Die Essener Reichstagswahl.

Nach einem beispiellos leidenschaftlichen Wahlkampf ist nun die Entscheidung gefallen.

Die Hauptwahl schloß mit dem glänzenden Ergebnis ab, daß unsere Partei in dem noch vor wenigen Jahren völlig unzugänglichen Kreise nicht nur den überraschenden Stimmenzuwachs von 1903 behauptete, sondern ihn sogar um 6000 übertraf — ein Erfolg, der dadurch nicht geringer wurde, daß die Zahl der Wahlberechtigten um 12 000 zugenommen.

Bei der Hauptwahl wurden insgesamt 86 020 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Johann Giesberts, Arbeitersekretär in M.-Glabbach (Z.) 35 500, Wilhelm Gewehr, Redakteur in Oberfeld (Soz.) 28 728 und Dr. Riemeyer, Rechtsanwalt in Essen (natl.) 17 893 Stimmen.

Die 17 893 „nationalen“ Stimmen gaben den Ausschlag. Zwar hatten die „antifleranten Kulturkämpfer“ nicht den Mut, sich offen dafür zu erklären, dem „Admling“ die Stimme zu geben, aber sie verpflichteten ihre Anhänger doch, jedenfalls keinen Sozialdemokraten zu wählen.

Unter solchen Umständen hatten unsere Genossen ihre ganze Kraft aufzuwenden, um die Klaffenden, die trotz des an den Vergarbeitsern verübten Betrugs noch dem Zentrum nachliefen, zu gewinnen.

Ueber das Ergebnis berichten uns folgende Telegramme:

Essen a. R., 28. September. (Privatdepesche des „Sowwärts“.) Das fast endgültige Resultat der heutigen Stichwahl lautet: Gewehr (Sozialdemokrat) 37 391, Giesberts (Zentrum) 41 776 Stimmen.

Essen a. R., 28. September. Bei der heute im Stadt- und Landkreis Essen stattgehabten Reichstagsstichwahl wurden insgesamt 80 105 Stimmen abgegeben; davon entfielen auf Arbeitersekretär Johann Giesberts (Zentrum) 42 047 und auf Redakteur Wilhelm Gewehr (Sozialdemokrat) 38 058 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Dies glänzende Ergebnis überbietet noch den Triumph der Hauptwahl. Zwar ist es uns noch nicht gelungen — wenn die vorstehende Depesche das Endresultat gibt —, das Mandat zu gewinnen, wir haben aber unsere Stimmengahl aufs neue gewaltig vermehrt. Da es kaum zweifelhaft ist, daß die „Nationalen“ sich entweder der Stimme enthalten haben oder für das Zentrum eingetreten sind, so muß unser Stimmenzuwachs gegenüber der Hauptwahl — fast 10 000 Stimmen — daher rühren, daß es uns möglich geworden ist, noch Proletarier, die in der Hauptwahl für das Zentrum gewählt, in der Stichwahl für uns zu gewinnen.

Bei der Stichwahl 1903 erzielte das Zentrum noch 6500 Stimmen mehr, diesmal ist der Vorsprung auf 4000 zusammengeschrumpft.

Essen noch 1898 eine unheimlichbare Burg des Industrie-feudalismus, ist in naher Zukunft sicherster Besitz des Proletariats.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Marokko-Verhandlung.

Berlin, 28. September. (W. T. G.) Ueber die zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokko zustande gekommene Verständigung wird ferner folgendes gemeldet:

Durch seine finanzielle Lage veranlaßt, hatte sich der Maghzen an einen in Marokko wohnhaften fremden Vermittler gewandt, der seinerseits eine Gruppe deutscher Banken in Anspruch nahm, um einen aus der nächsten Anleihe rüchzahlbaren Vorschuss von kurzer Dauer zu erhalten; die marokkanische Regierung bot als Pfand ihre Liegenschaften in den verschiedenen Städten der Küste. Zwischen der Gruppe Deutsche Bank und dem Konfinkium der französischen Banken und einer Gruppe von Banken anderer beteiligter Länder ist ein Abkommen getroffen worden über eine Beteiligung an diesem Geschäft, das sein Wesen bewahren soll als zeitlicher Vorschuss mit Sonderpfand und als wieder einziehbar bei der nächsten Anleihe oder durch Mittel der Staatsbank, deren Errichtung zu dem Programm der Konferenz gehört. Das Geschäft läßt die Frage des Vorzugsrechts des französischen Konfinkiums unberührt. Wegen der Anlage einer Mole im Hafen von Tanger hatte die marokkanische Regierung in einem unter dem 20. März an die deutsche Gesandtschaft gerichteten Briefe von dem Haupte Vorbehalten. Rautemann die Aufstellung zweier Pläne, unter denen sie wählen würde, gefordert. Da um dieselbe Zeit eine französische Gesellschaft ermächtigt worden war, für dieselben Bauten Vorschläge zu machen, so ist man übereingekommen, daß zunächst die Rechtsansprüche dieser Gesellschaft geprüft werden sollen und daß, wenn die französische Gesellschaft nicht die gleichen Rechtsansprüche wie die deutsche Gesellschaft erweisen kann, die deutsche die von Maghzen bestellten Arbeiten ausführen soll.

Die Generalversammlung der Sozialpolitiker.

Mannheim, 27. September.

Das Verhältnis der Kartelle zum Staat.

Aus Anlaß des Umstandes, daß sich die Generalversammlung heute mit dem Verhältnis der Kartelle zum Staat beschäftigt, war eine große Zahl Großindustrieller erschienen, so daß der Saal lange vor Beginn der Verhandlung dicht gefüllt ist.

Professor Dr. Gustav Schmoller-Berlin äußerte sich über das Verhältnis der Kartelle zum Staat in ungefähr folgender Weise: Ebenso wie aus kleinen Staaten große und schließlich Riesennationen geworden sind, so haben sich aus kleinen großen und schließlich Riesennationen entwickelt. In Amerika bezieht sich das Gesamtvermögen auf 896 Milliarden. Davon entfallen laut einer Anlauf 1904 angestellten Erhebung 80 Milliarden auf die Trusts- und die Eisenbahn-Gesellschaften. Herr Morgan allein leitet ein Geschäft von 30 Milliarden. Es kann nicht wundernehmen, daß ein hervorragender sozialdemokratischer Führer in Amerika im Namen der Sozialisten aller Länder Herrn Morgan in einem offenen Brief dankt, daß er der Welt gezeigt habe, wie der sozialistische Staat errichtet werden könne. Ja m. S., wenn das so weiter geht, dann gelangen wir wolens in den sozialistischen Zukunftsstaat.

Nach vor kurzer Zeit trafen die Reden der Minister von Lob für die Kartelle. Seit einiger Zeit haben sich diese Ansichten der Minister vollständig geändert, obwohl bei uns die Verhältnisse noch keineswegs eine solche Ausdehnung genommen haben wie in Amerika. Die Herren der Kartelle sagen: „Nah und in Ruhe, fördert unseren Markt nicht.“ Das möchten wir schon gern tun, wenn uns die Kartelle und Syndikate nur in Ruhe ließen. Die Syndikate haben die Kohlenpreise ganz außerordentlich in die Höhe geholt. Die Kohlenpreise sind von 40-50 auf 300-400 Proz. im Laufe gestiegen. Bisher wurde durch Gesetz der Grundlag in den Vordergrund gestellt: Von der freien Konkurrenz hängt alle wirtschaftliche Entwicklung ab. Und plötzlich soll das Gegenteil der Fall sein, denn das Kartellwesen schließt alle Konkurrenz aus und setzt an ihre Stelle die Monopole. Die Kartellbildung hat folgerichtig die Aufhebung der Gewerbefreiheit zur natürlichen Folge. Formell kann und wird wohl die Gewerbefreiheit noch weiter bestehen, aber sie ist eigentlich bedeutungslos geworden und wird, wenn das so weiter geht, es immer mehr werden. Die gewaltige Umwälzung ist auch zweifellos die Veranlassung, daß noch niemals der Ruf nach Verstaatlichung so laut ertönt ist als jetzt. Ganz besonders ist die Verstaatlichung der Kohlenfelder populär geworden. Ich bin kein Freund der Verstaatlichungen, ich habe aber keinen Zweifel: hätten wir einen Minister von der Tatsoff und der Entschlossenheit des Fürsten Bismarck, dann würden zum mindesten die Kohlenfelder im Ruhrrevier verstaatlicht werden. (Rufe: Sehr richtig!) Notwendig ist es jedenfalls, daß der Staat Einfluss auf die Syndikate gewinnt. Es genügt aber nicht bloß ein Veto gegen die Preiserhöhung, sondern der Staat muß seinen Einfluss ausüben für eine Preisobergrenze. Ich halte es ferner für notwendig, daß der Staat sich um die von privater Seite erlassenen Strafen bestimmt. Empfohlen würde sich eine Vereinbarung zwischen Äußern und Veräußern vielleicht unter Vermittlung eines Reichsamts. Auf diese Weise ließe sich eine den Verhältnissen angemessene Preisbildung erzielen. In derselben Weise ließe sich eine Vereinbarung mit den Arbeitern erzielen. (Rufe: Sehr richtig!)

Während die Leiter der Kartelle nur wirtschaftliche Ziele im Auge haben, wird durch die Trusts nur dem Großkapitalumtum an der Börse Vorzug geleistet. Das Vorgehen der Herren Rockefeller und Morgan zeigt, daß die Trusts nur auf hohe Kursgewinne ein Auge haben. Die wirtschaftlichen Folgen der Trusts, die nur das egoistische Wohlbedienen im Auge haben, drohen geradezu zu einer so großen wirtschaftlichen Gefahr zu werden, daß der Staat verpflichtet ist, hierbei einzugreifen. Der Staat muß sich das Recht vorbehalten, Einfluss in dem Aufsichtsrat zu erlangen. 10 Proz. des Uberschusses der Gesellschaften müßten an den Staat gezahlt werden. Die vom Staat in den Aufsichtsrat zu wählenden 25 Proz. Staatsbeamte sollten in der Hauptsache die Pflicht haben, Mißbräuche zu verhindern. Der Einfluss des Staates in den Aufsichtsräten ist umso notwendiger, da die Großbanken bereits in den Aufsichtsräten aller größeren Aktiengesellschaften dominieren. Bezeichnend ist folgender Vorgang: In dem bekannten Großindustriellen Thibben lagte vor einiger Zeit ein Bekannter: Sie werden in den Aufsichtsrat gewählt werden. Da antwortete Herr Thibben: „Ich wähle mir selbst!“ (Stürmische Heiterkeit.) Dies ist ein schlagender Beweis, weld' ungeheuren Einfluss ein großer Aktienbesitz schafft. In einem Staate, wo man von den Privat- zu den Staatsbahnen übergegangen ist, und mit dem fiskalischen Vergab in ausgedehnter Maße begonnen hat, ist es gewiß nichts Absonderliches, den Aufsichtsräten der Trustbildung ein Ziel zu setzen. (Stürmischer Beifall.) Der Redner hat seine Ausführungen in einer Reihe von Leisungen zusammengefaßt, die befolgen:

1. Die Tendenz auf Zentralisierung der Leitung großer wirtschaftlicher Geschäfte, wie sie von 1875 an überall mehr oder weniger, bei uns in Deutschland in der Form der Kartellbildung, in den Vereinigten Staaten in der Form der Trusts (Kartellaktiengesellschaften) eintrat, ist eine so natürliche und notwendige, als in dem Jahrhundert vorher die Tendenz auf freie wirtschaftliche Bewegung und Steigerung der Konkurrenz. Wie es sich 1700-1870 um die Befreiung der mittelalterlichen Wirtschaftsverfassung und um die Freisetzung aller individuellen Kräfte, um die erste Entfaltung kleiner moderner Unternehmungen in mächtig großen Staaten, auf dem Boden ziemlich kleiner Marktgebiete handelte, so haben heute die Großbetriebe und neueren Verkehrsmittel auf dem Boden großer Staaten und Weltreiche, auf dem Weltmarkte eine so gewaltige Steigerung der Produktion und der Konkurrenz, eine solche teilweise Ueberproduktion und Marktüberfüllung, solche Krisen erzeugt, daß Versuche einheitlicher und systematischer Leitung der Produktion und des Verkehrs entstehen mußten. Alle höhere Kultur und Vergesellschaftung führt, wie zu immer größeren Staaten, so zu größeren zentralisierten Wirtschaftsbetrieben und deren Zusammenfassung.

2. Diese Bewegung, welche die Aktiengesellschaften, die Kartelle und die Trusts erzeugte, hat ihre Rechtfertigung in der besseren Anpassung der Produktion an den Bedarf, in einer Preisbildung, die geringere Schwankungen zeigt, die Krisen und Kauferotte beseitigt oder an Zahl und Intensivität beschränkt. Sie hat ihre Rechtfertigung in der sehr starken Vermögenskonzentration, in der Bildung von wirtschaftlichen Machtorganen, welche, nach Monopolstellung und Ausschaltung der Konkurrenz strebend, nicht immer ihre Macht auf dem Markte richtig gebrauchen, die Preise der kartellierten Produkte im Durchschnitt erhöhen, ferner in der Verwandlung von tausenden kleiner Geschäfte und Handlungen in abhängige Organe der Kartelle und Trusts, endlich in der Möglichkeit, daß die großen zentralistischen Organisationen, wie die Verbraucher, so auch die Arbeiter ungünstiger behandelt.

3. Die Mißstände sind am größten, wo neben der Produktion der ganze Verkehr (Eisenbahn usw., Banken) in die Hände streng zentralistischer, spekulierender, privatwirtschaftlich egoistischer Gewinnorganisationen fiel, wo nicht genossenschaftliche Kartelle, sondern Trusts resp. Aktiengesellschaften sich zu diesem Zweck gebildet haben, wo Produktion, Verkehr und Bankwesen gleichmäßig und gemeinsam das Monopol desselben engen Kreises weniger Milliarden wurde, wie in den Vereinigten Staaten. Hier wies die Zentralisierungstendenz neben dem technisch-betriebmäßigen Fortschritt vielfach doch auch wirtschaftlich, politisch und moralisch forumpierend; sie erzeugte wenige Ueberreiche und

Millionen Verarmender; sie gab Anlaß zu künstlichen und wucherischen Preisänderungen, da die Beherrschter der Geschäfte und Märkte die Preise beliebig herauf- und herabdrücken konnten; sie beförderte maßlos das Würfelspiel und die Kapitalverwässerung. Noch gefährlicher als in den Vereinigten Staaten wäre eine solche Entwicklung in Deutschland, weil hier manche Korrekturen und Gegengewichte fehlen, welche dort die Uebelstände mildern.

4. In Deutschland haben wir bis jetzt wohl auch einige sogenannte Trusts, sowie seit 1890 ein sehr rasches Anwachsen des Kapitalumfanges und der technischen Funktionen vieler Werke, Fabriken und Aktiengesellschaften, hauptsächlich aber wird die Zentralisierungstendenz charakterisiert durch einige hundert Kartelle, Syndikate, Konventionen, d. h. durch Vereine technisch und betriebsmäßig selbständig bleibender Unternehmungen; diese Vereine sind genossenschaftlich organisiert, sie haben keine eigenen Betriebe, keine Selbstproduktion, kein oder kein erhebliches Aktienkapital; sie haben nur gemeinsam die Regelung der Preise und des Angebotes, ein kleiner Teil von ihnen den gemeinsamen Verkauf ihrer Produkte in die Hand genommen.

5. Während die sogenannten Trusts Eigentümer der ganzen beteiligten Werke sind, technisch, betriebsmäßig und kaufmännisch von wenigen an der Spitze stehenden Personen diktatorisch geleitet werden, sind unsere Kartelle freie Genossenschaften großer und mittlerer Werke und Fabriken, durch Vertrag auf Zeit zu gemeinsamer Marktherrschaft gebildet, mit einer Art demokratischer Verfassung. In ihrem genossenschaftlichen Geiste, in der Notwendigkeit, das gemeinsame Interesse zum Siege über das egoistische Einzelinteresse zu bringen, liegt der Vorzug der Kartelle; ihre Schwäche liegt in der Schwierigkeit, die selbständigen Teilnehmer immer wieder unter einen Hut zu bringen. Aber ein großer Fortschritt in der Verfassung derselben ist möglich und teilweise schon erreicht.

6. Auch die deutsche Kartellbildung bedeutet eine Revolutionierung der Verfassung der deutschen Volkswirtschaft. Die Preisobergrenze auf vielen Gebieten schädigt alle Verbraucher, alle nicht kartellierten Gewerbe. Der Großhandel, früher der Herrscher der erzeugenden Gewerbe, wird ihr Diener. Die auf freier Bewegung und freier Konkurrenz aufgebaute, durch eine Gesetzgebung von anderthalb Jahrhunderten geschaffene liberale, volkswirtschaftliche Verfassung, das Prinzip der Gewerbefreiheit, werden in einem Punkt nach dem anderen umgewandelt, ausgehöhlet, durch neue Formen und Organisationen, vielfach durch solche, welche Monopole anstreben oder schon sind, ersetzt. Daher zunächst der allgemeine Widerstand dagegen, das allgemeine Verlangen nach einer gesetzlichen Ordnung der Kartelle, nach einer sie an bestimmten Punkten beschränkenden Wirtschaftspolitik.

7. Dieses Verlangen ist natürlich und gerechtfertigt. Nur darf es weder in eine Unterdrückung der Karte, noch in eine überstürzte, allgemeine Verstaatlichung, z. B. aller Kohlenwerke einmünden. Auch eine Normative Gesetzgebung, welche alle Kartelle in gleiche Verfassungs- und Rechtslage einzwängen wollte, ist heute noch nicht denkbar. Die Entwicklung ist dazu zu unferlig, die einzelnen Kartelle sind zu verschieden. Wohl aber muß der Staat sofort durch ein Gesetz alle Kartelle und ähnliche Vereine anhalten, ihre Konstituierung einer Reichsstelle anzuzeigen, ihre Statuten und alle wichtigeren Beschlüsse derselben einzureichen. Alles, was die übrigen Klassen und ihre Interessen betrifft, ist von dieser Reichsstelle zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Außerdem wird dasselbe Gesetz gewisse Grenzbestimmungen zu geben haben: a) bis wohin die Kartelle die öffentlichen Gerichte ausschließen dürfen, b) bis wohin ihre Strafverfügungen gegen ihre Mitglieder gehen dürfen, c) bis wohin ihre Exklusivverträge reichen dürfen; endlich wird das Gesetz zu bestimmen haben, d) ob und inwieweit die Kartelle ein ungleiches Recht für ihre Mitglieder statuieren dürfen.

8. Außerdem hat das Deutsche Reich die Pflicht, sover eine Kenderung der Aktiengesetzgebung in dem Sinne einzutreten zu lassen, daß die Aktiengesellschaften mit 75 und mehr Millionen Mark Aktien- und Obligationenkapital verpflichtet werden, in ihrem Aufsichtsrat ein Viertel der Stimmen Personen zu übertragen, welche der Reichs-kanzler und die Landesregierung (je zur Hälfte) als solche bezeichnen, daß sie geeignet und verpflichtet seien, die politischen und wirtschaftlichen Interessen von Reich und Staat zugleich mit denen der Gesellschaft wahrzunehmen. Ebenso sind von einem Viertel der Direktoren dieselben Eigenschaften zu fordern. Das Gesetz hat ferner zu bestimmen, daß diese Gesellschaften die Hälfte ihres 10 Proz. überschreitenden Gewinnes an Reich und Staat (je hälftig) abgeben müssen. Auch auf andere Rechtsformen, Korporationen, Privatgeschäfte von gleichem Umfange, welche als Geschäftsunternehmungen erscheinen, haben die Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden.

Die erstere hat den Zweck, denartigen Nieseninstituten den Charakter als gemischte Unternehmungen mit einem Teil öffentlicher Pflichten aufzutragen, den Reichs- und Staatsinteressen, den internationalen Gesamtinteressen eine gewisse, aber nicht ausschlaggebende Vertretung in der Leitung dieser Institute zu sichern und so indirekt monopolistische Mißbräuche und falschen Machtgebrauch zu hindern resp. schwieriger zu machen. Die zweite soll der Gesamtheit einen kleinen Anteil an den Gewinnen geben, welche durch ihre Höhe die Vermutung monopolistischer Verursachung an sich tragen. Durch beide Bestimmungen soll und wird eine gesunde und zweckmäßige Vergrößerung unserer großen Aktiengesellschaften nicht gehindert, wohl aber trübsartiger, rein spekulativer, monopolistischer Zwecke verfolgender Schaffung von Nieseninstituten ein gewisser Fißel angelegt werden.

Gegenübertrittender ist der Generaldirektor des Kohlen-Syndikats und des Deutschen Stahlwerksverbandes, Geheimrat Kommerzienrat Kirdorf-Gelsenkirchen: Ich muß zunächst auf den großen Unterschied hinweisen, etwas dem Karteller herunter zu befragen oder es praktisch durchzuführen. Wenn der Staat den vierten Teil des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaften wählen solle, dann muß er notwendigerweise auch die Verantwortung und alle Lasten mittragen. Ich bin der Ansicht, der Staat hat nur die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Privatgesellschaften mit dem ihnen anvertrauten Kapital nicht Mißbrauch treiben. Die Herrschaft von Privatgesellschaften, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, wäre nicht von langer Dauer. Die Macht des Kohlen-Syndikats wird vielfach überschätzt. Die Preisfestsetzung des Kohlen-Syndikats hat es aber bewirkt, daß die früheren fortwährenden Preisschwankungen beseitigt und auf mittlerer Linie eine stabile Preisfestsetzung getreten ist. Da die Lohnsätze sich naturgemäß nach den Verkaufspreisen richten, so liegt diese stabile Preisfestsetzung im wesentlichen Interesse der Arbeiter. Die Herren, die stets für die Arbeiterfürsorge eintreten, können daher die Syndikate nur als eine wohltätige Einrichtung begrüßen. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die Großindustriellen sich zu wenig am Parlamentarismus beteiligen. Mir selbst ist gesagt worden: Sie gehören auch ins Parlament. Aber, meine Herren, in den Reichstag wählt man mich ja doch nicht. (Heiterkeit.) Man hat mir allerdings ein Landtagsmandat angeboten. Ich wäre aber alsdann genötigt gewesen, einer Partei beizutreten, die ich aus vollem Herzen nicht angehören kann. Am übrigen bin ich der Meinung, niemand kann zweien Herren dienen. Ich bin als bezahlter Leiter eines großen industriellen Werkes nicht in der Lage, mich sechs Monate im Jahre in Berlin aufzuhalten.

Die gesamte wirtschaftliche Entwicklung drängt mit Notwendigkeit zu gemischten Vertrieben. Eine Gesellschaft kann nur dann auf die Dauer prosperieren, wenn sie neben Herstellung von Fertigfabrikaten auch ihre Rohstoffe erzeugen kann. Es ist für ein Eisenwerk von größter Wichtigkeit, wenn es in genügender Weise Kohlenfelder besitzt. Da schwache Betriebe dies nicht ausführen können, so rufen diese den Schutz des Syndikats an. Sollte das

Syndikat den schwachen Betrieben ihren Schutz versagen, dann würde man über die Hartnäckigkeit der Syndikats sprechen.

Professor Schmoller führte aus, daß durch die Kartelle der Großhandel seine dominierende Stellung verloren habe. Ich frage: Ist es nicht erfreulich, daß die Industrie, der doch in der Hauptsache das Emporblühen unseres Wirtschaftslebens zu danken ist, sich von der Herrschaft des Großhandels losgelöst und sich zu einer dominierenden Höhe aufgeschwungen hat? Ohne Verbände wäre es der Großindustrie allerdings nicht gelungen, eine solche Stellung zu erringen.

Professor Schmoller fordert das Eingreifen des Staates. Ich muß offen gestehen, ich würde dem von Herrn Professor Schmoller empfohlenen Eingreifen des Staates in die Privatbetriebe eine vollständige Verstaatlichung vorziehen. (Rufe: Sehr richtig!) Denn ein solch staatliches Eingreifen würde die freie Entwicklung allen Wirtschaftslebens vollständig unterbinden. (Rufe: Sehr richtig!) Ich für meinen Teil würde mich bedanken, noch ferner meine Stellung beizubehalten, denn ich könnte die Verantwortung nicht weiter übernehmen. Ob die alsdann an unsere Stelle tretenden Staatsbeamten es besser machen, möchte ich allerdings bezweifeln.

Daß die Großbanken Einfluss in den Aufsichtsräten der Industrieunternehmen haben, ist ein Jertum. Ich kann Ihnen nur die Versicherung geben: die Großbanken hülten um die Gunst der Industrieunternehmen, aber nicht umgekehrt. Die Erzählung von Herrn Thibben erscheint mir wenig glaubhaft. Wenn Herr Thibben gesagt haben soll: „Ich wähle mir selbst,“ dann hat er diese Aeußerung jedenfalls nicht getan. (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!) Das Wort Aufsichtsratsmitglied hat ja einen etwas höhlichen Beigeschmack. Im Grunde genommen liegt aber die Aufsichtsratsmitglied im Interesse der Allgemeinheit, denn, in dem Maße, wie wir in der Lage sind, Rechtigfabrikate billiger dem Auslande zu verkaufen, in demselben Maße erhalten wir zu billigen Preisen Rohmaterialien und Holzfabrikate. Durch die Kartellbildung des Großhandels ist der Ueberkapitalisierung und Ueberproduktion ein Riegel vorgeschoben. Am diesen Zustand beizubehalten, sind eben gemischte Betriebe notwendig. Anderenfalls gelangen wir zu Trusts, die Sie ja doch nicht wollen. (Rufe: Sehr richtig!) Meine Herren, das ist Geschwätz. Ob sich bei uns einmal Trusts nach amerikanischem Muster bilden werden, hängt von der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Es ist zu bedauern, daß unsere Arbeiter jederzeit ihre Stellung wechseln können. Ein Betrieb kann nur gedeihen durch einen stabilen Arbeiterstand. Ich will nicht, daß die Gesetzgebung uns hierbei zu Hilfe kommt. Wir müssen uns aber das Recht vorbehalten, gegen das häufige Wechseln der Arbeitsstellen Maßnahmen zu treffen.

Es ist ja sogar der Vorschlag gemacht worden, sämtliche Arbeiter in Organisationen zu zwingen und die Arbeitgeber zu verpflichten, mit dieser Organisation zu verhandeln. Ich bemerke, daß ich es für meine Person ablehne, mit irgend einer Arbeiterorganisation zu verhandeln. (Rufe: Sehr bedauerlich!) Die Arbeiterorganisationen sind sämtlich Kampfvereinigungen, die in der Hauptsache politische Zwecke verfolgen. (Widerpruch.) Ich lehne es ab, sowohl mit den sozialdemokratischen als auch mit den sogenannten christlichen Arbeiterorganisationen zu verhandeln, denn ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch viel gefährlicher als die sozialdemokratischen. Während die sozialdemokratischen Organisationen wenigstens offen sagen, wozu der Weg geht, daß sie von Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung bestreben, kämpfen die christlichen Gewerkschaften unter falscher Flagge. Sie kämpfen unter dem Deckmantel des Christentums. Sie wissen sehr genau, daß der von den Sozialdemokraten beabsichtigte Umsturz auf die Dauer nicht haltbar ist und daß sie alsdann die Großindustrie unter die Herrschaft der Feilscherei bringen können. (Heftiger Widerspruch.) Das Kapital, das sich der Industrie entzieht, wird vollständig in Ruhe gelassen, aber diejenigen Kapitalisten, die ihr Vermögen in den Dienst der besuchenden Industrie stellen, werden unaufhörlich angegriffen und verdrängt. Daß zur Leitung eines industriellen Werkes eine gewisse Intelligenz gehört, wird vollständig außer acht gelassen. Durch solche Angriffe und Eingreifen des Staates wird man die Männer, die Talent und Reizung besitzen, industrielle Werke zu leiten, veranlassen, sich davon zurückzuziehen. Ich für meinen Teil hätte mich längst zurückgezogen, wenn ich glaube, dies verantworten zu können. Da Geldgewinne immer lösen, so wird an Werksleitern niemals Mangel sein. Ob Leute, die des hohen Geldgewinnes halber sich zu Stellungen als Werksleiter drängen, geeignet sind, durch ihre Tätigkeit das Wirtschaftsleben zu befruchten, möchte ich bezweifeln. Ich bedauere auch, daß der Staat in die Arbeiterverhältnisse eingreift. Dadurch ist es keinem Arbeiter mehr möglich, sich zu einer höheren Lebensstellung emporzuschwingen. Sie werden sagen, das ist eine Utopie. (Rufe: Jawohl!) Ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß es doch eine ganze Anzahl Leute gibt, die sich von gewöhnlichen Arbeiter zu einer hohen Stellung emporgearbeitet haben. Ich habe allerdings eine glänzende Mißerfolge gehabt. Seitdem ich aber ins praktische Leben trat, hatte ich mit größter Not zu kämpfen. Wäre damals schon der achtstündige Normalarbeitsstag eingeführt gewesen, dann wäre ich heute nicht Generaldirektor und Geheimrat Kommerzienrat, sondern noch einfacher Arbeiter. (Beifall.) Ich schreibe mit der Bitte, die befruchtende Tätigkeit der praktischen Werksleiter auf die Entwicklung der Industrie nicht zu unterschätzen. (Beifälliger Beifall.)

Bergmeister Engel-Essen: Von 1885 bis 1892 betrug der Verdienst an der Lohne 1,139 M., von 1893 bis 1904 1,042 M. Trotzdem stiegen die Arbeitslöhne ohne Schichtvermehrung von 2,71 M. pro Lohne 1886 auf 4,09 M. pro Lohne im Jahre 1904. Die Arbeitslöhne der Kohlenarbeiter überhaupt stiegen von 1887 bis 1904 im Ruhrrevier um 58 Proz., in Oberschlesien um 70 Proz., im Saarrevier um 95 Proz., in Belgien um 54 Proz., in Frankreich um 28 Proz., in England um 49 Proz. Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß dabei die Versicherungsgelder nicht mit inbegriffen sind. Und trotzdem verlangt man, der Staat muß das Recht haben, an dem Verdienst der Gesellschaften zu partizipieren. Ich kann Herrn Professor Ventano nicht zustimmen, daß der Mensch bloß Selbstzweck ist. Jeder Mensch hat staatsbürgerliche Pflichten. Auch die Arbeiter haben Pflichten gegen Staat und Gesellschaft. Die Preisbildung des Syndikats beruht auf sorgfältiger Erwägung. Wir arbeiten alle, einer mit dem Kopf, der andere mit den Händen, je nach der Befähigung. Es ist auch falsch, daß durch die Kartelle der Mittelstand beseitigt worden ist. Der Mittelstand hat bloß eine Umbildung erfahren. Ich muß die Herren bitten, sich die Verhältnisse einmal in der Nähe anzusehen. Sie haben durchaus nicht nötig, durchs Schlüsselloch zu sehen. Sie können ruhig hineinkommen und sich den Betrieb an Ort und Stelle ansehen. Sie werden sehr willkommen sein. (Beifälliger Beifall.)

Handelskammer-Syndikus, Abg. Gothein-Breslau: Die Kartelle, die notwendigerweise zu Trusts führen werden, sind die Folge der Schutzpolitik. Man befindet sich bereits in der Verwirrung. Dadurch werde aber die Preisbilligkeit vollständig aufgehoben. Nach Durchführung der Trusts seien die Arbeiter den Arbeitgebern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Herr Geheimrat Kirdorf sagte: Wenn man mit den Arbeiterorganisationen verhandelte, würden unheilvolle Zustände eintreten. Die Junker in Hinterpommern riefen ebenfalls: ihre Güter kommen in Gefahr, wenn die Bauernbefreiung durchgeführt werde. Die Unternehmer lehnen es lediglich deshalb ab, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, weil sie befürchten, ihr Herrenstandpunkt könnte dadurch leiden.

Redakteur Georg Bernbard-Berlin: Ihm erscheine nicht, daß der Weg der wirtschaftlichen Entwicklung ins Dunkle führe. Die Kartelle seien etwas Halbes; sie müßten auf die schwächeren, ökonomisch oft nicht mehr existenzberechtigten Betriebe Rücksicht nehmen und wirken deshalb oft preisbilligend. Der Trust sei das wirtschaftlich höhere Gebiet. Schmoller sehe hinter den Syndikaten immer nur den Zinngann. Er sei als Sozialdemokrat gewiß kein Würfels-

Freund, aber er müsse dem entgegenstellen, daß man sich über Spekulationen und Jöbber so sehr entrüste. Der Spekulant sei in der heutigen Wirtschaftsordnung ein unentbehrliches Glied. Ethisch und ökonomisch ist ja das Treiben an der Börse abstoßend. (Auf: Also doch!) Gewiß, darüber sind wir uns doch einig, aber man hat keinen Anlaß, so verächtlich auf die Börsenjöhber vom ökonomischen Standpunkte aus zu blicken. Was sich heute abspiele, sei nichts als die ökonomisch-technische Durchführung des Zieles der Sozialdemokratie. Gegenüber dieser revolutionären Entwicklung seien die Forderungen Schmollers geradezu witzig, teilweise auch unmöglich. Solche Gesetze werden leicht umgangen, so unsere Geheimräte sich daran gewöhnt haben, keine Definition in die Gesetze zu legen. (Auf: Das macht die Sozialdemokratie.) Die Sozialdemokratie ist doch noch nicht in der glücklichen Lage, Gesetze zu machen. Als Sozialdemokrat verleihe ich absolute Koalitionsfreiheit und daß man nicht gleich vorgeht, wenn mal ein Zwang von einem einzelnen Arbeiter ausgeübt wird. Ein organisierter Arbeiter ist mit tausendmal lieber als ein unorganisierter. (Weißall.) Aber andererseits soll man das gleiche Recht den Unternehmern zubilligen. Ein fiktives Unternehmen ist auch schätzbarer als ein unartifizielles. (Zustimmung.) Der Staat könnte nur gegenüber dieser Entwicklung das tun, daß er sorgt, daß die Massen als Produzenten und als Konsumenten den Trusts organisiert gegenüberstehen. (Lebhafter Beifall.)

Privatdozent Dr. Willbrandt-Berlin: Er sei der Ansicht, nach einer Verstaatlichung der Bergwerke werde die Berufstreue der Bergarbeiter nicht erlangen. Er habe dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena beigewohnt und ganz hervorragende Gewerkschaftler vorgefunden. Er verlange die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts und des Koalitionsrechts.

Erzelenz Dr. v. Rottenburg (Wonn): Ich muß der Behauptung entgegenstellen, daß Herr Bismarck die Verstaatlichung der Bergwerke durchgeföhrt hätte. Bei den Mitgliedern des Kohlenbundes habe größte Entrüstung geherrscht, weil die Bonner Professoren einen Ruf für die Kontraktbrüchigen Arbeiter erlassen hätten. In den Berichten der Enquete-Kommission ist aber wiederholt festgelegt, daß die Arbeitgeber gegenüber den Produzenten ihre Verpflichtungen nicht eingehalten haben. (Auf: Das ist nicht wahr! Unwahr! Große Lärme.) Weshalb Sie doch erst die Aktien, ehe Sie das rufen. (Zuruf: Mein Name ist Dr. Klamm aus Essen, ich werde mich näher vorstellen. Stürmische Heiterkeit.) Daß die Syndikate auf die Löhne Einfluß ausüben, ist nicht zu leugnen. Ich behaupte, daß Herr v. Kirdorf es ablehnt, mit Arbeiterorganisationen zu verhandeln und er die christlichen Verbände beschuldigt hat, unter falscher Flagge zu treten, ohne irgend einen Beweis dafür zu erbringen. Es ist eine alte Erfahrung, daß Revolutionen sich entwickeln, wenn man die Forderungen verweigert, die die moderne Zeit erfordert. In Deutschland würden die Trusts ganz andere Folgen haben wie in Amerika. Er ersuche, den Männern der Wissenschaft ihre Anerkennung nicht zu verweigern. Wenn das allgemein geschähe, dann würde das auch den sozialen und wirtschaftlichen Frieden fördern. (Stürmischer Beifall.)

Nach längerer Erörterung wurde die Verhandlung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Rannheim, 23. September. (Telegraphischer Bericht.) Am heutigen vierten Tage wurde die Debatte über den Vortrag des Professors Schmoller-Berlin „Das Verhältnis der Kartelle zum Staat“ aufgenommen. Es sprach zuerst Geheimrat Lueg-Düsseldorf. Er bestritt das Vorhandensein eines Gegensatzes zwischen Wissenschaft und Praxis in der Sozialpolitik und meinte, wo ein solcher Gegensatz bestehe, sei es Pflicht, diesen zu beseitigen. Wenn der Referent gemeint habe, das Zusammengehen mit dem Agrarierstand sei unmöglich, so meine er, Redner, daß im Gegenteil das Zusammengehen der großen Erwerbsstände der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels das Natürlichste sei. Alle diese Erwerbsstände seien durch gemeinsame Interessen verbunden. Der Zusammenschluß dieser Gruppen sei notwendig zur Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben, vor die die heutige Gesellschaft sich gestellt sieht.

Professor Weber-Heidelberg wendet sich gegen den Vorschlag Schmollers, dem Staat einen Einfluß auf die Aktiengesellschaften durch staatliche Direktoren und Aufsichtsräte zu gewähren. Dieser Vorschlag sei nicht dazu angetan, die Aktiengesellschaften zur Erfüllung ihrer höheren sozialen Aufgaben zu bringen. In Preußen könne heutzutage kein Minister den Anspruch erheben, ein Staatsmann zu sein. Er halte deshalb den Anspruch auf staatlichen Einfluß auf die Aktiengesellschaften für bedenklich und meinte, daß der staatliche Einfluß fernzuhalten sei. Jedes Anschwellen der Sozialdemokratie auf Kosten des sozialen Liberalismus bedeute für die Industrie Verlust anbarem Gelde.

Loh-München: Die Trusts in Amerika hätten auf sozialem Gebiete viel geringere Leistungen aufzuweisen als in Deutschland. Andererseits seien die Arbeitsleistungen in Amerika erheblich größer als in Deutschland, weil und der kaufmännische Geist fehle. Er stimme mit Schmoller darin überein, daß eine absolute Verstaatlichung der Betriebe nicht in Betracht kommen könne. Man müsse die Ausbildung nach Möglichkeit zu verhindern suchen.

Wiedenfeld-Böln: Eine große Gefahr liege darin, daß die besten Beamten den Staatsdienst aufgeben und in gut bezahlte Stellen in der Industrie und in den Banken gehen. Auf diese Weise würden auf die Dauer dem Staate die besten Elemente entzogen.

Erzelenz-Düsseldorf kommt auf verschiedene Ausführungen Professor Schmollers vom vorhergehenden Tage zurück und weist es insbesondere scharf zurück, daß Professor Schmoller den nicht anwesenden Pastor Rannheim einen Demagogen genannt habe. Es würde für ihn ausgeschlossen sein, den Verhandlungen künstlich beizuwohnen, wenn derartige nicht gerügt würde.

Professor Schmoller erwidert, er habe den Ausdruck „Demagoge“ nicht so scharf gemeint, der Ausdruck solle nur bedeuten, demagogische Verehrtheit.

Nach weiteren Ausführungen auf diesem Punkte wendet sich der Arbeitersekretär Fischer-Rentlingen gegen Ausführungen Kirdorfs. Wenn Geheimrat Kirdorf gesagt habe, daß die Gewerkschaften die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter rauben und die Grundlagen der Industrie unterbinden, so sei das eine ungeheuerliche Behauptung. Es hört sich gerade so an, als ob die Gewerkschaftssekretäre charakterlose Beamten seien, die nicht wüßten, daß die Arbeiter ein großes Interesse an dem Gedeihen der Industrie hätten.

Nach weiteren Ausführungen verschiedener Redner wird die Debatte über diesen Punkt geschlossen.

Darauf erreichten die Verhandlungen des Kongresses mit den üblichen Dankes- und Schlussworten ihr Ende.

Die Parteipresse über den Jenaer Parteitag.

Die „Rheinische Zeitung“ bemerkt, nachdem sie über das Bebel'sche Referat über den politischen Massenstreik berichtet hat: „Entschlossenheit nach oben, Besonnenheit nach unten — von diesem Standpunkte aus mag die Frage weiter diskutiert werden, wie sich sicher, daß wir so am besten die Männer erziehen, die dereinst die Stunde der Tat erfordert.“

Die Frage der parteieigenen politischen Polemik („Leipziger Volkszeitung“, „Neue Zeit“, „Vorwärts“) ist verhältnismäßig einer Kommission übergeben worden. Wir hoffen, daß die von der Kommission vorgelegene und vom Parteitag fast einstimmig angenommene Resolution allgemein befolgt wird. Es wäre schade, wenn es in der Partei in Zukunft keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben sollte; aber diese können und müssen in einer Weise ausgeglichen werden, daß die Sache, daß die Partei, daß das gemeinsame Zusammenarbeiten keinen Schaden leidet. Das ist nicht nur notwendig, es ist auch möglich, wenn die vom Parteitag gegebene Anweisung befolgt wird.“

„Volksblatt für Harburg“:

Wenn wie wir bereits vor dem Parteitag in dem Begründungsartikel schreiben, kam auch die Fünfzehner-Kommision zu dem Schlusse, daß es sich hier nicht allein um ein „Literatengezänk“ handelte, sondern, daß der Debatte ernsthafte Motive zugrunde lagen. Daß die „Vorwärtsfrage“ als solche bereits vorher davon geschieden wurde, erleichterte ohne Zweifel die Aufgabe der Kommission bedeutend. Vorläufig hat ja diese Frage ihren Abschluß darin gefunden, daß der „Vorwärts“-Zentralorgan bleibt und den Berliner Genossen neben der Erweiterung ihrer Rechte über den „Vorwärts“, vom Parteivorstand das lokale Entgegenkommen zugesichert wurde. Damit hat man sich vorläufig begnügt. Wie lange das vorhält, muß abgewartet werden. Unserer Ansicht nach wäre es zweckmäßiger gewesen, der Parteivorstand hätte sich ein Korrespondenzblatt mit parteiamtlichem Charakter geschaffen. Wenn sich die Berliner Genossen aber mit dem Dualismus ihres Organs ausföhren können, ist es natürlich um so besser...

Als die würdigste Form der Raifeier wurde nach wie vor die allgemeine Arbeitsruhe betrachtet. Damit ist auch dieser Differenzpunkt, der seit dem Kölner Gewerkschaftskongress nicht zur Ruhe kommen konnte, beseitigt; wenigstens besitzt dieser Beschluß bis zum nächsten internationalen Kongress, der die Frage der Raifeier wohl auf neue regeln wird, Gültigkeit. Wie auch spätere internationale Kongresse sich zu der Raifeier stellen werden, so viel kann heute schon als sicher angenommen werden: Wird der Raifeier der revolutionär-demonstrative Charakter durch die Aufhebung der Arbeitsverweigerung genommen, dann ist es mit der internationalen Demonstration am ersten Mai endgültig vorbei. Mit einer Feier des ersten Mai am Abend würde man keinen Hund vom Ofen loden, weil es Gelegenheiten zu fidelem Bierabendem genug gibt.“

Die Chemnitzer „Volksstimme“ ist ebenfalls mit den Beschlüssen einverstanden. Bezüglich der Resolution der Fünfzehner-Kommision sagt sie:

„Die Resolution der Fünfzehner-Kommision findet unsere volle Zustimmung. Sie sagt den Schriftstellern und Redakteuren, die sich in ungehöriger Art bekämpften, freilich nur, was dieselben nicht hätten vergessen sollen: Daß nicht die eigenen Parteigenossen, sondern die Gegner der Arbeiterklasse zum Drangsalen da sind. Die an sich schon manchmal schwierige Stellung der Redakteure ist nicht dadurch verbessert worden, daß die Kommissionen vom Parteitag nun direkt aufgefordert worden sind, ihnen schärfer auf die Finger zu zeigen. Der Parteivorstand hat übrigens auch indirekt seinen Widerspruch abgeben. Das Recht zum Einschreiten gegen die Blätter, die in parteischädigender Weise über die Stränge schlagen, hat er bisher schon gehabt und wir haben uns manchmal im stillen darüber gewundert, weshalb er nicht davon Gebrauch gemacht hat...“

Der „Vorwärts“ bleibt Zentralorgan. Mit großer Entschiedenheit hat der Parteivorstand die Beibehaltung des bestehenden Zustandes gefordert. Der Parteivorstand hätte allerdings am meisten verloren, wenn er jeden Einfluß auf den „Vorwärts“ aufgeben müßte. Wir haben öfter das Gefühl gehabt, daß der Parteivorstand seinen Einfluß auf den „Vorwärts“ nicht ausgeübt hat. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß ein anderes Parteiblatt wiederholt sich auf Behauptungen von Mitgliedern des Parteivorstandes gegen das Zentralorgan beziehen konnte. Daß die Berliner Genossen lauter werden mit ihrem Verlangen, daß der „Vorwärts“ ihnen allein überlassen bleibt, ist nicht sehr wahrscheinlich.

Aus der Frankfurter „Volksstimme“ geben wir die Auslassung über die Raifeierfrage wieder:

„Die Raifeierdebatte ließ einerseits keinen Zweifel über die Entschiedenheit, mit der wir an Demonstration auch durch Arbeitsruhe festhalten wollen, und dieser Entschiedenheit fügten sich erfreulicherweise auch die an Disziplin gewöhnten Gewerkschaftsführer, die einen anderen Standpunkt vertreten hatten. Andererseits gab Robert Schmidts ungeschicktes Auftreten den Anlaß zu einer Diskussion über die theoretische Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung, die stark an der Oberfläche blieb. Der „Neuen Zeit“ ist nicht vorzuziehen, daß sie nicht auch gewerkschaftliche Fragen behandelt, wie Rosa Luxemburg mit überflüssigem Eifer nachzuweisen suchte, sondern daß ihr Herausgeber wie unser Parteivorstand nicht die verschiedenen Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung und ihre Kräfte besser politisch zu einigen und zusammenzuführen versteht. Das ist der richtige, freilich von den Gewerkschaften selbst noch mangelhaft erkannte und ausgesprochene Kern der Frage und der Grund der Redungen.“

„Schwäbische Tagwacht“ bemerkt zu der Diskussion über den politischen Massenstreik:

„Wenn wir aber auch sachlich mit dem Beschluß durchaus einig gehen können, so hätten wir doch gewünscht, daß er ohne einen so großen Redelampf zustande gekommen wäre, wie er ihn nun gelöst hat. Dadurch würde seine Wirkung nur erhöht worden sein. Wenn das nicht zu erreichen war, so hat das seinen Grund in den tatsächlichen und prinzipiellen Differenzen, die zweifellos in unserer Partei herrschen, und in der demonstrativen Art, in der die abweichenden Meinungen sehr oft vertreten werden. Darüber vielleicht ein andermal. Für heute genüge es, der Befriedigung über die Stellung des Parteitages zum politischen Massenstreik Ausdruck zu geben. Dieser Beschluß mag den herrschenden Klassen zeigen, daß sie, wenn sie die Hand an die Rechte des deutschen Volkes legen sollten, ein verhängnisvolles Wagnis unternehmen...“

Der „Literatenstreit“ ist einer ersten Untersuchung gewürdigt worden, die mit dem Ergebnis schloß, daß die Form der Prehausaussagen zu wünschen übrig lasse, daß ihr Inhalt aber doch mehr als ein bloßes Gezänk ist. Es handelt sich um ernste Meinungsverschiedenheiten, und wenn die Kommission die Mahnung ausgesprochen hat, daß die prinzipielle Aufklärung der Arbeiterklasse im Sinne der Dresdener Resolution erfolgen solle, so ist das in erster Linie ein deutlicher Hinweis für den „Vorwärts“. Andererseits kann es nur heilsam wirken, wenn der Rat befolgt wird, daß programmatische Untersuchungen und Diskussionen möglichst im offiziellen Organ der Partei und nicht in allerhand privaten Zeitschriften erfolgen sollen. Die „Neue Zeit“ wird nötigenfalls zu diesem Zweck erweitert werden und die Redaktion derselben wird abweichenden Auffassungen ihre Spalten nicht verschließen.“

Die „Münchener Post“ faßt das Ergebnis der roten und guten Woche dahin zusammen:

„Der Parteitag hat in Jena sich selbst eine neue Arbeitsstatistik geschaffen, die nicht wieder außer Übung gesetzt werden sollte. Wir meinen die Art und Weise, wie er die Polemik Mehring-Kautskis, „Vorwärts“ und die Organisationsfrage mit ihrem Wandel Abänderungsvorschlägen erledigt hat. Nicht, daß wir sachlich mit der Entscheidung einverstanden wären, nein, wir meinen nur die jetzt angewandte parlamentarische Methode. Sie bestand in der Verweisung aus dem Plenum in die Kommission, womit sowohl die Öffentlichkeit der Auseinandersetzungen verbürgt, als auch für die Beratung anderer Dinge die nötige Zeit geschaffen wurde.“

Was den angenommenen Organisationsentwurf anbetrifft, so fühlen sich nicht nur die Süddeutschen, sondern auch die Vertreter von Sachsen, Braunschweig, Schleswig-Holstein in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, man habe aber nicht dagegen gestimmt in der Hoffnung auf eine baldige Revision, die sich doch nötig machen werde. Ueber den politischen Massenstreik sagt die „Münchener Post“: „Der politische Massenstreik ist in die Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung als neue Waffe eingestellt worden, nicht um bei jeder Gelegenheit daraus zum Angriff und zur Abwehr herausgeholt zu werden, sondern um sie bereit zu halten, falls andere Kampfmittel nicht geeignet erscheinen oder bereits verdrängt sind. In die Kämpfer gesteckt, darf jedoch dieses neue Kampfmittel nicht verrotten und stumpf werden, sondern es muß durch Beobachtung seiner Wirkung in anderen Ländern, wie durch Studium und Diskussion inner scharf geschliffen bleiben.“

Der „Volksfreund“ in Karlsruhe rechnet die Debatte über den Massenstreik zu den glänzendsten, die auf unseren Parteitag geführt wurden. Mit Bezug darauf heißt es:

„In meisterhafter Rede schilderte Genosse Bebel die politische Situation in Deutschland, um zum Schlusse zu betonen, daß das deutsche Proletariat fest entschlossen ist, gegen etwa geplante Wahlrechtsänderungen sich mit allen Mitteln zur Wehre zu setzen. Gewiß gibt es Genossen, die auch in dieser Frage anderer Meinung sind als die energischen Befürworter der Propaganda für die eventuelle Anwendung des politischen Massenstreiks als Abwehrmittel gegen Verfassungsbruch und Wahlrechtsraub. Allein die Differenzen in den Ansichten beschränken sich in der Hauptsache darauf, ob es opportun sei, im gegenwärtigen Augenblick über unsere letzten Mittel zu diskutieren. Daß das deutsche Proletariat etwaigen Angriffen auf seine Grundrechte den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen muß, darüber herrscht vollste Uebereinstimmung. Die Debatten über diesen Punkt bildeten den Höhepunkt der Verhandlungen des diesjährigen Parteitages. Eine Rede wie die des Genossen v. Elm muß man gebiet haben, um sich ihre Wirkung zu vergegenwärtigen, der Bericht kann diese Wirkung unmöglich wiedergeben. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß gerade die Verhandlungen über den politischen Massenstreik ihre Wirkung nach außen nicht verfehlen werden. Die Schornacher werden es sich wohl überlegen, das deutsche Proletariat zu einem Kampfe, wie ihn der Massenstreik mit sich bringt, herauszufordern.“

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“:

„Der Massenstreik ist als ein Kampfmittel des Klassenbewußten deutschen Proletariats offiziell anerkannt worden. Deutlich ist festgestellt worden, daß das Proletariat nicht so närrisch ist, seine Hoffnungen auf den deutschen Verfassungsparlamentarismus zu setzen und daß es in seiner Benutzung nur eins von den vielen Mitteln zum Zweck, zur Eroberung der politischen Macht sieht. Scharf ist ausgesprochen worden, daß die Sozialdemokratie Deutschlands nicht gewillt ist, sich und das Volk so um die wenigen vorhandenen Rechte prellen zu lassen, wie es der liberalen Opposition in Deutschland in ihrer Blütezeit geschah. Aber nicht leichtsinnig nach romanischer Art hat man gemeint, die Hauptsache sei, sich für den Massenstreik zu entscheiden, sondern Klug und besonnen zog man die Konsequenzen und Voraussetzungen des Massenstreiks nach allen Seiten in Betracht. Den Massenstreik als Waffe anzuerkennen, das heißt auch zur rechten Zeit diese revolutionärste aller Waffen des Proletariats schmieden...“

Die „Vorwärts“-Fehde war kein bloßes Literatengezänk, so hat der Parteitag verkündet, und mit Recht. Schwere und berechtigte Kritik an der Haltung des Zentralorgans der Partei hatte einen Streit entzündet, der in der ganzen Parteipresse, und selbst im Inneren der Berliner Redaktion die Geister erhitze. Das Streben nach Reinheit der Parteilehre, der Wunsch nach klarer Predigt unserer Ideale war der Vater der Fehde, und die dabei aufgetretenen ungeschönten Ausartungen des Kampfes waren nur Begleiterscheinungen. Selbstsucht unserer Redakteure und Journalisten soll und wird in Zukunft die persönlichen Erhebungen beseitigen und denen, die es gar zu leicht mit den Grundfragen der Partei nehmen, wird ruhig, aber ernst erklärt, daß literarische Gewandtheit zwar etwas Gutes ist, daß sie aber für die Sozialdemokratie nur dann etwas Wertvolles bedeutet, wenn sie sich unbedingt in den Dienst des wissenschaftlichen Sozialismus stellt. Zurück zu Marx lautet die Mahnung, die der Parteitag hier denen zugerufen hat, die es angeht. Erste Parteigenossen werden die Mahnung verstehen und es den Kommissionen wie dem Parteivorstande ersparen, in die Arbeit der einen oder anderen Parteiredaktion einzugreifen.“

Volle Zustimmung und uneingeschränkte Befriedigung über den Verlauf des Parteitages äußern die „Volkswille“-Hannover, „Volkswocht“-Dresden, „Märkische Volksstimme“, Erfurter „Tribüne“, „Kasseler Volksblatt“, „Volksblatt“-Halle, „Brandenburger Zeitung“ und noch eine Reihe anderer Parteiblätter.

Die „Frankfurter Tagespost“ fällt dieses allgemeine Urteil:

„Seit langen, langen Jahren hat die deutsche Sozialdemokratie nicht die Einheitsliebe der Anschauungen und des Strebens gezeigt, wie auf dem Parteitag in Jena. Noch niemals war es so klar, daß der Hügel der Schwachmütigen, der Revisionisten, Opportunisten, der „Vor-allein-Gegenwartspolitiker“ ein kleines Häuflein ohne erheblichen Anhang in der Partei ist. Auf keinem Parteitag seit 21. Jahren sind die Verhandlungen so stark unter dem Zeichen des Klassenkampfes, der proletarischen Energie und des Selbstbewußtseins gestanden wie in Jena. Damit soll nicht gesagt werden, daß für die deutsche Sozialdemokratie dieser Standpunkt etwas Neues bedeutet, der Unterschied besteht darin, daß der Gegensatz gegen diesen natürlichen Standpunkt völlig abgeschwächt war, daß er sich zwar noch herauswagte, aber jede Hoffnung auf Bedeutung und Gewicht für die Entscheidungen der deutschen Sozialdemokratie verloren hat. Noch stärker würde dieser Eindruck in Erscheinung treten, wenn man beim Lesen der Berichte die Reden der Reichstags-Abgeordneten, die ohne Mandat erschienen waren, überblicken würde.“

Es ist ein nicht hoch genug anzuschlagender Nutzen dieses Parteitages, daß er, ohne dies besonders aussprechen zu müssen, den letzten direkten Abschlußstrich unter die Parteidebatten der letzten Jahre, die an den Namen Bernstein anknüpften, machte. Wenn diese Debatten nun noch nicht völlig zum Stillstande gelangen werden, so dürfen sie im allgemeinen mehr als private Auseinandersetzungen wie als bedeutungsvolle Parteiercheinungen zu bewerten sein.“

Die Gesamtpartei hat einen gewaltig hörbaren Ruf nach Unfs gemacht, sie hat klaren Ausdruck dem verliehen, was die Köpfe und die Herzen des deutschen Proletariats erfüllt. Die deutsche Sozialdemokratie hat den politischen Schornacher, den vor Tren- und Verfassungsbruch nicht zurückweichenden Feinden der Arbeiterklasse deutlich gezeigt, daß ihre Politik mit schweren Gefahren verbunden ist. Die Sozialdemokratie ist keinen Fuß breit von dem geföhlichen Boden gewichen, sie hat aber deutlich ausgedrückt, daß sie sich durch die Geföhlichkeit von dem Augenblicke nicht mehr gebunden fühlt, wo die Gegner mit verfassungstreibenden Mitteln die organisierte Arbeiterklasse bekämpfen, sie mundtot machen und knebeln wollen. Hierin liegt die gewaltige Bedeutung dieses Parteitages nicht bloß für die Arbeiterklasse, sondern auch für ihre geschworenen Gegner.“

Aus der Partei.

Mit den Beschlüssen des Jenaer Parteitages erklärten sich die Leipziger Genossen in folgender Resolution einverstanden: „Die Parteiverammlung für den 12. und 13. jährlichen Reichstags-Wahlkreis erklärt ihre volle Zufriedenheit mit dem Verlauf des Parteitages in Jena. Sie nimmt mit besonderer Genugtuung Kenntnis von der Stellung, die der Parteitag in der Frage des politischen Massenstreiks und der Raifeier eingenommen hat und erblickt darin eine glänzende Rechtfertigung der Haltung, die die „Leipziger Volkszeitung“ wie die Leipziger Parteigenossen diesen beiden Fragen gegenüber stets eingenommen haben.“

Bei der Berichterstattung und der sich anschließenden Besprechung wurde darauf hingewiesen, daß die Leipziger Genossen trotz der vielen Einbindungen doch das Vertrauen der Partei in reichem Maße besitzen, das beweise die große Zahl von Stimmen, die der zur Kontrollkommission vorgeschlagene Leipziger Genosse Klemm auf sich vereinigt habe. Auf dem Jenaer Parteitag werde man wohl zum letztenmal den Versuch gemacht haben, den Genossen Franz Mehring zu beseitigen.“

Die dem Parteivorstande eingeräumte größere Machtbefugnis sei unbedenklich, da der Parteivorstand in seiner Zusammensetzung die Gewähr einer loyalen Handhabung seiner Befugnisse biete.

Die Wainger Genossen versammelten sich in einer am Dienstag stattgehabten Parteiverammlung dahin:

Die heutige Parteiverammlung erklärt sich mit den Beschläffen des Parteitag einverstanden. Sie erkennt mit Freude an, daß die zur Erledigung gestandene Tagesordnung mit tiefem Ernste und großer Sachlichkeit erledigt wurde. In der neuen Organisation für die Gesamtpartei erblickt die Versammlung einen großen Fortschritt, hofft jedoch, daß den einzelnen Landesorganisationen ihr selbstständiges Leben nicht unterbunden wird. Sodann spricht die Versammlung ihren Delegierten Adelung und Dr. David besondere Zustimmung zu den Darlegungen über die Vorgänge bei den letzten Stadtverordnetenwahlen aus.

Früchte der Agitation. Unsere Essener Organisation, der ein Hauptanteil an dem großen Erfolg vom 19. September zuzuschreiben ist, hat in den letzten Wochen, im Drange der Wahlbewegung, über 300 neue Mitglieder aufgenommen. Der Verein zählt jetzt weit über 3000 Mitglieder und ist die stärkste und man kann auch sagen, die am besten funktionierende Organisation in Rheinland-Westfalen. Gute Organisation und prinzipielle Auffassung der Masse, das sind die Geheimnisse der verblüffenden Wahlerfolge in Essen. Vor fünf bis sechs Jahren wurde die Mitgliedschaft zum sozialdemokratischen Verein vielfach noch als ein streng zu hütendes Geheimnis betrachtet, heute ist jede Kenglichkeit überwunden. Auch im Königreich Krupp hat man sich mit der Tatsache abgefunden, daß sich ohne Sozialdemokraten keine Millionen verdienen lassen.

Aus Industrie und Handel.

Die Aktien der Großen Berliner an der Berliner Börse. Der Kurs, in dem vorgestern die Börse den Kurs der Aktien der Großen Berliner Straßenbahn sprunghaft hinauftrieb, hat schon gestern wieder einer Ernüchterung Platz gemacht. Es fanden große Positionslösungen statt, die einen starken Druck auf den Kurs übten, so daß dieser auf 201 Proz. zurückfiel. Die Gründe des Umschwungs bestehen in denselben Bedenken, die wir bereits in gestriger Nummer erhoben haben. Man fragt sich, ob die Durchführung des Projektes auch eine der Kapitalerhöhung entsprechende Finauflageerhöhung zur Folge haben wird und hält ferner die Konzeptionierung sehr doch noch nicht für so sicher, als man im ersten Jubel über das Projekt angunehmen geneigt war.

Der Aufsichtsrat der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft bestätigt, daß, wie schon jüngst gemeldet wurde, die Dividende auf 8 Proz. festgesetzt ist. Der reine Betriebsertrag stellt sich nach Abzug der Obligations- und Hypothekenzinsen auf 4 133 634 M. Davon sollen verwendet werden für Abschreibungen 2 000 000 M. (i. B. 1 787 678 M.), zur Auffüllung der Reserven 60 019 M., für 8 Proz. Dividende 1 920 000 M., für Zantime des Aufsichtsrates 78 816 M. und als Vortrag auf neue Rechnung 474 798 M. (480 937 M.).

Der Schaden, den die Gesellschaft durch den Bergarbeiterstreik erlitten hat, wird von der Verwaltung auf 1,2 Millionen Mark geschätzt — wohl etwas reichlich!

Die Bank von England, die erst am 7. September den Diskont von 2½ auf 3 Proz. erhöhte, hat ihn nochmals hinaufgesetzt, und zwar gleich um ein volles Prozent, von 3 auf 4 Proz. Der Anlaß zu der nochmaligen Erhöhung ist darin zu suchen, daß zurzeit der Metallschmelze der Bank ziemlich niedrig ist und man infolge der starken Inanspruchnahme des Goldbestandes durch das Ausland, vornehmlich durch die Vereinigten Staaten von Amerika, einen noch weiteren Abfluß der Goldmittel befürchtet. Durch die Diskontenerhöhung soll der Goldbedarf abgeleitet und teilweise nach Paris vertrieben werden.

Freie Konkurrenz gegen die Hoheisenindustrie. In Lübeck wird, wie bereits berichtet worden ist, ein großes Hochofenwerk errichtet, an dem sich auch der Lübecker Senat mit 1,3 Millionen Mark beteiligt. Ueber die Konkurrenz, die dadurch dem rheinisch-westfälischen Hoheisenindustrie entsteht, veröffentlicht die „Köln. Volkszeitg.“ aus sachmännischer Feder einige interessante Ausführungen, die, wenn sie auch unserer Erachtens die Widerstandsfähigkeit des Hoheisenindustrials zu niedrig einschätzen, doch recht bemerkenswert sind.

„Das Eisenwerk „Krafft“ in Stettin, das außerhalb der Hoheisenindustrie steht,“ schreibt das rheinische Blatt, „hat bisher schon den Syndikaten viel zu schaffen gemacht, indem es in die Abhängigkeit derselben eindringt und den Syndikaten einen großen Teil des Absatzes streitig macht oder wegnimmt. Das Syndikat steht daher in fortwährendem Kampf mit diesem unbehaglichen Wettbewerber. Dieser aber wird nach der Erbauung des Lübecker Werkes noch stärker hervortreten. Es hat einen Fruchtvorsprung von etwa 2 M. nach dem rheinisch-westfälischen Großgewerbe-Zentrum und wird diesen auch zweifellos ausnützen. Die geographische Lage des neuen Werkes muß doch als recht günstig bezeichnet werden. Es kann auf billigem Wasserwege schwedische und spanische Erze beziehen, auf demselben Wege mit englischen Kohlen füllig versorgen und vom rheinisch-westfälischen Hoheisenindustrie sich völlig unabhängig machen. Das sind Vorteile, die ihm vor den Werken, welche nur auf Beförderung mit der Eisenbahn und auf das Hoheisenindustrie angewiesen sind, einen bedeutenden Vorsprung sichern. Und für den Absatz in Norddeutschland ist das Werk gewiß nicht schlecht gelegen — es wird sich gegen den rheinisch-westfälischen Wettbewerb leicht behaupten können und diesem Schwierigkeiten bereiten.“

Man versteht es daher, wenn das neue Unternehmen in den Kreisen des rheinisch-westfälischen Großgewerbes nicht wohlwollend beurteilt und mit scheelen Augen angesehen wird. Wir haben aber die Ueberzeugung, daß auch dieses neue Werk, das die leider schon übergroße Erzeugung in Hoheisen noch weiter steigert, nur eine Frucht und Folge unseres Verbandswesens ist. Ohne unsere Verbände mit ihren vererblichen Begleitscheinungen würde man vielleicht nie auf den Gedanken gekommen sein, in Lübeck ein neues Hochofenwerk, noch in so vielen anderen Zweigen des Eisen-Großgewerbes neue Werke zu errichten oder die bestehenden zu vergrößern. Wenn jetzt das Hoheisenindustrie die Preise für Puddel- und Stahleisen um 3 M. erhöht, diejenigen für Gießerei-Eisen aber bestehen läßt, so können die Eisengießereien für diese Versorgung jedenfalls bei dem Eisenwerk „Krafft“ sich bedanken, dessen Wettbewerb das Syndikat mit seiner Preisstellung sehr beeinträchtigt und stellenweise in Schach hält. Ist erst einmal das Lübecker Werk in Betrieb, so wird das Hoheisenindustrie in norddeutschen Absatzgebieten und vielleicht auch an der ganzen Wasserstraße des Rheines nicht nur vielleicht in Schach gehalten, sondern zuweilen auch „matt gesetzt“ werden, d. h. wenn das Hoheisenindustrie alsdann noch besteht.“

Die Entwicklung der Automobilindustrie in Amerika. Die Herstellung von Automobilen hat in den Vereinigten Staaten von Amerika sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Industriezweige entwickelt. Beim Jensus im Jahre 1900 wurde nur eine ganz winzige Produktion von Motorwagen festgestellt, und man kann annehmen, daß damals die in der Union verwendeten Automobile zum weitaus größten Teil auslandische Erzeugnisse waren. Im Fiskaljahr 1903/04 wurden für 1 294 160 Dollar dieser Kraftwagen eingeführt, oder schon für 1 895 000 Dollar zur Ausführung gebracht. Im Kalenderjahr 1904 wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits ungefähr 17 500 Automobile im Werte von 22 Millionen Dollar hergestellt. Eine ganz erhebliche Ausdehnung erfährt die Industrie jedoch in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1905, wo in 14 Staaten von 100 Fabriken 28 601 solcher Fahrzeuge im Werte von 34 650 300 Dollar verfertigt wurden. Zur Zeit der Jensusaufnahme im Jahre 1900 erreichte die Produktion von Automobilen in den Vereinigten Staaten noch nicht einen Wert von 5 Millionen Dollar. Der wichtigste Staat für die Produktion ist Ohio, dann folgen Michigan, Connecticut, New York, Wisconsin, Massachusetts und Pennsylvania. Hoff nach allen Berichten wird die Leistungsfähigkeit der Fabriken im vollen Maße in Anspruch genommen, um den Bedarf an Automobilen, der fortwährend zunimmt, zu befriedigen.

Soziales.

Mit dem Glockenschlage hat nach der Arbeitsordnung der Firma Hirsche die Arbeit zu beginnen. Der Metallarbeiter G., der nur vier Tage dort beschäftigt war, kam ein paar mal ganz kurze Frist zu spät. Er wurde deshalb entlassen. Das erste Mal war er verwarnt worden. G. klagte auf Gewährung einer Lohnentschädigung. Die Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts wies ihn jedoch mit der Begründung ab, daß es ja an sich hart sein möge, wegen so kurzfristigen Zutrittsentlassens zu werden, daß aber nach der Arbeitsordnung die Entlassung als berechtigt erachtet werden müsse, da diese ausdrücklich vorkreibe, der Beginn der Arbeit habe mit dem Glockenschlage zu erfolgen. Entscheidend sei indessen besonders, daß Kläger trotz Verwarnung wieder zu spät gekommen sei. Darin sei vor allem die Beharrlichkeit zu finden, die erst nach § 125 der Gewerbeordnung die Verweigerung der nach dem Arbeitsvertrage dem Arbeiter obliegenden Verpflichtungen zum Entlassungsgrund mache.

Ueber die Gültigkeit einer Regierungs-Polizeiverordnung betreffend die Abgrenzung von Fleischbeschaubezirken hatte das Kammergericht in einer Strafsache gegen Brüggenwirt zu befinden. Die Verordnung vom 9. Dezember 1904 regelt für ihren Geltungsbereich die Bezirkseinteilung für Zwecke der Trichinenschau und bestimmt, daß der amtliche Fleischbeschauer nur in dem bestimmten Bezirk, für den er bestellt ist, die ihm obliegende Untersuchungstätigkeit ausüben dürfe. Mit Strafe bedroht wird auch jeder, der ein geschlachtetes Schwein von einem anderen amtlichen Fleischbeschauer als dem, der für seinen Bezirk bestimmt ist, untersuchen läßt. Brüggenwirt hatte gegen die letztere Vorschrift verstoßen und war deshalb in zweiter Instanz verurteilt worden. In seiner Revision dagegen suchte er die Gültigkeit der Verordnung an. Er meinte, sie sei deshalb ungültig, weil die fraglichen Bestimmungen nur aus finanziellen Gründen getroffen seien. Sie hätten nur den Zweck, jedem amtlichen Fleischbeschauer ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Deshalb die Bezirkseinteilung und die Abgrenzung der Zuständigkeit der einzelnen amtlichen Fleischbeschauer. — Das Kammergericht erklärte jedoch die Verordnung am 25. September für rechtsgültig und verwarf die Revision mit folgender Begründung: Es könnte polizeilich angeordnet werden, daß die Trichinenschau in genau bestimmten Bezirken, durch bestimmte, amtlich für jeden Bezirk bestellte Fleischbeschauer vorgenommen werde, wie hier vorgeschrieben. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Vorschriften zu prüfen, sei nicht Sache des Gerichts. Im übrigen wäre wohl anzunehmen, es solle durch die angegebenen Vorschriften bezwogen werden, zu verhindern, daß einzelne Fleischbeschauer zu sehr überlaufen würden und es dann an Sorgfalt fehlen ließen.

Folgen der bayerischen Landtagswahlen. Der Münchener Magistrat gab am Dienstag einem Beschlusse des Gemeindefiskus seine Zustimmung, wonach die Bürgerrechtsgebühr für Personen mit einer Steueranlage bis zu 30 M. auf 65 M. und für solche mit einer Steueranlage von 30 bis 60 M. auf 75 M. herabgesetzt wird. Damit ist also ein Gesamtbeschluss der beiden städtischen Kollegien erzielt, der nur noch der Bestätigung durch die Regierung bedarf. Bisher betrug die Bürgerrechtsgebühr, von deren Entrichtung das kommunale Wahlrecht abhängt, mindestens 85 M. Alle Bemühungen unserer Gemeindevorsteher, eine Ermäßigung herbeizuführen, sind bisher vergeblich gewesen. Der Ausfall der letzten Landtagswahlen scheint jedoch auf gewisse Leute einigen Eindruck gemacht zu haben, und so hielt man es für geraten, einen neuerlichen sozialdemokratischen Antrag zum Anlaß zu nehmen, um wenigstens, wenn auch recht wenig, etwas zu tun. Im Dezember finden nämlich in München Gemeindevorwahlen statt!

Das Bestreben der Sozialdemokratie wird es natürlich bleiben, die skandalöse Entziehung der Arbeiter und aller Kinderbemittelten durch die Bürgerrechtsgebühren gänzlich zu beseitigen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Wie man „Stimmung“ macht.

Im Werner-Werk der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske streiken die Schraubendreher. Die Gesellschaft bombardiert nun fortwährend die Presse mit Notizen, in denen bewiesen werden soll, daß die paar hundert Streikenden im Unrecht sind, die Elektrizitätsgesellschaften aber im Recht, welche 10 000 Menschen auf die Straße warfen und dadurch insgesamt 50 000 Menschen brotlos machten.

Wir veröffentlichten gestern ein der Presse zugegangenes Schriftstück der Firma, das so spät in unsere Hände kam, daß wir die notwendige Kritik an demselben nicht mehr haben konnten. Unsere Leser werden selbst die Beweisführung der Firma schon gewürdigt haben. Es sei deswegen nur gesagt, daß sie zwecks Stimmungsmache miteinander vergleicht:

den durchschnittlichen Stundenverdienst im Jahre 1907,
den Stundenverdienst im Juni 1902,
den Tagesverdienst im Sommer 1903
und den Gesamtverdienst von vier Wochen dieses Sommers.

Mit diesen Zahlen, die in gar keiner Weise mit einander korrespondieren, will die Firma beweisen, daß es sich doch nicht, „wie der Öffentlichkeit fälschlicherweise mitgeteilt wird“, um berechnete Forderungen handelt.

Bei einer solchen Methode der Beweisführung erlauben wir uns aus den Büchern der Firma alles mögliche nachweisen zu können. Man braucht nur neben den Jahresdurchschnitt den Durchschnitt des günstigsten Monats, neben den Stundenverdienst den Tagesverdienst eines Tages mit Ueberstunden, ja, wenn man wirklich zwei Monate mit einander vergleicht, einen Monat mit und einen ohne Feiertage zu vergleichen. Das mag eine Methode sein, die ihrem Urheber imponiert, der Öffentlichkeit aber nicht.

Die Direktion nimmt aber selbst ihren Zahlen völlig jeden Wert, indem sie exemplifiziert aus einem Werke, das für den Streik gar nicht in Frage kommt.

Um was handelt es sich denn?

Wir wiederholen noch einmal: Im Werner-Werk streiken die Schraubendreher! Die Veröffentlichung der Direktion spricht aber von einem Werke der Siemens u. Halske A.-G., von einem Werke, das nicht mit dem Werner-Werke, wo gestreikt wird, identisch ist. Bei dem unentschiedenen Leser aber wird natürlich der Anschein erweckt, daß es sich um das bestrickte Werk handelt. Eine halbnacktere Fressführung der öffentlichen Meinung läßt sich nicht vorstellen!

Wir stellen die wackeligen Zahlen des Werner-Werkes neben die der ungenannten eines Werkes der Direktionspublikation:

Nach der Veröffentlichung der Direktion verdienen die Schraubendreher täglich 5,20 M., in Wirklichkeit verdienen sie im Werner-Werk 5,15 M.; nach der Veröffentlichung der Direktion verdienen sie in vier Wochen (dieses Sommers sagt die Direktion allerdings vorsichtigerweise!) 180,50 M., im Durchschnitt haben sie im Werner-Werk in vier Wochen 123,75 M.

Aber, wenn die Direktion durchaus mit Zahlen operieren will, bitte! Hier sind noch einige:

Die Schraubendreher verdienen:
in Nürnberg pro Stunde 63 Pf.
im Charlottenburger Werk 68
„ Werner-Werk 62 1/2

Hier hat die Direktion in drei Ziffern den Beweis, daß erstens die Schraubendreher ein Recht auf Lohnerhöhung haben und zweitens, daß die Direktion höhere Löhne zahlen kann, denn sie zahlt sie schon!

Die fehlenden Schrauben.

Die Siemens u. Halske A.-G. versendet an ihre Kundschaft ein Zirkular, in dem sie die Schließung ihrer Werke darauf zurückführt, daß ihr — die Schrauben fehlen! Aus Mangel an Schrauben also, nicht aus Schachmacher-Nebermut, sind nun außer der Siemens u. Halske-Gesellschaft auch die Siemens-Schudert-Werke und die A. E.-G. genötigt, am Sonnabend 33 000 Personen auf die Straße zu werfen. Dem, der das glauben soll, muß doch auch eine Schraube fehlen!

Im übrigen erbitet sich die Firma, Aufträge auf listemäßige Apparate, soweit der Vorrat reicht, prompt zu erledigen und bittet im übrigen um eine Hinausschiebung der Liefertermine. Bei dem industriellen Teil ihrer Kundschaft rechnet sie dabei auf volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen.

Eine weitere Ausdehnung der Aussperrung!

Gestern nachmittag 6 Uhr tagte in der Berliner Börse eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht; namentlich waren alle Großbetriebe vertreten. Die Vertreter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Siemens u. Halske und Siemens-Schudert-Werke unterbreiteten der Anwesenden das dem Streik zugrunde liegende Material. In der Diskussion meldete sich niemand zum Worte. Einstimmig wurde nach dem Antrag der Vertrauenskommission beschlossen:

1. den Arbeitsnachweis des Verbandes sofort von Freitag an zu schließen.

2. die Vertrauenskommission zu ermächtigen, sobald die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Siemens u. Halske im Siemens-Schudert geschlossen haben werden, die Schließung der sämtlichen übrigen Verbandsbetriebe innerhalb einer ihr an gemessenen Frist anzuordnen, sofern nicht inzwischen von den drei im Streik befindlichen Firmen der Wunsch ausgesprochen wird die Schließung zu unterlassen oder hinauszuschieben.

Die Annahme des Beschlusses wurde natürlich von den Schachmachern mit Beifall begrüßt. Die ganze Versammlung dauerte nur etwa 40 Minuten.

Die Unternehmer denken sich den Kampf folgendermaßen: An kommenden Sonnabend schließen die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens u. Halske und die Schudert-Werke, wodurch 33 000 Arbeiter ausgesperrt werden. Dann folgt innerhalb 4 Tagen die Aussperrung der übrigen Berliner Metallarbeiter, soweit sie von Verbandsangehörigen beschäftigt werden, wodurch dann etwa 50 000 Arbeiter ausgesperrt sind. Diese gewaltigen Betriebsstilllegungen müssen unweigerlich auch andere Betriebe zur Ausgängen, so die Gießereien usw.

Welche Gegenmaßnahmen die Streikleitung ergreifen wird, sie noch dahin.

Wo bleibt das Einigungsamt?

Die „Volkszeitung“ behauptet, das Einigungsamt würde eigener Initiative nicht eingreifen. Im ersten Gärter- und Deckerstreik im Jahre 1903 hätte der Vorsitzende der Arbeitgeber-Beisitzer, Ingenieur Bernhardt, den Versuch gemacht, Metallwarenfabrikanten zur Verhandlung zu bewegen, sei aber und schroff abgewiesen worden.

Eine Verärgerung sollte allerdings kein Grund sein, die wichtige Funktion des Gewerbegerichtes als Einigungsamt zu lassen.

Die Arbeitnehmerbeisitzer haben sich übrigens mit der Aufforderung des Zentralstreikkomitees gewandt, ob dasselbe bereit sei, das Gewerbegericht anzurufen. Das Streikkomitee hat geantwortet, daß es nichts dagegen habe, wenn das Gewerbegericht eingriffe; seinen Maßnahmen ließe sich das Komitee jedoch nicht beeinflussen.

Das Zentral-Streikkomitee meldet:

Berlin, 26. September. Das Zentralstreikkomitee der streikenden und ausgesperrten Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaften A. E. G. und Siemens u. Halske sowie S. u. E. hat beschlossen, nachdem es von den arbeitnehmenden Beisitzern des Gewerbegerichtes aufgefordert wurde, die von den Arbeitern mitgeschaffene und befürwortete Initiative des Einigungsamtes des Gewerbegerichtes in Sachen des Streiks und der Aussperrung als Einigungsamt anzurufen. Wenn auch nur das Einigungsamt angerufen ist, so wird ausdrücklich erklärt, daß weder die getroffenen Maßnahmen, noch deren Ausführungen in irgend einer Art dadurch Aufschub erleiden, sondern es werden alle verfügbaren Maßnahmen ergriffen werden, die auszuführen das Zentralkomitee für gut befindet und die zur Erreichung der gestellten Forderungen zweckdienlich erscheinen.

Genosse Cohen erucht um um Aufnahme folgender Zuschrift:

In den verschiedensten Berliner Zeitungen wird eine Notiz über meine Person veröffentlicht, die alles andere nur nicht zutreffend ist. In eine Preßfehde kann ich mich mit diesen Leuten jetzt nicht einlassen; dazu fehlt es mir an Zeit. Eigentlich ist es ja auch nicht nötig, denn vernünftige Leute werden ohne weiteres die Absicht dieser Notiz erkennen. Die bürgerliche Presse muß eine sehr niedrige Meinung von ihrem Leserkreis haben, wenn sie glaubt, diesem derartigen Geschreibsel vorsetzen können. Aber das kümmert mich nicht; das mögen die Herren sich selbst abmachen. Der Schreiber der Notiz geht offenbar dem Grundsatze aus: Das Dummste ist für unsere Leser dumm.

Es muß vor der Hand genügen, wenn ich erkläre, was mich geschrieben, ist zu dumm um wahr zu sein.

Der Metallarbeiterstreik bei der Firma Daumann, Falzhaufwirtschaftliche Maschinen in der Koloniestraße, ist jetzt zehntägiger Dauer beendet. Im Wege gegenseitiger Verabredung wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Firma erklärte, die Abzüge größtenteils wieder rückgängig zu machen, übrigen Affordredaktionen werden durch eine verbesserte Methode wieder ausgeglichen. Infolgedessen wurde gestern die im ganzen Betriebe wieder aufgenommen.

Die Direktion der Flaschenfabrik in Stralau, welche die besten eine Arbeitszeitverlängerung um 1/4 Stunde für die Schicht angekündigt hat, scheint auf ihrem Standpunkt beharrlich zu bleiben. Die Verlängerung soll vom Montag, den 2. Oktober in Kraft treten. Die Arbeiter haben dagegen einstimmig bei jeder Verlängerung der Arbeitszeit strikte abzulehnen. Best, die Direktion auf ihrem Standpunkt, so muß dieselbe am Montag die gesamten dreihundert beschäftigten Flaschenmacher aussperrten. Die gegenwärtig bestehende Arbeitszeit ist seit Gründung der Fabrik eingeführt worden; besteht also 15 Jahre. Der Direktor der Fabrik, welcher erst seit einiger Zeit in Stralau angestellt ist, war bisher Direktor in der Flaschenfabrik von Siemens. Bei dem in diesen Fabriken herrschenden willkürlichen Regimente ist zu erwarten, daß dieser Herr auch hier in Stralau seine Schmeichelei durchsetzen vermag. Es dürfte ihm dies jedoch nicht so leicht gelingen, denn die Arbeiter sind familiär organisiert und gewillt, jedes Attentat auf die Verlängerung der Arbeitszeit unter allen Umständen zurück-

wissen. Es steht also ein schwerer Kampf für die Glödarbeiter-
partei in Aussicht, der für die Arbeiter um so schwerer zu führen ist,
als sämtliche Arbeiter sich in Wohnungen befinden, die der Fabrik
gehören. Trotz der für die Arbeiter zum Teil ungünstigen Situation
ist der Kampf aufgenommen worden. Es werden alle Maschinen-
anstände des In- und Auslandes auf den bevorstehenden Kampf auf-
merksam gemacht und ersucht, den Zugzug nach Stralau zu
unterlassen.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.
Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Glödarbeiter.

Deutsches Reich.

Als Landfrevler verhaftet wurden in dem oberpfälzischen Dorfe
emathen zwei reisende Buchdrucker, Mitglieder des Deutschen
Buchdruckerverbandes, die konditionlos waren. Der Gendarm führte
eide geschlossen ins Gefängnis nach Remburg v. Wald ab, wo sie
acht Tage lang festgehalten wurden, obwohl sie durch ihr Mitglieds-
nachweise, daß sie vom Verbands-Unterstützung erhalten und noch
längere Zeit bezugsberechtigt seien. Erst auf die Intervention des
Landesbauvorstandes hin, der ihre Mitgliedschaft bestätigte, wurden
sie wieder entlassen, das Mitgliedsbuch scheint man nicht als hinreichend
legitim für die Mitgliedschaft angesehen zu haben. Der Gendarm
scheint nicht besonders glimpflich mit ihnen umgegangen zu sein,
dann noch nach zehn Tagen bemerkte man an ihren Handgelenken
die Spuren von den Fesseln. Für reisende Verbandsmitglieder ist
also nicht ganz ungefährlich, in Bayern zu reisen, weil man dort
oft wegen „Landfrevlerei“ eingesperrt werden kann.

Ausland.

Der dänische Textilarbeiterstreik.

In der vorigen Woche hat wieder einmal eine Verhandlung
zwischen Vertretern des Textilarbeiter-Verbandes und der Fabrikanten-
organisation stattgefunden; sie verlief jedoch wie die früheren Ver-
handlungen ergebnislos, weil die Fabrikanten keinerlei Entgegen-
kommen zeigten. Derjenige, dem die Hauptrolle an diesem Ver-
handlungsbühnen gespielt hat, ist der Vorsitzende der Unternehmerorganisation,
aus Deutschland stammende Fabrikant Daberkosen,
ein feiner Mann, der in einer fürstlich ausgestatteten Villa
sitzt, während er seinen Arbeiter elende Hütten zur Verfügung
stellt, aus denen sie nun allerdings infolge des Streiks vertrieben
worden sind. „Social-Demokraten“ hat in einer Reihe illustrierter
Hefen die glänzenden Verhältnisse, unter denen dieser Schafwoll-
fabrikant in Dänemark lebt, sowie die elenden, menschen-
würdigen, unter denen er seinen Arbeitern zumutet, zu veranschaulichen,
bildet.

Die Frevler Daberkosen, Streibroker zu werden, sind wie
die übrigen Fabrikanten, obgleich der Streik nun schon drei
Monate währt, ohne dauernden Erfolg geblieben. Ein anderer
bekannt, Advokat Christensen, von der Firma Holm u.
Sögt in Aarhus hatte dieser Tage deutsch-polnische
Arbeiter schlesische, sowie schwedische Arbeiterinnen
angesprochen, hat aber damit auch kein Glück gehabt, obgleich er
er vor Freiheitsberaubung nicht zurückschreckte, um einige von
ihnen festzuhalten. Diese Leute hatte er in seiner zu einem Streibroker-
amt umgestalteten Privatwohnung eingesperrt, aber obgleich er
die Fenster mit Eisengittern versehen hatte, entwichen
ihm doch. Um ihr erbärmliches Gepäck zu ver-
packen, mußten sie die Hilfe des Gerichtsvoll-
ziehers in Anspruch nehmen.

Bei diesem Streibrokerimport hat wieder ein Deutscher
Hand im Spiele gehabt, der Direktor Dopperbach, der in
Schlesien war und den Leuten, die keine Ahnung von dem
Streik hatten, erzählte, sie sollten in einer neuen Fabrik arbeiten.
Lohn, der ihnen versprochen wurde, haben sie auch
erhalten; einer, dem neun Kronen wöchentlich versprochen
waren, erhielt nur 6 Kronen; in anderer statt 10 Kronen nur
7. Auch sonst wendet man alle möglichen Mittel an, um
die Arbeiter zu täuschen. So berichtet ein 15-jähriges
Mädchen, daß der Direktor, als sie zusammen mit einigen anderen
Arbeiterinnen in Kopenhagen ankamen, ihnen weismachte, daß sei
Aarhus, und in Aarhus, sie seien in Kopenhagen.
Es erscheint unter diesen Umständen um so dringender not-
wendig, daß alle deutschen Textilarbeiter und
Arbeiterinnen von dem Lohnkampf in Dänemark
in Kenntnis werden, und sich nicht durch die Lügen und Versprechungen
höflicher Streibrokeragenten aus Dänemark von „neu-
deutschen“ Fabriken usw. verführen lassen. Bisher ist es
ein dänischer Textilarbeiter-Verband gelungen, so gut wie alle
männlichen Arbeitwilligen wieder heimzuführen. Der Lohnkampf
wird noch lange dauern. Die dänischen Textilarbeiter sind fest ent-
schlossen, vor den Fabrikanten nicht zu streiken zu stehen und für
ihren Lohn zu arbeiten, die sie ihnen zumuten.

Gerichts-Zeitung.

Ein 13-jährige Mutter hatte gestern vor der 2. Strafkammer
des Landgerichts I Zeugnis abzulegen gegen den eigenen Stief-
vater, Maurer Karl Bornholz, der unter der schweren An-
schuldigung des Sittlichkeitsverstoßes stand. Die Frau des An-
geklagten hatte ihm ein Mädchen mit in die Ehe gebracht, welches
demnach in ihr 14. Lebensjahr eintritt und in nächster Woche kon-
firmiert werden soll. Der Unmensch hat das Kind in der schänd-
lichsten Weise mißbraucht und es durch Ausübung seiner väterlichen
Gewalt gezwungen, sich diese Schändlichkeiten gefallen zu lassen.
Das Mädchen hat fast gleichzeitig mit ihrer Mutter einem Kinde
das Leben gegeben. Die Verhandlung dieses trübten Sittenbildes
ging unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich. Der Staatsanwalt
beantragte 2½ Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof hielt diese Strafe
jedoch nicht für ausreichend und verurteilte den Angeklagten zu
4 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust.

Ein Ehepaar beschäftigte gestern wieder einmal das Schwur-
gericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors
H. Unter der Anklage der versuchten Zölnung stand der
Kochmeister Gustav Dickhoff in Jossen vor den Geschworenen.
Die Angeklagte steht schon in vorgeschrittenem Lebensalter. Er ist
ihre verheirateter, betreibt seit vielen Jahren in Jossen eine
Kneipe und besaß früher Haus und Hof und eigenes Fuhr-
werk. Er ist dann, teils infolge des Trunks, dem er sich immer
ergab, teils infolge anderer widriger Umstände, in seinen
Eigenschaften etwas zurückgekommen und schließlich ganz abhängig
von seiner Ehefrau geworden. Der eheliche Frieden ist schon längst

gestört und es kam wiederholt zu heftigen Szenen zwischen den
Eheleuten. Wie der gestern als Zeuge und Sachverständiger ver-
nommene Sanitätsrat Dr. v. Ullrich in Jossen vor Gericht be-
kundete, ist der Angeklagte wiederholt mit Wunden, die von Schlägen
mit dem Feuerhaken oder von Begehien mit lodendem Wasser her-
vorgeht, zu ihm gekommen und hat ihm erklärt, daß ihm
„sein Gutes“ dies beigebracht habe. Er hatte seine Ehefrau schon
lange im Verdacht, daß sie mit einem Arbeiter Lindemann, der in
demselben Hause wohnt, ein unerlaubtes Verhältnis unterhalte.
Schließlich ist seine Frau ganz von ihm gegangen und hat ihn ziem-
lich hilflos seinem Schicksal überlassen. Er suchte nun noch mehr
als früher Trost beim Alkohol. Am 8. Mai abends trank er mit
einem Bekannten wieder viel Schnaps und sagte diesem seine Not,
daß er so ganz verlassen sei, keine Ordnung habe und gar nicht
wisse, was er machen solle. Er sprach auch den Verdacht des Ehe-
bruchs wieder aus und erhielt von seinem Bekannten den Rat, vor
allen Dingen seine ruhige Heberlegung nicht zu verlieren. Der
Rat wurde von ihm schlecht befolgt. Am nächsten Morgen in aller
Früh lauschte er, ob er etwa von einem sträflichen Versehen seiner
Ehefrau mit Lindemann etwas bemerken könnte. Da trat seine
Frau aus der Wohnung des letzteren und nun kam die Katastrophe.
Er trat an seine Frau heran und forderte sie auf, doch zu ihm wieder
zurückzukehren, erhielt aber eine abweisende, höhnische Antwort,
die ihn sehr kränkte. Es entwickelte sich im Anschluß hieran
eine sehr erregte Szene, die damit endete, daß die Ehefrau, die in-
zwischen von dem Arbeiter Lindemann Sulfurs erhalten hatte,
blutüberströmt und mit dem Ausruf: „Hüßel! Ich sterbe!“ zu Boden
fiel. Er stellte sich heraus, daß sie von dem Angeklagten einen
Messerschnitt unterhalb des rechten Schulterblattes erhalten, der eine
6 Zentimeter lange und 2 Zentimeter tiefe Wunde verursacht hatte.
Der Angeklagte war in höchster Erregung, entfernte sich vom Tat-
ort und wurde später verhaftet, als er mit seinem Gepäck auf
der Chaussee fuhr. Bei seinem ersten Verhör soll er sich sehr danach
erkundigt haben, ob seine Frau tot sei und seine Bemerkungen sollen
darauf hinbeuten haben, daß er hoffte, sie würde nicht mit dem
Leben davonkommen. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte die
Absicht der Tötung und behauptete, daß er nicht wisse, was er in
seiner grenzenlosen Erregung getan, ob er mit dem Messer um sich
geschlagen, ob er es gegen seine Frau geschleudert, oder was sonst
geschehen sei. Nach einer eingehenden Vernehmung des Amtsrichters
S. Schneider, der Gendarmen Rofsch und Goldbach, des
Gefangenwärters Bratje, des Polizeierzherren Janke und
des Arbeiters Lindemann, der den sträflichen Umgang mit der
Ehefrau des Angeklagten bestritt, folgte ein längeres Gutachten des
Sanitätsrats Dr. v. Ullrich, über den psychischen Zustand, in dem
sich der Angeklagte bei der Tat befunden. Danach ist der Angeklagte
ein geistig minderwertiger, etwas psychopathisch veranlagter Mensch,
der sich in der Erregung zur Tat hat hinreichend lassen. — Die Ehe-
frau des Angeklagten, die vielleicht nicht mehr am Leben wäre, wenn
der Messerschnitt nur ganz wenig tiefer in den Rücken eingedrungen
wäre, hatte ihre Aussage verweigert. — Die Geschworenen gaben
ihren Spruch in Gemäßheit des Antrages des Verteidigers Rechts-
anwalts Bolke nur auf Schuldig der gefährlichen Körperverletzung
ab. Das Urteil des Gerichts lautete auf zwei Jahre Ge-
fängnis.

Eine überaus frivole Handlungsweise führte gestern den Was-
chanstaltbesitzer Franz Klawitter unter der Anklage der
wissentlich falschen Anschuldigung vor die dritte Strafkammer des
Landgerichts I. Der Angeklagte hatte auf dem Hofe seines Grund-
stücks und unter einer Treppe alte Bretter und Balken aufbewahrt,
die als Brennholz dienen sollten. Ein in demselben Hause bei
einem Professor S. bedienstetes Dienstmädchen fragte eines Tages
den Angeklagten, ob sie sich nicht hin und wieder eine Kleinigkeit
von dem Holz zum Feueranmachen nehmen könne, um dadurch einen
Weg zu ersparen. Klawitter gab ohne weiteres seine Einwilligung
und äußerte noch dabei, er wäre zufrieden, wenn er den ganzen
Kram los sein würde. Das Dienstmädchen nahm deshalb wiederholt
kleine Holzstücke und verschleppte auch an eine arme Waschkrau
geringe Quantitäten Holz. Nachdem es eines Tages zwischen ihr
und dem Angeklagten zu einer Auseinandersetzung gekommen war,
wurde sie bald darauf aufs höchste erschreckt, als sie zum Polizeibureau
beordert wurde, wo man ihr mitteilte, daß sie von Klawitter wegen
Diebstahl angezeigt worden war, der sich in dieser Weise zu rächen
gedachte. Ein Verfahren gegen das Dienstmädchen wurde bald
wieder eingestellt, da es ihr glücklicherweise gelang, genügend Zeugen
zu ihrer Entlastung zu benennen. Nummehr drehte die Staatsanwaltschaft
den Spiegel um und eröffnete ein Verfahren wegen wissentlich
falscher Anschuldigung gegen Klawitter. Nach dem alten Sprich-
wort: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein, muß Klawitter
nun seine Handlungsweise mit einer Gefängnisstrafe
von sechs Wochen büßen.

Poker ist ein Glücksspiel! — so entschied gestern die Straf-
kammer des Landgerichts in München I, vor der sich ein Gastwirt
wegen Fuldung dieses Spiels zu verantworten hatte. Der An-
geklagte bestritt, sich schuldig gemacht zu haben, da nach seiner An-
sicht Poker kein Glücksspiel sei, weil hierbei die Geschicklichkeit
und Intelligenz des Spielers von wesentlicher Bedeutung sei. Als er
in seiner weiteren Beweisführung auf den „Fall Ruchstrat“ hinwies,
entzog ihm der Vorsitzende das Wort mit der Erklärung, daß die
„Ruchstrat-Angelegenheit“ mit dem zur Anklage stehenden Fall
absolut nichts zu tun habe (Kamul) und das Gericht selbst
in der Lage sei, zu entscheiden, ob es sich beim Poker um ein
Glücksspiel handle oder nicht. Hierauf wurden drei als Zeugen
geladene Gäste jener Wirtschaft veranlaßt, zur Veranschaulichung
dem Gerichtshofe im Sitzungssaale eine Probe des Pokerspiels zu
geben, wobei einer der Spielenden den „Erklärer“ abgab. Nachdem
noch ein als Sachverständiger geladener Polizeikommissar auf Grund
seiner Wahrnehmungen und Anfragen in größeren Städten Deutsch-
lands das Poker als ein Glücksspiel erklärt hatte, kam der Gerichtshof
zu derselben Überzeugung und verurteilte den Angeklagten zu
einer kleinen Geldstrafe. — Welch ein Glück, daß Ruchstrat nicht
in München als Minister postete!

Ein Skandalprozess in Dresden nahm gestern vor der fünften
Strafkammer des Landgerichts seinen Anfang. Aus der Unter-
suchungshaft, in der er sich seit dem 15. März dieses Jahres befindet,
wurde der ehemalige Direktor der Dresdener Allgemeinen Versiche-
rungsanstalt, die jetzt mit der „Augusta“ Berlin und der „Aemilia“
München verschmolzen ist, Konrad Hermann Lehmann vor-
geführt, um sich wegen zahlreicher Fälle von Untreue, begangen in
seiner Stellung als Leiter der genannten Anstalt, zu verantworten.
Der Prozess wird das Landgericht etwa acht Tage in Anspruch nehmen.
46 Zeugen und ein Sachverständiger sind geladen.

Kammerfrau und Prinzessin. Die Verleumdungssklage des Frau-
lein Milewski-Charlottenburg gegen die Prinzessin Henriette
von Schleswig-Holstein ist, wie aus Kiel gemeldet wird, nicht zum
Abschluß gelangt. Längere Vergleichsverhandlungen scheiterten. Das
Gericht beschloß Vertagung, um den Gewährsmann der Prinzessin,
den nach Korea abkommandierten Leutnant Eichborn, kommissarisch
darüber zu vernehmen, ob der Inhalt des Briefes der Prinzessin
mit seinen Angaben übereinstimme. Die Prinzessin war nicht er-
schienen. Dagegen war Fräulein Milewski anwesend.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Schmiede (Zahlstelle Berlin)
hielt am 25. September im großen Saal von Keller, Köpenicker-
straße, eine zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab.
Der Zentralvorsitzende Lange-Hamburg referierte über die Kämpfe
der letzten Zeit und ihre Lehren. Er ließ die großen Streiks und
Ausfaltungen namentlich des letzten Jahres Revue passieren und
zog daraus den Schluß, daß die kommenden Kämpfe an Umfang
und Schärfe zunehmen werden. Kampfbereit müsse man dastehen.
Die Taktik der Arbeiter werde eine solche der Beunruhigung werden
müssen. An jeder Stelle, wo es notwendig wäre, sei vorzugehen.
Komme eine Ausfaltung, dann nehme man sie hin. Aber auch dann
müsse man sich gewöhnen bei einem solchen Kampf, daß, wenn der
Erfolg ausbleibe und der Kampf aussichtslos erscheine, dann an
einem bestimmten Tage die Arbeit wieder geschlossen aufgenommen
werde. Dann warte man bis zu geeigneter Zeit, um wieder die
Arbeit einzustellen. Und so weiter. Unter lebhaftem Beifall schloß
Redner mit einem Ausruf zum Rästen, zum Agitieren und Organisieren.

Dann verhandelte die Versammlung über die Anträge auf Er-
höhung des Lokalbeitrages und des Lokalzuschlages zur Streik-
unterstützung. Nach sehr lebhafter Debatte wurden die Anträge mit
284 gegen 245 Stimmen abgelehnt. — Ein Antrag Gälinsky, in
einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag eines Anarchisten
über „das Wesen des Anarchismus im Verhältnis zur Gewerkschafts-
bewegung“ halten zu lassen, wurde abgelehnt.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Aus Strahburg i. Eif. wird vom
Donnerstag berichtet: Heute früh 4 Uhr 17 Minuten stieß in Wingen
ein Saargemünder Güterzug mit einer Rangierabteilung zusammen.
Ein Lokomotivführer wurde getötet, ein Jungführer verletzt. Der
Materialschaden ist erheblich. Der Zugverkehr ist nicht gestört.

Briefkasten der Redaktion.

Abonnent Fortkretze. Läßt sich so nicht beantworten. Die Ver-
gütung erfolgt nach Gewicht.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends
von 7½ bis 9½ Uhr statt. Gebühret: abends 7 Mkr.

N. N. 100. Einstellung nach zurückgelegtem 42. Lebensjahre ist aus-
geschlossen, wohl aber ist Betraltung möglich. — C. St. Die Eltern. —
S. B. 52. Die Schwester soll eine Anfrage an das Gericht richten. —
R. G. 1. Ob und wann Lohn für Pfortlager zu zahlen ist, hängt von der
Art der Lohnzahlung ab. Näheres finden Sie S. 106 des in den öffent-
lichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. 2. Ist nichts vereinbart,
so besteht 14-tägige Kündigungsfrist. — C. P. 2. Soweit Ihre Schilderung
ersehen läßt, liegt nur strafbare Hebercetzung der Polizeibehörde vor. —
Wismannstrafe. Sie können mit Aussicht auf Erfolg einen Renten-
anspruch erheben. — J. Michel. Nur an Sie, nicht an Ihre Mutter, hat
die Zahlung zu erfolgen. — Weabit 1000. Liegt kein Ausnahmefall,
so beträgt die laufmännliche Kündigungsfrist 6 Wochen zum Quartalsber-
ein. Die Äußerung gegenüber ausgeprobenen Kündigungsfrist ist mithin un-
gültig, beziehentlich erst zum 1. Januar wirksam. — C. A. 1. Kein, aber
unwesentlich, 2. und 3. Das ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Tragen
Sie doch den betreffenden Fall statt allgemeiner Anfragen vor.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen
Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-70 pr. 100 Pfund, IIa 56-62,
IIIa 50-56, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 84-90, IIa 72-84, IIIa 60-70,
Fammelfleisch Ia 63-70, IIa 56-65, Schweinefleisch 65-71. Raminchen
Stück 60-100 Pf. Rotwulst, Pfund 27-35 Pf. Rindfleisch, junge Ia 0,90
bis 1,10, junge IIa 0,50-0,75, junge kleine 0,30-0,50, alte Ia 0,70-0,75,
alte IIa 0,50-0,55, Hühner, alte 1,20-2,00, junge 0,50-1,20 das Stück.
Tauben, junge 0,40-0,50, alte 0,30-0,40. Enten, junge 1,50-2,50. Gänse
junge Ia 3,50-4,20, IIa 2,50-3,00, Ia 0,50-0,60, IIa 0,40-0,45 das Pfd. Gänse
125-140 Pf. Schlei, 102-109 Pf. Kalle, groß 84-94, mittel 00, dämliche
64-67, Karpen 00-00, Rahe 140, Schellfische 30-31, Stunder 00-00, Rügen
23-27 Pf. pro 100 Pfund. Schottische Hülleringe (gelblich) 40-44 Pf.
Krebse, kleine, Schod 0,00-0,00, unsortiert 0,00-0,00. Eier, Schod 3,50
bis 4,00. Butter, pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110
bis 115, abfallende 100-108. Kartoffeln, pr. 100 Pfd. rote 1,60-1,80, Rosen
1,50-1,75, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,50-1,75. Weingeloch, pr. Schod
3,00-6,00, Weizkohl 2,00-5,00, Rotkohl 3,00-6,00, Saure Gurken, neue
Schod 2,-.

Witterungsübersicht vom 28. September 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. p. d. u. v. d. N.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. p. d. u. v. d. N.
Eminende	756 DRD		3 bedekt	13	Gaparanda	707 SW		bedekt	3		
Hamburg	756 RND		2 bedekt	13	Petersburg	708 SW		1 bedekt	6		
Berlin	756 SW		2 bedekt	13	Sibirij	702 ND		6 bedekt	13		
Frankfurt	758 S		1 bedekt	9	Wardbeem	704 R		2 wolfig	10		
München	759 D		5 wolfig	11	Paris	754 SW		2 bedekt	12		
Wien	767 W		3 bedekt	15							

Wetter-Prognose für Freitag, den 29. September 1905.
Etwas kühler, zeitweise böiger, aber veränderlich mit leichten Regen-
fällen und mäßigen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 27. September. Elbe bei Ruffh — 0,21 Meter, bei
Dresden — 1,61 Meter, bei Magdeburg + 0,93 Meter. — Unkruut bei
Strahburg + 1,20 Meter. — Oder bei Ruffh + 1,20 Meter, bei
Breslau Überpegel — 4,78 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,88 Meter,
bei Frankfurt + 0,94 Meter. — Weichsel bei Trachenhude
+ 2,80 Meter. — Sarthe bei Vosen + 0,14 Meter. — Nege bei Hq
+ 0,72 Meter.

Lebendiges Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8804.
Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schlessischen Bahnhof.) | (der Kurzenstr. gegenüber.)

Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Seefische — Volksnahrung!

Wir notieren die billigsten Tagespreise für

Seelachs

Cabliu, Schellfische

in allen Größen 4504L
sowie für die übrigen Sorten Seefische.

Modugno's Freisprechung.

Perugia, den 23. September. (Eig. Ber.) Nach den Tatsachen, die wir über den Stand des Schuldbeweises in diesem Prozeß berichtet haben, dürfte der Freispruch nicht überraschend kommen. Auch in Perugia, ja in ganz Italien hatte man ihn erwartet, aber gerade in den beiden letzten Verhandlungstagen schienen sich die Schuldfrage Modugno's bedenklich zu senken. Die langen oratorischen Ergüsse der Advokaten waren zu Ende, der Angeklagte, der mit allen hohen Worten, die die Sprache kennt, gepriesen und beschimpft worden war, hatte auf das Wort verzichtet und sah nun die letzte Verlegung seines Falles der „Unparteilichkeit“ des Präsidenten anheimgegeben. Während dieses Resümées des Präsidenten haben viele am Freispruch gezweifelt. Denn hier verlangt die Prozedur Unmögliches: sie verlangt eine völlige Unparteilichkeit, die nun einmal nicht in der Macht des Menschen zu stehen scheint. Jedenfalls war der Präsident Tanzani während seiner zwei Tage dauernden Zusammenfassung des Prozesses nicht unparteiisch, sondern ließ deutlich durchblicken, daß er den Angeklagten für schuldig hielt. Warum und überzeugend kam durch seinen Mund die Anklage, trocken und matt die Verteidigung zu Worte. Der große Einfluß dieser endgültigen Zusammenfassung auf die Geschworenen kennt, mußte annehmen, daß die Möglichkeit der Verurteilung bestand und mußte gleichzeitig konstataren, daß diese Bestimmung der italienischen Strafprozedur, die die Sanction des Prozesses von einem Menschen machen läßt, der Partei ist, ob er will oder nicht, daß diese Bestimmung der Unparteilichkeit des Urteils und der Souveränität der Geschworenen Abbruch tut.

Während des Resümées hat auch der Angeklagte am Freispruch gezweifelt. Mit peqaaltem Ausdruck sah er bald auf den Präsidenten, bald auf seine Verteidiger, als wolle er sagen: ja, könnt Ihr denn hier nicht helfen. Modugno ist ein großer stattlicher Mann, nicht hüßlich und nicht häßlich, mit abgehärteten, edigen Zügen, die etwas Schulmeisterliches haben, so daß man eher glaubt einen Gymnasiallehrer als einen Offizier vor sich zu haben. Er ist korrekt und beherrscht, aber erscheint unendlich müde und mutlos.

Als der Obmann der Geschworenen die rituellen Worte sprach: Bei meiner Ehre und bei meinem Gewissen, die Antwort der Geschworenen auf die Schuldfrage ist „nein“, wich die drängende Stille einem plötzlichen, ganz unerwarteten Ausbruch des Jubels.

Ich glaube, niemand, der diesen Jubelschrei gehört hat, mit dem das Kopf an Kopf stehende Publikum den Freispruch begrüßte, kann über die Bedeutung des Wahrspruchs im Zweifel sein. Das war nicht das Frohlocken des Schamgerichtspöbels, der auf Freisprechung gewettet hat und nun jubelt, austobt, weil er Recht behielt. Das war ein Schrei der Erlösung aus hundert Nethen, das war, als wenn ein Alb von allen genommen worden, ein Jubel, der alles überflutete und alle mit forttrug. Nicht nur die Modugno Nabe stehenden und die Damen der Tribüne weinten — selbst vielen Karabinieri wurde die Augen feucht. Man mag über solche Ausbrüche der Menge denken, wie man will: hier war nichts Verabredetes, nichts Demonstrierendes — das war ein fast unwillkürlicher Schrei der Befreiung, weil plötzlich die Angst wich, daß etwas Grauenhaftes und Unwiderstehliches geschehen könne.

Es sei fern von uns, hinter dieser Stimmung der Menge aller Schichten irgend eine mystische Wahrheit, eine vox populi, vox dei zu suchen. Für das Publikum wie für Geschworene und Richter ist die Schuldfrage nicht in einer plötzlichen Erleuchtung gelöst und verneint worden. Das Problem, der qualende Zweifel ist geblieben, mußte bleiben, dazu sind die Indizien zu zahlreich und zu ernst, aber als eine Erlösung wurde es empfunden, daß man in dieser

Ungepewißheit über die Schuld sich nicht dazu entschlossen hatte, ein Menschenleben zu vernichten.

Als die Karabinieri Modugno in den Käfig des Angeklagten zurückführten, um den Wahrspruch zu hören, ging er mit manfendem Schreit; die bisherige fahle Blässe seines Gesichtes war einer leichten Röte gewichen. Der Präsident teilte ihm das Ergebnis mit und Modugno versuchte zu sprechen, aber er konnte kein Wort sagen und schludte nur, krampfhaft, wie einer, dem der Atem fehlt. Als dann die Verteidiger ihm die Hände in den Käfig reichten, wollte der Freigesprochene lächeln, aber die ungeheure Anstrengung, die es ihm kostete, um nicht in Tränen auszubrechen, verzerrte sein Gesicht zum Grinsen. Man hatte den Eindruck, daß dieser Mann am Ende seiner Kräfte war und im Falle der Verurteilung physisch zusammengebrochen wäre, was der vorjüngliche Präsident vorhergesehen hatte, weshalb der Gefängnisarzt bereits im Saale wartete, um dem Verurteilten beizustehen.

Nun, man hat seiner Hilfe nicht bedurft. Mit 6 gegen 6 Stimmen haben die Geschworenen die Schuldfrage verneint und wie immer, wenn die Waage im Gleichgewicht steht, tritt die Milde des Gesetzes an Stelle der toten Zahl. Modugno ist somit dem Leben zurückgegeben, nicht der Freiheit, denn er bleibt in militärischem Arrest wegen der Anklage über sein Verhalten in China.

Ueberlassen wir den Mann, der uns als Mensch nicht interessiert und wohl auch keines Interesses wert ist, seinem Schicksal. Nicht Modugno, aber der Prozeß Modugno verdient Beachtung. Wie alle unsere großen Sensationsprozesse weist er geradezu die Karikatur all der obnehm so großen Schäden der italienischen Rechtspflege. Deshalb sind auch diese Sensationsprozesse nützlich, wirklich nützlich, weil sie laut und eindringlich predigen gegen den Unfönn und die Langsamkeit unserer Strafprozedur, gegen die Geldmacht im Gerichtssaal und auch — indirekt — gegen die nutzlose Grausamkeit des Strafvolzugs. Keine theoretische Darlegung kann je die Beweisraft haben wie ein solcher Prozeß; und das Publikum, das aus Neugier kommt, halb grausam und halb sentimental, lernt, ohne zu wollen, Kritik üben an der Rechtspflege, die wohl von allen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft die härteste Dosis Mittelalter enthält.

Alle, die Modugno für schuldig halten, machen für den Freispruch nicht die Geschworenen, sondern ganz legitimerweise die Schnedenhaftigkeit des Vorverfahrens verantwortlich. Wer will die Wahrschäftigkeit einer Aussage einschätzen, die sich auf 2 1/2 Jahre zurück liegende Dinge bezieht, einer Aussage, die noch dazu 4 oder 5 Mal wiederholt worden ist! Eine 2 Jahre dauernde Voruntersuchung ist geradezu dazu gemacht, um gewissenhafte Geschworene vor die qualvollsten Zweifel zu stellen.

Auch tut es in hohem Maße einer rationellen Justiz Abbruch, daß jeder Angeklagte so viel Verteidiger nehmen darf, wie er bezahlen kann. Modugno hatte 8 Verteidiger, die 22 Tage mit ihren Neben ausgefüllt haben. Es waren, wie man in Italien „Fürsten des Forums“ nennt, Meister der Beredsamkeit, gewandte und gewiegte Advokaten. Wo bleibt hier das „gleiche Recht für alle“? Viele Leute aus dem Volke, die Modugno für unschuldig halten, sagen ganz offen: „wenns aber ein armer Teufel gewesen wäre, hätte er sich nicht frei gebrannt.“ Das ist ein bitteres Wort und Frucht der bittersten Erfahrung. Die viele Zeit, die die großen Prozesse in Anspruch nehmen, wird durch das „Durchgehen“ der kleinen, der Armen-Leute-Prozesse, wieder eingebracht.

Was vo m Strafvolzug in die Prozeßverhandlungen hineinbringt, ist auch ein guter Anfang zur Kritik. Daß der Angeklagte in einem wirklichen Käfig aus Eisenstangen gehalten wird, wie ein reißendes Tier, beleidigt die Menschewürde. Auch das ganz sinnlose Anlegen der Handschellen ist eine unnütze Grausamkeit. Von vier baumstarken Karabinieri gehütet, ist ein Verbrecher auch ohne die

Schandwerkzeuge wehrlos genug. Der japanische Gesandte aus italienischen Hofe, Ojama, der dem letzten Verhandlungstage beiwohnte, mag wohl eigenlämliche Begriffe über europäische Gesittung bekommen haben, als er einen wehrlosen Menschen in Eisen schliehen und wie ein Raubtier einsperren sah. Es wäre wirklich an der Zeit, zu etwas humaneren Formen der Behandlung der Gefangenen überzugehen!

Wollte man wenigstens die Lehre dieser großen Prozesse beachten, vielleicht ginge die Justiz dann etwas weniger barbarisch mit den armen Teufeln um, von deren vielfach tragischen Konflikten mit unserer Rechtspflege heut kaum ein Echo in die Oeffentlichkeit dringt. Die Sensationsprozesse zeigen nämlich den Herren von oben, daß Angeklagte und Verbrecher auch Menschen sind. Das gilt für Arme und Reiche.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen Berlins werden hiernit darauf aufmerksam gemacht, daß die Verrichterstattung der weiblichen Delegierten vom Parteitag am Montag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, stattfindet. Infolge des mit Wollenbruch verbundenen Gewitters war die zum 27. September einberufene Versammlung nur schwach besucht. Man beschloß deshalb die Vertagung. Es wird erwartet, daß sich die Genossinnen zu der Versammlung am 2. Oktober recht zahlreich einfinden.

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgebung hielt am 21. September bei Bahrendorf in Steglitz eine Versammlung ab, in der Herr Dr. Pinus einen Vortrag über „Krebsleiden“ hielt. Der Vortragende verstand es, durch eine populäre Darstellung die zahlreiche Zuhörerichast aufs lebhafteste zu fesseln. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, nur machte die Vorsitzende noch bekannt, daß am 11. November im „Völkewaldchen“ das Stühungsfest des Vereins stattfindet.

Erkenntlich ist jetzt der gute Verlauf der Versammlungen. Die Frau, als Mutter der Kinder, als Kameradin des Mannes, muß doch endlich einsehen, daß ihr noch sehr vieles an ihrer Bildung fehlt. Die ihr gebotenen Vorträge lassen sie die heutige Zeit besser verstehen, lassen sie ihre Lage besser erkennen. Die Frau kommt einmal über die Schwelle ihrer vier Wände hinaus und darf sich als Mensch fühlen. Wie steht es aber mit den jungen Mädchen? Haben sie denn in der Schule schon so viel gelernt, daß sie keine Bildung mehr nötig haben? Oder müssen ihnen dann immer erst in späteren Jahren, vielleicht in der Ehe die Augen aufgehen? Hoffentlich ist unser Appell nicht vergebens und treiben auch sie in Zukunft dem Verein bei.

Die nächste Versammlung findet am 3. Oktober bei Grube in Friedenau statt.

Eingegangene Druckschriften.

Hygiene des Geschlechtslebens. Von Doktr Prof. Dr. Max Geubler, Direktor des hygienischen Instituts der Universität München. Preis 1,20 M. Elegant gebunden 1,50 M. — Bedeutung und Gefahru der Geschlechtskrankheiten. Von Univ.-Dozent Dr. E. Riede in Leipzig. Preis 20 Pf. Ernst Heinrich Morik, Verlagshandlung, Stuttgart.

Veritas. Die Schlüt sich der Rationalist vor Verlusten an der Seele? (Berlin, Deutsche Verlagsanstalt Patria.) Glaubensbekenntnis eines modernen Theologen. (Th. Schöler, Jülich.)

Oesterreich vor dem Zusammenbruch. (Th. Schöler-Jülich.) G. Marti. The weather forces of the planetary atmosphere res. (Blau, E. Weber.)

Adreßbuch

für

Berlin und seine Vororte.

1906.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1906 sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bezw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungs-Vorstände zugegangen. Die letzteren werden hiernit gebeten, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Da die

Abholung der Hauslisten Dienstag, den 3. Oktober,

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungs-Vorstände in Berlin, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Herren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für die schleunigste Eintragung der erforderlichen Angaben Sorge zu tragen oder mir diese unverzüglich direkt zugehen zu lassen.

Im Hinblick darauf, daß die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse an einem vollkommenen und zuverlässigen Adreßbuche haben, darf ich wohl erwarten, daß alle Einwohner durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevoll und kostspielige Zusammenstellung des Adreßbuchs unterstützen werden.

Berlin, den 28. September 1905, SW. 12, Zimmerstraße 37-41.

August Scherl.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Urania Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater N. (Friedr. Hofstr. 19.) Freitag, abends 8 Uhr: Nora.

Theater Folies Caprice Budapest Posen-Theater 152 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichten Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unserer geliebten Tochter, Schwiegermutter und Großmutter, des k. u. k. Majors August Kurzmann.

Theater. Freitag, 29. September. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyrenhaus. Frau Diabolo. Schauspielhaus. Götter von Berlin.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62. **D. GASTAN'S ANOPTICUM.** Friedrichstr. 165.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Nora. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Der G'wissenswurm. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Nach dem Zapfenstreich. Militär-Humoreske von Satyr. Vorher: **Soll und Haben** und der ausgezeichnete **Spezialitätenteil.**

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein Mitglied des Bundes „Solidarität“.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Traum ein Leben. **Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater.)** Nora.

Neu! Théâtre lumière! Pariser Schattenspielszenen m. Musik u. Gesangbegleitung. Kinematograph-Theater: Wanderung durch Pompeji.

Colosseum Dresdenerstraße 97. **Morgen, Sonnabend, 8 Uhr** **Premiere** des einzig dastehenden, nur humoristischen Programms.

WINTERGARTEN Eröffnungs-Programm. **Loie Fuller** die berühmte Phantasie tänzerin.

Touren am Sonntag, 1. Oktbr.: 1. Abt. früh 8 Uhr nach Strausberg.

Walden a. D. x Miss Clifford a. D. Bender x Glampietro. **Josephi x Massary x Frid-Frid** Steidl x Lilly Walter.

Walden a. D. x Miss Clifford a. D. Bender x Glampietro. **Josephi x Massary x Frid-Frid** Steidl x Lilly Walter.

Zirkus Albert Schumann Heute abend präz. 7 1/2 Uhr: Das gr. internationale Programm.

Zirkus Busch. Komischer Galaabend. **Zum 9. Male: Mexiko.**

Orts-Frankenkasse für das Töpfergewerbe zu Berlin. Hierdurch laden wir die Mitglieder unserer Kasse...

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. **Ein Sommernachtsraum.** Morgen u. folgende Tage: **Ein Sommernachtsraum.**

Metropol-Theater Präzise 8 Uhr zum 21. Male: **!Auf - in's Metropol!**

Damen-Ringkampf in d. Luft ausgeführt von 12 Engländerinnen u. Amerikanerinnen.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Zum 159. Male: **Die Meyerhains.**

Reichshallen. Täglich: **Stettiner Sänger.**

General-Versammlung der Berliner Range. Die Versammlung findet im Saal II des Hotel...

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: **Hidalla.**

Belle-Alliance Theater. **Variété!** Das Eröffnungs-Programm ist die Sensation Berlins.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr: **Die Höhle des Löwen.**

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. **Der Weltumsegler wider Willen.**

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater **Frankfurter-Allee 85.**

Der Vorstand. Hugo John, Vors. Max Kuhn, Schriftf.

Berliner Theater. Eröffnungs-Vorstellung **Andalosa.**

Walden a. D. x Miss Clifford a. D. Bender x Glampietro. **Josephi x Massary x Frid-Frid** Steidl x Lilly Walter.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. **Der Weltumsegler wider Willen.**

Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee Nr. 118. **Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:** Konzert, Theater, Spezialitäten.

Neues Programm. Kolossaler Erfolg von **Eine Berliner Range.**

Wir empfehlen unseren Lesern folgende 235/13

Kasino-Theater Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr: **Der Adelsnarr.**

The belle Astoria. Liane Leischner. **Edi Blum.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. **Zum 10. Male: Empennmüllers Lieschen.**

Passage-Theater. Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3. u. Hochent. 5 Uhr.

Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. **Skelet-Mensch** der einzig existierende, ohne Konturen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.

Intime Briefe Ferd. Lassalle an Eltern und Schwester Herausgegeben von Ed. Bernheim. Preis 3 P.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Der Mann im Monde.**

Leo Billward. Renards russische Hunde-Mente. **The 3 Onkeys.**

Palast-Theater Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Poldi Augustin die feste Soubrette. **Herr Tacianu** Damen-Imitator.

Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. **Skelet-Mensch** der einzig existierende, ohne Konturen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.

Das Glend des Strafvolzugs Von Dr. Georg Gradnauer. Preis 50 P.

Apollo-Theater. Täglich: **10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Tengel-Tangel**

Rose und Jehan. Sol-Do. Ital. Opern-Parodisten. **Fidello-Quartett.**

Palast-Theater Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

H. Zimmermann Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206. **Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung.**

Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. **Skelet-Mensch** der einzig existierende, ohne Konturen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.

Generalstreik und Sozialdemokratie. Von Roland-Hoff. Mit einem Vorwort von Karl Kautsk. Preis 1,20 M.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: **Madame Torera** (Madame L'ordonnance).

Walhalla Theater Weinbergsweg 10/20. Direktion: Richard Schultz. **Sonntag, den 1. Oktober ex.: Eröffnungs-Vorstellung: Eine tolle Nacht.**

Palast-Theater Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

H. Zimmermann Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206. **Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung.**

Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. **Skelet-Mensch** der einzig existierende, ohne Konturen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.

Generalstreik und Sozialdemokratie. Von Roland-Hoff. Mit einem Vorwort von Karl Kautsk. Preis 1,20 M.

Lustspielhaus. Abends 8 1/2 Uhr: **Der Familientag.**

Walhalla Theater Weinbergsweg 10/20. Direktion: Richard Schultz. **Sonntag, den 1. Oktober ex.: Eröffnungs-Vorstellung: Eine tolle Nacht.**

Palast-Theater Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

H. Zimmermann Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206. **Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung.**

Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. **Skelet-Mensch** der einzig existierende, ohne Konturen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.

Generalstreik und Sozialdemokratie. Von Roland-Hoff. Mit einem Vorwort von Karl Kautsk. Preis 1,20 M.

Deutsch-Amerikan. Theater. Heute zum Gastspiel **Ad. Philipp** **28. ABER!**

Walhalla Theater Weinbergsweg 10/20. Direktion: Richard Schultz. **Sonntag, den 1. Oktober ex.: Eröffnungs-Vorstellung: Eine tolle Nacht.**

Palast-Theater Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

H. Zimmermann Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206. **Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung.**

Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. **Skelet-Mensch** der einzig existierende, ohne Konturen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.

Generalstreik und Sozialdemokratie. Von Roland-Hoff. Mit einem Vorwort von Karl Kautsk. Preis 1,20 M.

Der Familientag. Heute zum Gastspiel **Ad. Philipp** **28. ABER!**

Walhalla Theater Weinbergsweg 10/20. Direktion: Richard Schultz. **Sonntag, den 1. Oktober ex.: Eröffnungs-Vorstellung: Eine tolle Nacht.**

Palast-Theater Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

H. Zimmermann Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206. **Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung.**

Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. **Skelet-Mensch** der einzig existierende, ohne Konturen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.

Generalstreik und Sozialdemokratie. Von Roland-Hoff. Mit einem Vorwort von Karl Kautsk. Preis 1,20 M.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung, die im November vorzunehmen sind, werfen ihre Schatten voraus. Sie werfen sie gestern hinein in die Stadtverordneten-Sitzung, deren Tagesordnung drei auf die Gemeindevorstände bezügliche Verhandlungsgegenstände aufwies.

Von den Einsprüchen gegen die Gemeindevorstandswählerliste hat der Wahlprüfungs-Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung eine sehr große Zahl als berechtigt anerkennen müssen, eine viel größere, als der Magistrat in seiner Bescheidenheit vorgeschlagen hatte. Die Versammlung stimmte gestern allen Beschwerden des Ausschusses zu; an der Wahlentziehung der Schlafburden, der durch Krankenhauspflanze Unterführten u. ließ sich ja nach der gegenwärtigen Rechtslage nichts ändern. Gestritten wurde nur um einen Wahlrechtsverlust, der durch Ueberfiedelung in das Gefängnis Regel herbeigeführt worden war. Es handelt sich zufällig um einen Redakteur des „Vorwärts“, unseren Genossen Kaliski. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, Kaliski in die Wählerliste aufzunehmen. Genosse Stadthagen führte aus, daß Kaliski durch jene „unfreiwillige Erholungsreise“ des Jahres 1904 nicht seinen Wohnsitz in Berlin ausgegeben habe. Das habe auch die Steuerbehörde anerkannt, indem sie ihm für die fragliche Zeit Steuern abgefordert habe. Die freisinnige Mehrheit der Versammlung ließ sich dadurch nicht hindern, den Antrag abzulehnen.

Au die vom Magistrat vorgelegte Aufstellung über die Wahlbezirke und ihre Wählerzahl knüpfte Genosse Stadthagen kritische Betrachtungen über die Ungleichheit des Gemeindevorstands. Er kam schließlich zu dem sehr beachtenswerten Vorschlag, daß man die dritte Wahlbezirksteilung, die jetzt auf 48 Bezirke verteilt ist, künftig auf 16 Bezirke verteilen solle, wie das mit der zweiten und der ersten Abteilung von vornherein geschehen ist. Es würde dann in der dritten Abteilung ebenso, wie jetzt in der zweiten und der ersten, jedesmal die gesamte Wählerschaft an der Wahl teilnehmen und zwar alle zwei Jahre. Jeder Bezirk wäre durch drei Stadtverordnete vertreten, und alle zwei Jahre wäre einer davon zu wählen. Vorgmann sprach die Ueberzeugung aus, daß dann die Teilnahme am kommunalen Leben auch in der dritten Abteilung viel lebendiger sein werde. Das dürfte auch die Ueberzeugung der Freisinnigen sein, aber eben deshalb werden sie sich für diesen Gedanken kaum sehr begeistern. Keuchern wollte sich gestern niemand von ihnen. Der Antrag unserer Genossen muß zunächst in einen Ausschuss wandern, der vermutlich herausstüpfen wird, daß die Sache „unausführbar“ ist.

Es folgte dann die Beratung des von der „Alten Linken“ eingebrachten Antrages, der auf Verhütung des Wahlrechtsverlustes durch Krankenhauspflanze abzielt. Auch dieser Punkt der Tagesordnung erinnerte uns an die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Wäre der Antrag von sozialdemokratischer Seite eingebracht worden, so hätten die Redner des Freisinnigen wahrscheinlich gespöttelt, er sei darauf berechnet, für die Wahlen zu agitieren. Bei freisinnigen Stadtverordneten darf natürlich eine gleiche Absicht nicht vorausgesetzt werden, nicht wahr? Unsere Parteigenossen bereiteten übrigens den Freisinnigen die Ueberzeugung, ihren Antrag nicht zu unterstützen. Herr Kaempf, der ihn begründete, will dem gegenwärtigen, mit den Rechtsanschauungen des Volkes nicht mehr in Einklang stehenden Zustand „ein Ende machen“. Genosse Stadthagen erwiderte ihm, daß von der „Gesetzgebung“, auf die der Antrag verweist, herzlich wenig zu erwarten ist. Abhilfe könne nur die Selbstverwaltung der Gemeinden schaffen. Die Wahlentziehung durch Krankenhauspflanze könne nur beseitigt werden, wenn die Stadt jedem, der in Berlin den Unterstufungswohnort hat, in Recht auf unentgeltliche Behandlung im Krankenhaus zuerkenne.

Gegenüber dem Antrag, den hierzu die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hatte, versicherten die Redner des Freisinnigen, daß ihr eigener Vorschlag doch nicht so ganz hoffnungslos sei. Genosse Singer stellte ihnen in Aussicht, daß sie Dutzende von Jahre hindurch warten würden, und so lange werde die alte Ungerechtigkeit fortbestehen. Seine Anregung, die Beschlußfassung über den freisinnigen Antrag zu vertagen, bis ein Ausschuss den Antrag unserer Genossen geprüft habe, fand keinen Beifall. Der Freisinnsantrag wurde angenommen, aber daneben mußte auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zunächst mindestens einem Ausschuss überwiesen werden. Genosse Singer hatte spottend vorgeschlagen, die Stadt möchte zur silbernen Hochzeit des Kaisers ihren Widmungsbefehl dadurch befähigen, daß sie einen großen Fonds zur Eröffnung mientellischer Krankenhausbildung stiftet. Vielleicht überlegt sich das der Ausschuss?

Oktoberumzug.

„Wenn's doch erst überstanden sein möchte“, so seufzt jener brave Hausvater, der in den letzten Wochen seine thige Stunde in seinem Hause hatte.

„Wenn's nur nicht regnet und die Betten nicht naß werden“, denkt besorgt die Hausfrau, die sich zu Seufzern gar eine Zeit läßt, weil sie die Hauptlast der Umzugsplage auf ihre Schultern nehmen muß. Sie packt nicht nur ein, sie gewahrt, prüft und poliert an den alten Sachen herum von früh bis spät. Man konnte es nicht länger aushalten in der alten Wohnung voller Mängel, man hofft, sich ganz gewiß in der neuen Wohnung ein wenig zu verbessern. Und mit denselben Hoffnungen ziehen andere Leute in die verlassene alte Wohnung hinein!

Schon seit zwei Wochen ist der Oktoberumzug im Gange. rohe, wohlgeschützte Möbelwagen ziehen durch die Straßen, neben hochbeladene, klapperige Fuhrwerke ohne Verdeck; man sieht auch Hundewagen mit allerlei Hausgerät, nachgeschoben von einem hilfsbereiten Nachbar. Wer es irgendwie vermag, zieht schon vor dem Ersten um, weil der Transport sich dann etwas billiger stellt. Ein guter Möbelwagen ist teuer. Das Mobiliar von zwei Männern und Räder zu transportieren, kostet mindestens 30 M., Trinkgelder extra. Diese sogenannten Trinkgelder spielen eine große Rolle bei jedem Umzug, sie

bedeuten zum großen Teil die Entlohnung für die Lastträger, die wenigstens 1,50 M. pro Mann erwarten und auch fordern. Diese Forderung erheben sie freilich an unrechter Stelle. Für die schwere Arbeit ist 1,50 M. als Lohn sehr wenig, als Trinkgeld sehr viel, wenn der Umziehende mit vier bis sechs Lastträgern rechnen muß und dem Transportunternehmer schon einen hohen Preis bezahlt hat. — Seiten geht ein Umzug so voran, daß nichts zerbrochen oder beschädigt wird, daher es auch im Volksmunde heißt, daß dreimal umziehen einmal abbrennen gleichkommt. — Immer mehr Berliner ziehen nach den Vororten hinaus. Dort mehr sich die Zahl der Neubauten stetig; viele neuen Straßenzüge werden angelegt und ausgebaut. Durch das Jahrgeld wird aber die Miete bedeutend erhöht, und die Miete ist durchaus nicht billig in den Vororten. Die Sorge um eine gute Wohnung für sich und seine Familie hat schon manchem Arbeiter viel Kopfschmerzen gemacht und er probiert es gelegentlich immer wieder mit dem Umzug als Mittel dagegen, ein trügerisches Mittel freilich nur.

Das 60 Millionenprojekt der Straßenbahn

wird in der Presse lebhaft besprochen und findet, was immerhin beachtenswert ist, in verschiedenen Mätern warme Befürwortung. Besonders verdient bemerkt zu werden, daß die offiziell imbierte Schweinburgische Korrespondenz dem Plan freudlich gesinnt ist. In einer Betrachtung meint sie:

Der Größe des Planes entspricht auch der Nachdruck, mit dem er betrieben wird. Sein Fortgang hängt nunmehr, abgesehen von der Prüfung durch die Staatsanwaltschaftsbehörde, hauptsächlich von der Erledigung der Zustimmungfrage ab. Für deren sachgemäße Erledigung können aber weder Stimmungen oder Bestimmungen, noch kleinliche Rücksichten festlicher oder sonst plasmatischer Natur den Ausschlag geben; für sie kann allein der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß endlich die Verkehrsbedürfnisse befriedigt werden und zwar in dem Sinne einheitlicher Gestaltung des Verkehrs von Groß-Berlin, auf die der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt mit Recht so großes Gewicht legt. Welchen Verlauf auch die Angelegenheit weiter nehmen mag, so viel ist sicher, daß durch die feistige Initiative der Großen Straßenbahn betreffs endlicher Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse der Reichshauptstadt der Stein ins Rollen gebracht und der Vorstoß gegeben ist, der auf die eine oder andere Weise zum Ziele führen muß.

Begeißert ist der „Berliner Börsen-Courier“:

Wenn die Stadtverwaltung auch einem solchen Anerbieten gegenüber aus kleinlichen Vorurteilen sich ablehnend verhielte, so wäre dies eine Kurzsichtigkeit, die man unseren städtischen Behörden nicht zutruhen darf. Außerdem hätten sie zu erwägen, daß der Gesellschaft die Genehmigung nach den Bestimmungen des Kleinbahngesetzes auf dem Wege des Ergänzungsverfahrens von der Regierung erteilt werden könnte. Eine solche Zustimmung würde mit Sicherheit zu erwarten sein, da die Regierung die Regelung der Berliner Verkehrsverhältnisse als eine dringliche und unaufschiebbare Aufgabe ansieht. Unter diesen Umständen wird man annehmen dürfen, daß die weitestgehenden Projekte der Großen Berliner Straßenbahn die Zustimmung aller beteiligten Organe finden werden. Daß sich damit für die Aktionäre glänzende Perspektiven eröffnen, bedarf keiner langen Auseinandersetzung.

Und die Perspektiven der Aktionäre sind natürlich das Wesentlichste!

Die „Freis. Ztg.“ ist zurückhaltend:

Im wesentlichen handelt es sich bei diesem Projekt nur um den Sturmlauf zweier Gesellschaften und zwar der Hoch- und Untergrundbahngesellschaft und der Großen Berliner Straßenbahn, einander bei der Erlangung einer Untergrundbahnkonzession den Rang abzulaufen. Wenn es nun auch dem Publikum an und für sich gleich sein kann, welcher von den beiden Gesellschaften die Einnahmen aus dieser neuen Bahn in die Taschen fließen, so hat sich doch wegen der wenig kulantem Behandlung des Publikums bei der Berliner Bevölkerung ein Schwergewicht zugunsten der „Großen Berliner“ in der Schale des Mikrometers gehäuft.

Die „Volls.-Ztg.“ nimmt die Gelegenheit wahr, den städtischen Behörden ob des Schneidenganges in Verkehrsfragen die Wahrheit zu sagen:

Durch die Langsamkeit und Energielosigkeit, durch den Mangel an einem großen Zuge in der städtischen Verkehrspolitik hat sich die „Große“ förmlich in den Gedanken hineinschieben lassen, daß sie trotz ihrer Unpopularität in Berlin immer noch die Verufenste sei, die Verkehrsansprüche der Berliner Bevölkerung zu befriedigen. Nur weil die Stadtverwaltung Berlin selbst als verkehrsregulierender und verkehrsregulierender Faktor bisher so gut wie ganz versagt hat, nur darum konnte auch bei den Aufsichtsböörden die große Liebe zu der „Großen“ entstehen, während es an Vertrauen und Zuneigung zu der Initiative der städtischen Behörden annehmend gänzlich gebricht. Es ist zweckmäßig, auf dieses „psychologische Moment“ aufmerksam zu machen, da es den Schlüssel bietet für manches, was auf dem verkehrspolitischen Gebiete in Berlin passiert und — nicht passiert, also unterbleibt.

Kehulich äußert sich das „Berl. Tgbl.“:

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß im Ministerium des Innern ein sehr beschleunigtes Tempo in puncto Verkehr dringend gewünscht wird. Die Verwaltung der Stadt Berlin darf sich daher heute darüber nicht mehr beschweren, wenn sie übergegangen wird; der Zustand ist zwar zu beklagen, aber nicht zu ändern, solange nicht ein früherer Gang in unserer städtischen Verkehrspolitik weht. Mit den fünf städtischen Straßenbahnlösungen ist es wirklich nicht getan. Potsdamerplatz, Potsdamerplatz, Leipzigerstraße und Spittelmarkt müssen vom Verkehr entlastet werden; diese Vinsen-wahrheit steht fest. Wer diese Entlastung herbeiführt, kann der Bevölkerung an sich gleich sein; traurig aber bleibt es trotzdem, daß das Prinzip der Selbstverwaltung, das immer mit einem so tiefen Bewußtsein der Ueberzeugung im Notwendigen proklamiert wird, durch die von der Bürgerschaft Gewählten immer von neuem infolge der vollkommen unzulänglichen Verkehrs-politik erschüttert wird.

Beachtenswert ist, was die „Voll. Ztg.“ über die Anschauungen im Rathaus zu melden weiß; nicht minder interessant sind ihre Bemerkungen über die Haltung der Staatsbehörden den von der Stadt eingereichten Projekten gegenüber:

Man vermutete schon lange in städtischen Kreisen, namentlich soweit sie sich mit Verkehrsangelegenheiten befassen, daß die Straßenbahngesellschaft etwas Besonderes plane. Das Steigen ihrer Aktien trotz des gegen die Stadt verlorenen Prozesses, trotz des immer näheren Herankommens des Ablaufs der städtischen Konzession erregte einiges Verwundern. Man glaubt nun in dem jetzt veröffentlichten Plan die Ursache für diese befremdende Erscheinung gefunden zu haben. Aber man ist in städtischen Kreisen, wenigstens auf Grund der bisherigen Mitteilungen, nicht geneigt zu glauben, daß die Durchführung dieses großzügigen Unternehmens wirklich ernst gemeint sei. Vielmehr Grund zu der Annahme zu haben, daß man damit nur eine Verzögerung der Ausführung der geplanten städtischen Straßenbahnen und der Fortführung der Hoch- und Untergrundbahn in das Innere der Stadt als Untergrundbahn herbeiführen will. Zu dieser Annahme glaubt man sich in jenen Kreisen umso eher berechtigt, als die Stadt bereits selbst einen ähnlichen Plan für eine Untergrundbahn im Zuge der Leipzigerstraße gehabt hat. Über bei allen Verhandlungen, die die Vertreter der

Stadt im Polizeipräsidium pflogen, wurde von Seiten des Polizeipräsidiums betont, daß eine Unternehmung der Leipzigerstraße als einer Hauptverkehrsader des gesamten wirtschaftlichen Lebens Berlins eine Unmöglichkeit wäre. Das würde das völlige Anschließen der Leipzigerstraße an dem Berliner Verkehrsleben auf zwei bis drei Jahre bedeuten. Auch gegen einen Antrag der Stadt, die Potsdamerstraße zu unternehmen, wurden die gleichen Einwände vorgebracht. Die betreffenden Entwürfe der Stadt wurden abgelehnt. In städtischen Kreisen verheißt man sich auch nicht, daß diese Ablehnung sachlich vollkommen berechtigt war, da die wirtschaftlichen Schädigungen, namentlich der Geschäftshäuser in der Leipzigerstraße, während der mehrjährigen Bauzeit ganz ungeheuer groß sein würden.

Die „V. Z.“ am Mittag“ weiß zu melden, daß der Kaiser von dem Unternehmungsplan vollständig unterrichtet ist. Geheimrat Rathenau von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und Vizeminister Holmann, der bekanntlich Vorsitzender des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft ist, haben dem Kaiser davon in Kenntnis gesetzt, und dieser soll „ganz entzückt“ davon sein.

Diese Mitteilung behält sich merkwürdig zu der hier erwähnten Stellungnahme, die die städtischen Behörden den früheren Unternehmungsprojekten gegenüber eingenommen haben. Auch wird sich, falls überhaupt etwas Wahres an der Meldung sein sollte, das Entzücken wohl nicht auf die 90jährige Vertragsverlängerung erstrecken können. Nach der bürgerlichen Presse zu urteilen, muß also in kommunalen Kreisen es nicht ganz an Reizung fehlen, mit der Straßenbahn auch wegen dieses Planes in Unterhandlung zu treten und die Möglichkeit eines Vertrages zu erwägen, der nach dem Willen der Großen bis zum Jahre 2035 Geltung haben soll.

Wer eine Politik der Bosheit treiben will, mag sich sagen, daß der Straßenbahn-Direktion am Ende aus dem Grunde schon die Konzession bis zu diesem entfernten Zeitpunkt zu bewilligen sei, weil ja doch kein vernünftiger Mensch annehmen kann, daß der Bestand der heutigen Ordnung der Dinge bis dahin anhält. Man denke sich eines der wirtschaftlichen Monopole aus der Alten Zeiten-Zeit noch heute zu Recht bestehend! Und die Leute, die den Bestand der göttlich genannten kapitalistischen Weltordnung noch für einigermassen sicher halten, werden nicht so vermessend sein, ihr noch fast anderthalbhundertjährige Dauer zuzuerkennen. Um übrigens ein weit näher liegendes Beispiel heranzuziehen, erinnern wir nur daran, wie die nötigen Jahre alte Konzession an die Englische Gas-Gesellschaft, die übrigens der preussische Staat und nicht die Stadt verschuldet hat, der Gemeinde Berlin wie ein Pfahl im Fleische sitzt. Alles in allem dürfen wir wohl wiederholen, was wir gestern bereits sagten, daß nämlich eine gewissenlosigkeit ohne-gleichnis dazu gehört, auf fünf Generationen hinaus die Einwohnerzahl Groß-Berlins an eine Privatgesellschaft zu binden, und solche gewissenlosigkeit trauen wir selbst der Mehrheit des Berliner Kommunalparlamentes nicht zu.

Demers! muß noch werden, daß die Straßenbahn-Direktion bereits mit Fuderbrod und Fettsche zu wirtschaften anfängt. Sie läßt verlinken:

Was die Zustimmungserklärung der Stadtgemeinde anbetrifft, so scheint man nicht daran gedacht zu haben, daß (nach § 7 des Kleinbahngesetzes) die Zustimmung der wegemunterhaltungs-pflichtigen Gemeinde durch den Oberpräsidenten ergänzt werden kann und daß der (in der Besondereinstellung vom Minister der öffentlichen Arbeiten bestellte) Ergänzungsbefehl den Reichs- weg ausschließt. Die in Frage kommenden Instanzen haben aber seit Jahren auf Befestigung der Verkehrsamtlichkeit in der Leipziger- und Potsdamerstraße hingewirkt und wiederholt deutlich zum Ausdruck gebracht, daß eine rationelle Abhilfe nur von Unterplasterbahnen zu erwarten sei. Es sprechen aber, ganz abgesehen hiervon, auch andere Gründe dafür, daß die Stadt-gemeinde sich mit dem Antrage der Straßenbahn schließlich doch noch befremden wird.

Es ist Sache der kommunalen Körperschaften, zu zeigen, daß auch dieser Wink mit dem Jauchpfeil eindrucklos bleibt. Wenn die Sozialdemokratie nicht ohnedies Ueberflut an Agitationsmaterial zu den Stadtverordnetenwahlen hätte, so würde eine Keuchung im Rathaus zugunsten des Projekts der Großen ihr im Fluge auch noch die Sympathien derer in der Masse der Bevölkerung sichern, die jetzt noch zum Freisinn halten.

Unter dem Zeichen der Petitionen wegen Gehalts- und Lohn-erhöhung stand die Kuratoriumsitzung des Vieh- und Schlachthofes, welche am 27. September stattfand. Blatt abgelehnt wurden die Gründe des Viehmarkts-Inspektors, der Oberaufseher, Bodenmeister, Aufseher, des Wagenmeisters und Vorstehers der Fischerwerkstatt und zwar meist mit Rücksicht auf die erst erfolgten Lohnerhöhungen. Dagegen wurde auch dieses Jahr wieder beschlossen, das Gehalt von 1900 bis 1700 M. auf 1500 bis 1000 M. zu erhöhen, also das Anfangs- und Höchstgehalt um 200 M. zu verbessern, in der Hoffnung, daß dies Jahr endlich die Förner des Vieh- und Schlachthofes den Förnern der Markthallen gleichgestellt werden.

Auch wurde vom Kuratorium beschlossen, nachträglich dieselbe Erhöhung für die Stempeler zu beantragen, für die in voriger Sitzung bis 1800 M. gefordert wurden. Das Gehalt der Fleischbeschauer um „Sicherung ihres Einkommens“, das heißt Anstellung gegen festes Gehalt, wurde mit allen Stimmen gegen die unferes Genossen abgelehnt. Als Gegenargumente wurden natürlich wieder die fadenfingigen Dinge und rüchelnichtigen Ansichten geäußert. „Den Beschauern läge gar nichts an dem festen Gehalt, sie wollen dadurch nur Beamte werden“. Das war der Trumpf, obwohl der Vorsitzende und der juristische Beirat zugegeben mußten, daß das feste Gehalt dies nicht herbeiführen würde, war die Parat vor den Rassen, welche der Stadt durch 600 neue Beamte erwachsen würden, doch ausfallgebend. Der Rückgang des Verdienstes der Fleischbeschauer um 200 M., welcher wohl besonders auf Konto der Teuerung zu setzen ist, wurde mit dem Hinweis auf die angeblichen Lebensbeschaffungen der Fleischbeschauer belächelt. Ganz besonders interessant war aber die Mitteilung eines bürgerlichen Stadtverordneten, daß die Triebfeder der ganzen Bewegung der Fleischbeschauer wegen festen Gehalts die „Frauen“ dortselbst sein sollen; diese wollten gern Beamtinnen werden. Noch ärgerlicher war der Einwand von gleicher Seite gegen das feste Gehalt, daß sich dann die Fleischbeschauer bei jeder Kleinigkeit, Kopfschmerzen uim. krank machen würden; dem Ganzen setzte aber die Akone auf die aus gleichem Grunde kommende Erklärung, „daß man gar keine Ursache habe, die meist durch Protektionswirtschaft hineingekommenen Fleischbeschauer noch besser zu stellen“. Der einzige Sozialdemokrat im Kuratorium vertrat nicht, die sonst immer bestrittene Tatsache gebührend festzuhalten und zu verlangen, alles zu tun, daß solche „Protektions-wirtschaft“ zu beseitigen Pflicht des Kuratoriums sei, daß diejenen aber kein Recht zustehe, die Sünden der Protektoren an den Fleischbeschauern zu strafen. Worauf natürlich eifrigt versichert wurde, „daß jetzt so etwas nicht mehr vorkommen könne“.

Ein Besuch der Stempeler (ehemalige Feuerwehrlente) wurde bis nächste Sitzung zurückgestellt, ebenso das Gehalt eines entlassenen Mauters um WiederEinstellung.

Zum Schluß wurde noch eine Subkommission gewählt, welche die Vorarbeiten machen soll zur Errichtung eines städtischen Pferde-Schlachthofes mit Schlachtzwang.

Anspruchspostarten. Wie jetzt bekannt wird, werden fortan An-spruchspostarten mit brieflichen Mitteilungen auf der Vorderseite

Im Verkehr zwischen dem ganzen europäischen Kontinent zugelassen. Wie wir mitgeteilt haben, hatte das Reichspostamt mit sämtlichen europäischen Postverwaltungen Verhandlungen angeknüpft, um die Verhältnisse der Bestimmungen über die Zulassung von Mitteilungen auf der Vorderseite von Briefarten zu besichtigen. Am 1. September wurden denn auch diese Mitteilungen fast im ganzen europäischen Verkehr zugelassen. Abgesehen von Großbritannien, das sich gänzlich anschloß, konnte lediglich die niederländische Postverwaltung von allen europäischen dem Abkommen vorläufig nicht beitreten. Es geschah dies nur deshalb, weil eine derartige Vergünstigung dort auch im inneren Verkehr nicht bestanden hätte. Das Fehlende ist jetzt nachgeholt worden, so daß auch nunmehr im Verkehr mit den Niederlanden sofort Ansichtspostkarten mit brieflichen Mitteilungen auf der Vorderseite gegen die Postkartentage zugelassen sind. Eine entsprechende Verfügung ergreift sodann von Seiten des Reichspostamts an sämtliche Verkehrsämter.

Der Zentralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat beschlossen, beim Reichspostamt zwei Anträge zu stellen, welche für weitere Kreise von Interesse sein dürften. Zunächst besteht in bezug auf die Abholung von Postsendungen die Bestimmung, daß Einschreibsendungen, Briefe mit Wertangabe, Postanweisungen und Wertpakete eine zusammenhängende Gruppe bilden, so daß derjenige, welcher sich Postanweisungen abholen läßt, gezwungen ist, sich die anderen einschreibenden Sendungen gleichfalls abholen zu lassen; und zwar können Wertpakete lediglich vom Hauptpostamt in der Königsstraße abgeholt werden. Infolgedessen sind diejenigen Kaufleute, welche regelmäßig Wertpakete erhalten — wie dies besonders bei den Goldwarenhandlern der Fall ist — und welche sie infolge des weiten Weges und des mit ihrem Transport verbundenen Risikos nicht abholen wollen, gezwungen, die für sie eintreffenden Postanweisungen gleichfalls sich bringen zu lassen. Es ist ihnen daher nicht möglich, die Bestellgebühr hierfür, welche bei größeren Geschäften erhebliche Summen beträgt, zu sparen. Das Bedürfnis nach dieser Ersparnis besteht besonders in bezug auf die am Reichsbank-Girokonto zu übertragenden Postanweisungen, deren Abholung, da ja nur eine Verrechnung stattfindet, durch jeden untergeordneten Angestellten besorgt werden kann. Es soll daher seitens des Zentralausschusses beim kaiserlichen Reichspostamt beantragt werden, daß die Gruppe der Wertsendungen geteilt werde der Art, daß die Wertpakete einerseits und die Einschreibsendungen, Postanweisungen und Sendungen mit Wertangabe andererseits je eine Gruppe für sich bilden. Hiernach würde derjenige, welcher sich seine Postanweisungen usw. abholen läßt, berechtigt sein, sich die Wertpakete ins Haus senden zu lassen. — Es würde ferner beschlossen, beim kaiserl. Reichspostamt anzuregen, daß bei Ausgabe neuer Postpaketadressen-Formulare auf dem für die Mitteilungen des Absenders bestimmten Postabschnitt der Vermerk „Stückzahl“ auf der Vorderseite aufgedruckt werde. Es wird sich dann schnell die Gepflogenheit beim Abenden von Paketen einbürgern, die Anzahl der mit einer Paketadresse abgegangenen Pakete anzugeben. Da mit einer Paketadresse drei Pakete abgehandelt werden können, so fehlt es zurzeit für den Empfänger, welcher lediglich jenen Postabschnitt zurückbehält, an jeder Kontrolle einmal darüber, ob die angegebene Anzahl von Paketen auch tatsächlich abgeliefert worden ist, und andererseits darüber, ob die Bestellgebühr richtig in Anrechnung gebracht ist.

Berliner Adressbuch 1900. Die Hauslisten für den Jahrgang 1900 des Adressbuchs für Berlin und seine Vororte sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände zugegangen. Im Interesse der Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Eintragungen ist es dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen. Nur auf diese Weise wird die genaue Schreibweise des Namens verbürgt, und können die Wünsche der Eintragenden betr. Zusätze zur Berufs- oder Ständebestimmung, Angabe der Sprechstunde usw. korrekt und zuverlässig zur Kenntnis der Adressbuch-Redaktion gelangen. Die Abholung der Hauslisten beginnt bereits am Dienstag, 3. Oktober. Es ist daher erforderlich, daß die Ausfüllung der Listen sofort geschieht. Wir verweisen auf das betreffende Inserat in der heutigen Nummer.

Durch sechs Revolvergeschüsse hat sich gestern in der Nähe des Bahnhofs Grundwald der 41 Jahre alte Bauwächter Emil Wilow aus der Belgischerstr. 65 in Schöneberg getötet. Vorher soll Wilow vergeblich versucht haben, sich zu erhängen. Arbeitslosigkeit soll die Ursache des Selbstmordes gewesen sein.

Zeugen gesucht. Die Witwe Auguste Franz benutzte am 1. Juni (Himmelfahrtstag) den Vorortzug Johannisbad-Schlesischer Bahnhof. Als sie dort um 9 Uhr ankam, konnte sie das Abteil des Gedränges wegen nicht schnell genug verlassen. Sie kam zu Fall als der Zug schon wieder in Bewegung war und wurde schwer verletzt. In einer Entschädigungssache ist es von Wert, daß die Zeugen dieses Vorganges sich bei Witwe Auguste Franz, Landbergerstr. 13, Dürregeb. 4 Tr. (Blume) melden.

Ein Mörder. Seiner Braut den Hals abzuschneiden versuchte in der gestrigen Nacht der 29 Jahre alte Klempner Karl Trißler aus der Skalyerstr. 146. Er verletzte sie auf offener Straße mit einem Rasiermesser lebensgefährlich und ergriff dann die Flucht. Trißler lernte vor sechs Jahren die jetzt 24 Jahre alte Tochter Elisabeth des Tischlers N. aus der Forsterstraße auf einem Langfranzken kennen und hatte seitdem ein Liebesverhältnis mit ihr. Weil er aber schon seit drei Jahren mehr und mehr ein ausschweifendes Leben führte, so wollten seine Braut und deren Eltern, bei denen sie wohnt, von einer Verbindung mit ihm nichts mehr wissen. Trißler aber glaubte das Mädchen verschmähete jetzt ihn, weil es einem anderen zugehe, und wurde mörderisch eifersüchtig. Schon vierzehn Tage lang lauerte er jeden Abend seiner Geliebten vor dem Hause, in dem sie wohnt, auf. Vorgestern schrieb er ihr einen liebevollen Brief und bat sie, abends um 10 Uhr zu einer letzten Aussprache zu ihm auf die Straße herunter zu kommen. Der Ton des Briefes bewog sie, ihm mit Wissen der Eltern dieses letzte Stellbischen zu bewilligen, weil sie glaubte, daß es zu einer gütlichen Auseinandersetzung kommen werde. Bis kurz vor Mitternacht gingen beide auf der Straße der Nachbarschaft auf und ab. Dann vor dem Hause in der Forsterstraße wieder angelangt, forderte Trißler eine bestimmte endgültige Erklärung. Das Mädchen blieb dabei, daß es die Beziehungen zu ihm als gelöst betrachte und sie nicht wieder anküpfen wolle. Nun zog Trißler plötzlich ein Rasiermesser aus der Tasche und stürzte sich auf die Auhungelose. Bei dem Versuch, es ihm zu entwenden, verletzte sie sich an den Händen, aber nicht gefährlich. In der Todesangst rief sie den Gastwirt Freund, der im Erdgeschoss des Hauses sein Geschäft hat, und ihre Mutter um Hilfe. Aber während Freund und ihr Bruder, der auf ihr Gelächel ans Fenster der Vorderwohnung gestürzt kam, ihr zu Hilfe eilten, gelang es Trißler, ihr einen tiefen Schnitt in den Hals beizubringen, so daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Dann ergriff er, von dem Gastwirt und seinen Gästen verfolgt, die Flucht, warf das blutbesudelte Messer auf den Straßenrand und lief nach dem Landwehrkanal zu. Schützmannen, die jetzt dazu kamen, brachten die Schwerverwundete nach der Samtdiawoche am Götter Bahnhof und von dort nach dem Kranenhaus am Urban. Hier wurde sie sofort operiert. Gestern mittag lebte sie noch, die Verwundung ist aber lebensgefährlich. Trißler entkam seinen Verfolgern und ist noch nicht ergriffen. Er trägt einen geladenen Revolver bei sich und es wird vermutet, daß er sich das Leben nehmen werde oder bereits genommen habe.

Ihren Verletzungen erliegen sind zwei Vermisste, der 14 1/2 Jahre alte Kaufmann Emil Wendell aus der Wolgasterstr. 2, der Sohn eines Maurers, und der 2 1/2 Jahre alte Sohn Richard des Schenkmanns Schulze aus der Siemenstr. 4. Wendell wurde auf dem Spittelmarkt von einem Leichenwaggen überfahren und starb im Lazaruskrankenhaus an Unterleibsquetschungen, der kleine Schulze sich eine Wunde mit diesem Messer vom Rücken, so daß sich ihr Inhalt über seinen Körper ergoß, und verschied im Krankenhaus Noabit an den Folgen ausgebreiteter Verbrühungen.

Unter schwerem Verdacht ist der 25 Jahre alte Briefträger Wilhelm Feder aus der Westfälischen Straße zu Halensee in Untersuchungshaft genommen worden. Er wird beschuldigt, auf dem Postamt, auf dem er beschäftigt war, Briefe und andere Sendungen unterschlagen zu haben.

Unter Hinterlassung einer Schuldenlast von 30 000 M. ist der aus Ruffsch-Bolen stammende Kleiderhändler David Schert, der in der Chausseestr. 72 einen Laden inne hatte, aus Berlin verschwunden. Schert verstand es, obwohl er sein Geschäft ohne nennenswertes Kapital gegründet hatte, sich durch sein sicheres Ausstreuen und durch allerhand Vorsorgeeinrichtungen bei feinen und auswärtigen Großkonfektionären Kredit zu verschaffen. Den größten Teil der Waren soll der Durchbremer sofort nach ihrem Eintreffen veräußert haben.

Zur Warnung für fremde Mädchen. Verschleppt wurde gestern ein von anherhalb hier auf dem Steintiner Bahnhof angekommenes Mädchen von einem feinen gekleideten Manne in mittleren Jahren. Als das Mädchen sich nach dem Wege zur Lindenstraße erkundigte, gefellte sich der Mann hinzu und erklärte, ihm den Weg zeigen zu wollen. Das unerfahrene, fremde, junge Mädchen folgte dem Manne, der mit ihm in entgegengekehrter Richtung mit einem Straßenbahnwagen, der Beschreibung nach über Moabit nach Blöhenie, fuhr. Dort verließen beide den Wagen. Als der Mann mit dem Mädchen die Jungferheide betreten wollte, wurde das Mädchen ängstlich und fing an zu weinen, was Ruffsch erregte. Der Mann folgte deshalb mit ihm um. Das Mädchen, nichttraulich geworden, wandte sich dann an einen Schaffner der Straßenbahn, der ihm den richtigen Weg zeigte. Nach einer dreistündigen Verspätung kam dann das Mädchen ganz aufgelöst nach der Lindenstraße. Der Mann hatte es vorher vorgezogen zu verschwinden. Der Vorfall sollte allen jungen Mädchen zur Lehre dienen. Wenn nicht zufällig andere Personen das auffällige Weinen des jungen Mädchens bemerkt hätten, wären dem lauberen Patron wahrscheinlich seine Absichten nicht durchkreuzt worden.

Ein Cholerafall ist bei Hershawalde festgestellt worden. Wie aus Steinfurt am Finowkanal gemeldet wird, hat bei dem Ziegeleiarbeiter Feder die amtliche Untersuchung Cholera als Todesursache ergeben. Seine Frau und seine drei Söhne, die gleichfalls erkrankten, sind zu Beobachtungszwecken isoliert worden.

Strafencinsturz am Teltowkanal. Der wolkbruchartige Gewitterregen, der Mittwochabend niederging, hatte zur Folge, daß sich in der stark abhälligen Chausseestraße in Brigg große Wassermassen anstammelten, durch die der Straßenteil unmittelbar an der großen Teltowkanalbrücke, die im Mai d. J. dem Verkehr übergeben wurde, schnell unterwaschen wurde. Gegen 9 Uhr begann die Straße auf einer Strecke von circa 14 Meter allmählich wegzusinken. Kurz vor 9 Uhr füllte der ganze Straßenteil bis dicht an die Straßbahnschienen und plötzlich mit Donnergepolter in den hier jäh abfallenden Teltowkanal hinab, große Wassermengen aus beiden Seiten über die Ufer schleudern. Glücklicherweise war die Gefahr des Einsturzes rechtzeitig bemerkt worden, so daß Personen und Fuhrwerke von der gefährdeten, sehr besetzten Stelle ferngehalten wurden. Auch hielt zum Glück das große Wasserrohr, das in die Länge der Brücke verlegt ist, dem Einsturz stand. Von der Brücke wurden an der einen Seite zum großen Teil die Fundamente durch den Einsturz bloßgelegt, so daß sie aus dem tiefen Wasserspiegel des Kanals frei aufragten. Die sofort nach dem Einsturz alarmierte freiwillige Feuerwehr von Brigg arbeitete stundenlang im strömenden Regen, um die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für die Passage zu treffen. Aller Verkehr, besonders der Straßenbahnverkehr wird vor der Einsturzstelle, die ein ungeheures Loch im Straßentörper von circa 14 Meter im Durchmesser darstellt, inhibiert. Noch in der Nacht erschienen Arbeiterkolonnen der Firma Holzmann und der Charlottenburger Wasserwerke, die bis zum Morgen durcharbeiten. Gestern vormittag konnte erst der eine Strang der Straßenbahn wieder in Betrieb genommen werden. Der Teltowkanal muß an der Einsturzstelle wieder ausgebaggert werden.

Das schwere Gewitter, das Mittwochabend über Berlin niederging, hat auch in anderen Gegenden Deutschlands mannigfachen Schaden angerichtet. Wie aus Jena berichtet wird, schlug dort der Blitz in den weltbekannten Fuchsturm an dem Hausberg und entzündete ein dort befindliches Holz- und Kohlenlager. Im Laufe der Nacht ist der Turm vollständig ausgebrannt. In Lautenberg demolierte der Blitz ein neugebautes Haus. Mehrere Stück Vieh wurden getötet. Der Besitzer des Hauses verlor durch den Blitzschlag die Sprache.

Das Gerücht von einem Mord war gestern morgen in einem Teile der Stadt verbreitet. Es entstand dadurch, daß auf den Stufen der Emmaulstraße am Laußigerplatz ein Mann erschossen aufgefunden wurde. Weil man die Waffe nicht bei der Leiche fand, so dachte auch die Polizei zunächst an einen Mord. Dann glaubte man, es mit dem entflohenen Trißler zu tun zu haben. Beide Annahmen aber treffen nicht zu. Der Tote ist festgestellt als ein Arbeiter Hermann Günther aus der Waldemarstr. 32. Nach Lage der Sache, nach der Art der Wunde von einem kleinblättrigen Geschoss und nach der Lage der Leiche hat sich Günther selbst entleert. Der Revolver wurde dann später gestohlen, sonst nichts. Neben der Leiche stand eine Schnapsflasche.

Ein Schuß auf ein Schulfeld. Auf dem Schulfeld wurde gestern morgen um 7 Uhr die acht Jahre alte Tochter Käthe des Schneidemeisters Schmidt aus der Lottunstr. 2 angefahren. Sie besuchte die 65. Gemeindefschule in der Chorinerstr. 74. Hier versammelten sich die Kinder 5 Minuten vor dem Schulanfang auf dem Hofe und wurden dann geschlossen in die Klassen hineingeführt. Gestern morgen erhielt Käthe Schmidt mitten im geschlossenen Zuge einen Schuß in das rechte Ohr. Der Schuldiener brachte sie nach der Rettungswoche in der Kasanienallee und von dort zur elterlichen Wohnung. Die Verletzung erwies sich zum Glück als nicht gefährlich. Ihr Erheber wurde auf Anzeige des Rektors Schmidt von der Kriminalpolizei ermittelt als der 15jährige Arbeiterburche Waldemar Lemm, der Sohn eines Schneidemeisters aus der Kasanien-Allee 57. Der Junge hatte mit einem Leßling aus der im zweiten Stock des Hinterhofes gelegenen Wohnung auf den Schulfeld hinabgeschossen, um einmal zu hören — ob es auch tüchtig knalle. — Dann wird der Anschlag auf Eltern den Besitz von Schießprügeln in den Händen ihrer Kinder dulden, endlich aufhören!

Zu den Morden in Zeuthen und Gichwalde wird mitgeteilt, daß der geistesranke Arbeiter Stöpper, der sich jetzt in der Jrenenanstalt zu Senftenberg befindet, schwer belastet erscheint, die Frau Schurm ermordet zu haben. Es ist festgestellt, daß er sich an dem Tage des Mordes von Wildau, wo er dem Gendarmen Molzenhauer die Kehle abschneiden wollte, über Mierdorf nach Zeuthen begeben hat. Stöpper machte den Chinaseldzug mit und wurde dort wegen Totschlags zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. In der Strafanstalt wurde er geisteskrank, daher überwiegen man ihn einer Jrenenanstalt, aus der er später als gebessert entlassen wurde. Seitdem war er bald zu Hause in Wildau, bald lief er in der Umgegend umher. Nachdem er in einem neuen Anfälle den Gendarmen vergeblich in seiner Wohnung gesucht hatte, ging er, wie durch Zeugnisse festgestellt ist, von Wildau nach Mierdorf. Hier besuchte er einige Gastwirtschaften, dann verließ er Mierdorf zu derselben Zeit, als Frau Schurm mit einem Reisenden, der ermittelt ist, ebenfalls von dort wegzog. Der Reisende ging die Chaussee entlang, während Frau Schurm den Richtung durch den Wald einschlug. Eine halbe Stunde vor dem Auffinden der Leiche wurde Stöpper in Zeuthen gefasst. Am nächsten Tage fand man ihn dort — in Neu-Zeuthen — auf einem Gehöft in einem Versteck wieder. Er hatte Kopfbedeckung, Rock und Weste abgeworfen: sie wurden später mit Blut besetzt wiedergefunden. Stöpper machte vertoorene Angaben. Er wurde in Gewahrsam genommen und wird darin behalten, bis alle Verdachtsumstände nachgeprüft sind. Einscheiden wurde er in der Jrenenanstalt untergebracht. Durch die Nachforschungen in dieser Angelegenheit ist der Berliner Kriminalkommissar Mamotski auch wieder auf den Mord an der Schifferin Gradnid zurückgekommen, der am 22. März 1900 in Gichwalde verübt wurde. Der früher einmal verhaftet gewesene Schlägler Zeichmann hat sich durch sein auffälliges Gebaren wieder verdächtig gemacht, so daß er auch in der neuen Nordische als der Täterhaft verdächtig festgenommen wurde. Zeichmann ist ein verbummelter trunfchäftiger Mensch. Am Sonntag, den 10. d. M., am Tage nach der Ermordung der Frau Schurm, besuchte er die Kirche in Köpenick, sprach während des Gottesdienstes von dem Mord an der Frau Gradnid und behauptete sich derartig, daß man ihn aus der Kirche hinauswies. Dieser Auftritt veranlaßte die Polizei, ihn wieder festzunehmen, weil er möglicherweise auch mit der Ermordung der Frau Schurm zu tun hatte. Nach dem Mord an der Frau Gradnid wurde Zeichmann festgenommen; belastet erschien er, weil er an jenem Tage eine Kuh von Deutsch-Wusterhausen nach Schmödow getrieben haben sollte, also in der Gegend der Nordische gewesen sein mußte und die Beschreibung, die ein Dienstmädchen Günther von dem mutmaßlichen Mörder gab, auf ihn genau paßte. Zeichmann bestritt, an dem kritischen Tage in jener Gegend gewesen zu sein, und bot neue Alibiweise an, die aber alle nicht sicher nachzuprüfen waren. Nur das eine wurde festgestellt, daß das Aufstreben nicht am Nordtage, dem 22., sondern schon am 14. März stattgefunden hatte. Schon an diesem Tage hatte sich Zeichmann auch die Kratzenwunden zugezogen, die das Mädchen Günther an dem verdächtigen Manne gesehen hatte, der in ihrer Nähe einige Schritte von der Nordische plötzlich aus dem Walde herausgetreten war. Zeichmann galt in der ganzen Gegend als der Mörder der Frau Gradnid und machte sich auch nach seiner Entlassung durch Gespöche in der Zeuthenheit noch weiter verdächtig. Das Gerücht, daß Zeichmann gestorben sei und vor seinem Tode ein Geständnis abgelegt habe, war in seinem zweiten Teile nicht unbegründet. Den ersten Teil konnte er allerdings widerlegen, indem er persönlich auf der Redaktion von Zeitungen erschien, die das Gerücht verbreitet hatten. Zeichmann ging so weit, die Redaktionen zu belangen, begnügte sich aber mit einer Abfindung von je 5 M. Seinen besten Freunde, dem Schläglermeister Hönow in Deutsch-Wusterhausen, den er in Königs-Wusterhausen einmal traf, hatte er jedoch tatsächlich bekannt, daß er den Mord auf dem Gewissen habe. Zeichmann war bei dieser Gelegenheit, als er mit Hönow auf dem Wege fuhr, sehr niedergeschlagen und bemerkte, mit seiner Freisprechung sei es nicht abgemacht, er hätte es doch nicht tun sollen. Er könne so nicht weiter leben und werde sich lieber aufhängen. Hönow versuchte, aus ihm noch mehr herauszubringen, Zeichmann schwieg aber nun beständig und schlug auf ganz gegen seine Gewohnheit eine Einladung zu einem Glas Bier ab. Hönow erzählte von diesem Erlebnis anderen Schläglermeistern, die Zeichmann ebenfalls kennen. Diese rieten ihm, mit Rücksicht auf Zeichmanns Frau und Kinder zu schweigen. Das tat er dann auch trotz der Belohnung von 3000 M. Auch die anderen Schläglermeister schwiegen. Nur einiges fiderte durch und doraus entstand seinerzeit das Gerücht von dem Tode und dem Geständnis Zeichmanns. Erst jetzt nach der Ermordung der Frau Schurm teilte einer der Schläglermeister den Vorfall der Behörde mit. Daraufhin wurde Hönow benommen und auf Grund seiner Aussagen das Ermittlungsverfahren gegen Zeichmann wieder aufgenommen. Die erneuten Nachforschungen stellten fest, daß Zeichmann am 22. März in Deutsch-Wusterhausen eine Beerbigung beimohnte. Von dort ging er nach Kustowitz, Herbergshäuser über Gichwalde und Schmödow nach Königs-Wusterhausen zurück. Die Wirtin der Herbergen ermahnen sich an noch, daß jener Mann damals Kratzenwunden im Gesicht hatte. Zeichmann hatte aber immer behauptet, daß er um diese Zeit in den dortigen Gegend überhaupt nicht gewesen sei. Solange er nur in der Zeuthener Sache vernommen wurde, blieb er ganz ruhig, sobald aber die Rede auf die Ermordung der Frau Gradnid kam und man ihn deshalb zur Rede stellte, änderte sich sein ganzes Wesen. Jetzt versuchte er es mit dem „wilden Mann“. Zeugen, die ihn jetzt wiedersehen, erkannten ihn als den verdächtigen Mann vom Nordtage wieder, nur meinen sie, daß er etwas dümmel sei. In der Tat hat Zeichmann seit jener Zeit förmlich etwas abgenommen. Der dringend Verdächtige sitzt vorläufig im Amtsgerichtsgefängnis zu Königs-Wusterhausen. Die Voruntersuchung gegen ihn ist bereits eröffnet worden.

Im wissenschaftlichen Theater der Krania wird am Montag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, Herr Professor Porckel über das Thema „Mit der Kamera im Ballon“ einen Vortrag halten. Die die Darbietungen begleitenden Aufnahmen sind auf einer Ballonfahrt von Berlin bis zum Riesengebirge, an der der Vortragende teilnahm, von dem sächsischen Artilleriehauptmann Hirtel gemacht worden und stellen in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht eine hervorragende Leistung dar.

Vorort-Nachrichten.

Erkner.

Wegen Hausausfalls sind gestern zwei Handwerksburschen an der Chaussee bei Erkner verhaftet worden. Die beiden Festgenommenen, die Arbeitsgesellen Vöhrer und Barschky waren auf der Wanderfahrt nach Berlin beigefallen und ihnen dabei das Geld ausgegangen. Sie versuchten solches sich nun mit Gewalt zu verschaffen. Eine am Waldbrand unteren Gefährden jungen Handwerker hatten sich die Burschen als Opfer aussuchen. Sie überfielen den Auhungelosen und raubten ihm gewaltiam die Taschengeld und ein Portemonnaie mit etwa 7 Mark Inhalt. Der Ueberfallene war den beiden Mäubern gegenüber machtlos. In der Herberge in Erkner wurden die Täter jedoch von ihrem Schicksal ereilt. Sie trafen dort mit dem Verurteilten zusammen, und nun konnte die Festnahme der gefährlichen Handwerksburschen erfolgen. Sie wurden in das Amtsgericht in Kallberge-Müdersdorf eingeliefert.

Spandau.

Das Spandauer Gewerkschaftsartell, welches am 21. September tagte, hatte sich mit einer sehr wichtigen Sache zu beschäftigen. Schon seit Jahren beschäftigen die Metallarbeiter infolge ihrer Beitragsleistung (sie zahlen 10 Pf., die anderen angeschlossenen Gewerkschaften 36 Pf. pro Monat und Jahr) das hiesige Kartell. Da nun die hiesigen Metallarbeiter keine eigene Zahlstelle besitzen, sondern Berlin unterstellt sind, gehören sie auch der Berliner Gewerkschaftskommission an. Da sich nun infolge dieser ungleichen Beitragsleistung Unzufriedenheit bei den anderen Gewerkschaften geltend machte, ist das Kartell mehrere Male bei der Gewerkschaftskommission vorstellig geworden, hat jedoch stets ablehnenden Bescheid erhalten. Da nun im zuletzt eingelaufenen Schreiben dem Kartell sogar noch Vorwürfe gemacht wurden, daß es das Geld gar nicht so nötig brauchte, indem noch nicht einmal die 10 Pf. abgehoben würden, so wurde der Antrag gestellt, die Metallarbeiter aus dem Kartell auszuscheiden. Der Antrag wurde mit schwacher Majorität angenommen. Gleichzeitig wurde beschlossen, da die Zentralisation der hiesigen größeren Kräfte in der Kommission vorzuziehen, eine Kommission zu bilden, welche die eventuellen Wahlen zur zentralisierten Kasse zu leiten haben. Auch wurde beschlossen, einen vom Parteigenossen Karl Thiel aus Dresden offerierten wissenschaftlichen Bildbroschürenvertrag stattfinden zu lassen, und zwar am Montag, den 16. Oktober.

Der Antrag, die im Jahre 1902 fallengelassene Lautenkontroll wieder aufzunehmen, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Friedrichshagen.

Als Choleraverdächtig wurde am Donnerstag der Arbeiter Robert Wray aus der Raubsdorferstraße in das provisorische Choleralazarett eingeliefert. Wie weit der Verdacht des Choleraanfalles berechtigt, ließ sich bis zur Stunde nicht ermitteln, wie jedoch verlautet, soll ein Anlaß zu Verurteilungen nicht vorliegen.

